

d'Lëtzebuurger **Land**

OR DU OR



Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#04 66. Jahrgang 25. Januar 2019



5 453000 174663



4,00€

Job shadowing

Le gouvernement veut enfin encadrer
la pratique des stages en entreprise.
Or le projet de loi est loin de faire
l'unanimité, Dan Kersch veut le
reprendre sur le métier

„Juristisch interessante Sache“

Im Dachstuhl der Cité judiciaire
wird um die Verwicklung des Iran in
die Anschläge des 11. Septembers
und Anlegerrechte am Finanzplatz
verhandelt

Noch 13 Monate, und die Welt schaut zu

Die Regierungskoalition beginnt zu
entdecken, wie schwierig das ist mit
dem Gratistransport und übt kleine
Schritte

Foto: Sven Becker

Die Regierungskoalition beginnt zu entdecken, wie schwierig das ist mit dem Gratistransport. Erfrischenderweise führt das zu einer Politik der kleinen Schritte auch in aller Öffentlichkeit

Noch 13 Monate, und die Welt schaut zu

Peter Feist

Diese Woche war das internationale Medienecho wieder da. *France 3* war gekommen, der *Südwestdeutsche Rundfunk*, der *Westdeutsche Rundfunk* mit dem Brüssel-Korrespondenten der ARD. „Freie Fahrt in Luxemburg“ hieß es am Montag um 20.15 Uhr in der „Tagesschau“, aber nicht für Briefkastenfirmen oder für anrühige Steuer-Rulings, sondern für den Gratistransport ab 1. März nächsten Jahres, erstmals in der Welt in einem ganzen Land. Dass der Gratistransport auch dem „Nation Branding“ dienen werde, hatte Premier Xavier Bettel (DP) schon kurz nach der Regierungsbildung gehofft.

Zum Glück jedoch verstand die Auslandspresse nicht alles, was auf dem kleinen Hochamt mit Mobilitätsminister François Bausch (Grüne) am Montagvormittag gesagt wurde. Sonst hätte jemand glatt melden können, bei der „freien Fahrt“ mache womöglich die Hauptstadt nicht mit, der

Standort der Banken, Versicherungen und Investmentfonds. Bürgermeisterin Lydie Polfer (DP) schien noch am Mittwoch beim City Breakfast des *Stater* Schöffensrats sauer, weil Bausch das angedeutet und gesagt hatte, „ich würde mitmachen, wenn ich das zu entscheiden hätte“. Am Tag nach der Pressekonferenz war Polfer auf jeden Fall noch sauer: „Wir trafen“, erklärte sie dem *Land*, „letzte Woche François Bausch als Polizeiminister. Da erwähnte er die Pressekonferenz zum Gratistransport, sagte aber, er gebe dort vor allem das Datum bekannt. Hätte er mich eingeladen, hätte ich natürlich gesagt, dass auch wir mitmachen. Unser Busbetrieb AVL befördert immerhin 40 Millionen Passagiere im Jahr und hat 400 Busfahrer. Wir sind die Wirtschaftsmetropole, zu uns kommt das Gros der Pendler im Berufsverkehr.“

Die Frage, wer alles mitmacht und wer womöglich nicht, ist aber nach wie vor nicht ganz beantwortet – neben vielen anderen, die noch offen sind.

„Lëtzebuerg gëtt dat éischt Land op der Welt, wou een den öffentlichen Transport spontan oder geplant ka notzen, eran an eraus klammen, wou ee wëll, ouni, dass ee sech muss Gedanken maachen, wéi een Abonnement een am beschte muss hunn“, hatte der Premier sich in seiner Regierungserklärung zum Antritt der neu-alten Koalition am 11. Dezember in der Abgeordnetenkammer die Zukunft vorgestellt. Ganz einfach ist die aber nicht zu haben: Drei Tage nach der Regierungserklärung verabschiedete der Gemeinderat der Hauptstadt das kommunale Budget für 2019. Finanzschöffe Laurent Mosar (CSV) klagte, noch sei nicht klar, wie der Staat der Gemeinde rund 24 Millionen Euro Einnahmehausfall erstatten werde, die durch den Gratistransport voraussichtlich auf sie zukommen. Spontan einsteigen wo man will, war damals für Luxemburg-Stadt noch nicht so sicher. Und ehe François Bausch den

Einsteigen, wo auch immer man will und ohne Ticket. Aber ob „wo auch immer“ tatsächlich überall gelten wird, ist noch nicht ganz klar

Schöffensrat am Montag unter Druck setzte, hatte der öffentlich nicht klar gesagt, man mache mit.

Politisch scheint das Problem nicht in erster Linie gewesen zu sein. Von den 24 Millionen Euro sind 17 Millionen Einnahmen von Busbenutzern – zur Hälfte aus Tickets und Abos, die der Busbetrieb AVL selber verkauft, die andere Hälfte fließt vom Staat, weil AVL-Busbenutzer Fahrschein oder Abo auch anderswo erworben haben können. Knapp sieben Millionen Euro erhält die Stadt, außerdem, weil der AVL auch Buslinien managt, die als *Lignes coordonnées* im RGTR-Überlandverkehr gelten und über die Grenzen der Stadt hinausführen. Zum Teil setzt der AVL dort auch seine Busse und Fahrer ein.

Ist jeder Dorfbus ein öffentlicher?

Die sieben Millionen stehen in Frage, weil noch nicht entschieden ist, ob die *Lignes coordonnées* das Ministerium übernimmt und der Hauptstadt nichts mehr bezahlt. Dass sie die 17 Millionen aus Tickets und Abos erstattet erhalten soll, „haben wir in den Koalitionsverhandlungen abgemacht“, sagt Lydie Polfer, die bei den Gesprächen dabei war. Das Problem ist nur, dass damit Verkehr gemeint ist, der allein auf dem Territorium der Stadt stattfindet. Gilt landesweit das Gratisprinzip, müsste rein lokaler Transport womöglich im Gemeindegesetz zu einer „kommunalen Mission“ erklärt werden. Dass François Bausch darüber am Montag öffentlich spekulierte, war ein versteckter Hinweis an Innenministerin Taina Bofferding (LSAP), diese Frage bald zu klären, damit das etwas wird mit dem „Nation Branding“. Doch würde lokaler Busverkehr zur Gemeindefinanzierung, könnte der Staat für jeden „City Bus“ aufkommen müssen, doch selbst der Mobilitätsminister weiß nicht genau, wie viele es landesweit gibt und wie sie finanziert werden. Aber wenn der Premier stellvertretend für die Regierung meint, man solle „spontan einfach so überall einsteigen“ können, und im Koalitionsvertrag steht, der öffentliche Transport werde gratis – sollen dann manche Dorfbusse künftig nicht öffentlich sein? Vom Innenministerium heißt es dazu ganz vorsichtig, „wir begleiten den Gratistransport natürlich, im Moment aber gilt weiterhin die Regel, dass lokaler Verkehr der Gemeindeautonomie unterliegt“. Soll heißen: Im Grunde könnte auch die Hauptstadt ihre Busse selber finanzieren müssen und entscheiden, die Passagiere bezahlen zu lassen. Doch das wäre, wie Lydie Polfer sagt, „Quatsch“.

„Geld, auch aus Deutschland“

Aber den Gratistransport im ganzen Land einzuführen, ist etwas so Neues und Komplexes, dass die Politikgestaltung dafür in vielen kleinen Schritten stattfinden muss, es immer mal wieder Änderungen gibt und nicht alles hinter verschlossenen Türen besprochen werden kann. Das ist durchaus erfrischend und wird vermutlich so bleiben. Auch die Aufmerksamkeit im Ausland ist groß – und „Nation Branding“ durch den Nulltarif nicht selbstverständlich. Darauf deuten zum Beispiel die Äußerungen der Parteien im saarländischen Landtag hin, von denen die *Saarbrücker Zeitung* am Mittwoch berichtete: „Neidvoll“ seien die Blicke nach Luxemburg gerichtet, und in den



Keine Tickets, keine Schaffner? Eine Arbeitsgruppe soll ein neues Berufsbild „Zugbegleiter“ ausarbeiten



Busverkehr in der Hauptstadt: 40 Millionen Passagiere im Jahr befördert der städtische Busbetrieb AVL

Fraktionsspitzen von CDU und SPD seien auch die Worte „Luxleaks“ und „Steueroase“ gefallen. CDU-Fraktionsvizepräsident Bernd Wegner sprach von „Geld aus anderen Ländern, auch aus Deutschland“, das nach Luxemburg geflossen sei. Daraus beziehe es „die finanzielle Kraft, den kostenlosen ÖPNV (*öffentlichen Personennahverkehr, d.Red.*) anzubieten“.

Fallen in Parlamenten jenseits der Grenze solche Sätze, müsste die Regierung umso vorsichtiger zu Werke gehen, damit der Gratistransport nicht zu einer weiteren Innovation wird, bei der die Grenzpendler zu kurz kommen: Das Gratisprinzip gälte ja nur auf Luxemburger Territorium. François Bausch gab sich am Montag sehr sicher, dass auch die „Kombi-Tickets“ im grenzüberschreitenden Berufsverkehr zumindest preiswerter würden. Nicht nur, weil der Luxemburger Anteil am Preis entfällt, sondern der Preis in den Nachbarländern ebenfalls sinke – was noch auszuhandeln bliebe. Doch so einfach ist das womöglich nicht: Die Presseabteilung der CFL will nicht einmal sagen, ob für den Schienenverkehr solche Verhandlungen von der Bahn geführt werden müssten oder von der Regierung. Bis auf weiteres äußert die Bahn sich überhaupt nicht zum Gratistransport: „Zu gegebener Zeit teilen wir Einzelheiten mit.“ Bis dahin würden Arbeitsgruppen, die der Minister eingerichtet hat, „die Modalitäten klären“.

Kilometerpauschale „ungerecht“

Zu den interessanten Entwicklung in der Politik rund um das Gratis-Vorhaben zählt die zur Reform der steuerlich absetzbaren Kilometerpauschale. Dass sie im Regierungsprogramm in einem Atemzug mit dem Gratistransport erwähnt wird, finden die Koalitionspartner nicht mehr so gut: So entsteht der Eindruck, der Nulltarif solle auf diesem Weg gegenfinanziert werden. Dass das so nicht gedacht sei, hatte Premier Bettel schon im Dezember, kurz nach der Regierungsbildung, im *RTL Radio* erklärt. Er sagte aber auch: „Wenn wir den öffentlichen Transport attraktiver machen, dann wollen wir nicht noch das Auto privilegieren, und wenn Landesplanung wichtig ist,

wollen wir nicht begünstigen, dass Leute mitunter anderthalb Stunden zur Arbeit fahren.“

Bettel stellte damals „Diskussionen in den nächsten Wochen und Monaten“ in Aussicht, um denen entgegentzukommen, die „abends arbeiten oder nicht die Flexibilität haben“, auf öffentliche Verkehrsmittel zurückzugreifen. Mittlerweile hat die Regierung noch weiter zurückgerudert. Landesplanungsminister Claude Turmes (Grüne) betonte am Samstag vergangener Woche in einem „Background“ im *RTL Radio* mehrfach, wie „unsozial“ und „immens ungerecht“ die aktuelle Kilometerpauschalen-Regelung sei, weil die Entlastung durch die Pauschale umso stärker ausfällt, je höher das versteuerbare Einkommen ist. Die Regierung wolle die Kilometerpauschale „sozial gerechter“ machen, aber „dieses Jahr machen wir das nicht mehr“. Eigentlich wollte die Regierung schon kommenden Herbst so weit sein. Nun aber soll das mit dem Finanzministerium „in Ruhe geprüft“ werden. Vermutlich auch für Grenzpendler: Sie können auf ihrer Steuererklärung nur in Luxemburg zurückgelegte Kilometer geltend machen. Würde dem nicht Rechnung getragen und sanken die Preise für Kombi-Tickets im Berufsverkehr nicht stark genug, könnte sich für *Frontaliers* doch ein Zusammenhang zwischen Gratistransport und Kilometerpauschale ergeben – zu ihrem Nachteil gegenüber in Luxemburg Ansässigen. Politikern im Ausland fiele das wahrscheinlich irgendwann auf.

So gesehen, hat es seinen Sinn, wenn die Minister Turmes und Bausch so viel vom „Sozialen“ sprechen. Ob das bedeutet, dass die Grünen als Partei dabei sind, über dem Gratisprojekt das Soziale zu entdecken, bleibt abzuwarten. Bausch nannte am Montag den Nulltarif „die soziale Kirsche auf dem Kuchen einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur“. Schon nach den Koalitionsgesprächen hatte die grüne Parteispitze ihrer Basis erklärt, sie trage den Gratistransport mit, weil er eine soziale Maßnahme sei. Bausch ging am Montag noch einen Schritt weiter: Hatte er die Gratis-Idee der DP im Wahlkampf „Populismus“ genannt, weil es dringender sei, die Infrastruktur

auszubauen und die Qualität zu sichern, meinte er am Montag fast schon begeistert, „sozial“ sei der Gratistransport auch, weil die Fahrtkosten ab 1. März 2020 „vollständig fiskalisiert“ würden. Wer höhere Einkünfte hat, trage durch die Progression in der Steuertabelle umso mehr zur Finanzierung des öffentlichen Tranports bei.

Vielleicht stellen grüne Politiker solche Gedanken im Laufe der Legislaturperiode auch in anderen Bereichen an. Vielleicht sind die Verweise auf das Soziale aber vor allem ein Mittel, um den Transportgewerkschaften Syprolux und FNCTTFEL Wind aus den Segeln zu nehmen, die beide nach wie vor gegen den Nulltarif sind. Einer Gewerkschaft steht es aber nicht gut zu Gesicht, gegen eine Politik zu sein, die „Mindestlohnempfänger entlasten“ soll, wie Bausch immer wieder betont.

Geisterbahnhöfe und weniger Zugbegleiter?

Doch Syprolux und FNCTTFEL verteidigen nicht nur das parastaatlche Eisenbahnerstatut, das sie durch das Gratisprinzip gefährdet sehen. Nicht zu Unrecht: Die jüngste Eisenbahn-Liberalisierungswelle in der EU hat auch die Binnenverkehre der Mitgliedstaaten für den Wettbewerb und öffentliche Ausschreibungen geöffnet. Bahnbeamte könnten da eines Tages zu teuer erscheinen. Den Gewerkschaften ist der Nulltarif aber auch nicht geheimer, weil sie fürchten, selbst wenn François Bausch ein neues Berufsbild für Zugbegleiter ausarbeiten lassen und die „Präsenz“ von Bahnpersonal an Bahnhöfen verstärken will, könnte das „nur eine Momentaufnahme“ sein, wie Syprolux-Präsidentin Mylène Bianchi sich ausdrückt. Die FNCTTFEL forderte bei einer Kundgebung am *Héichhaus* vor der Pressekonferenz am Montag, auch im Gratisverkehr müsse es Fahrkarten geben: „Freifahrkarte“ müsse auf ihnen stehen, und sie müssten kontrolliert werden.

Weil die Diskussionen sich bisher stark um das Soziale drehten und der Mobilitätsminister insistiert, der Gratistransport sei eine „soziale Maßnahme“, war wenig vom „Was wäre, wenn“ die

François Bausch glaubt nicht, dass die Nutzung von Bussen und Bahnen schon nächstes Jahr zunimmt. Lydie Polfer dagegen hofft das sehr

Rede, falls er für viele neue Nutzer sorgte. Die CFL seien darauf nicht vorbereitet, sagt Syprolux-Präsidentin Bianchi. Wie sollten sie auch, wenn für die nächsten fünf Jahre „eine Baustellenphase wie noch nie“ bevorsteht und die Bahn erst ab 2021 in Etappen neue Züge geliefert erhalten soll.

François Bausch hatte im Wahlkampf der DP vorgehalten, den Gratistransport einzuführen, ehe das Netz ausgebaut und neue Züge geliefert wären, könne bedeuten, dass Passagiere „auf den Dächern heute überfüllter Züge mitfahren“ müssten. Auf der Pressekonferenz am Montag sagte er dagegen immer wieder, „ich rechne nicht mit einem Benutzerszuwachs“. Sich beeilen zu müssen mit der Einführung des Nulltarifs begründete er damit, dass der „eine soziale Maßnahme“ sei.

„Die Nachfrage wird steigen“

Doch nicht alle rechnen damit, dass die Nachfrage bleibt, wie sie ist. Die Fleaa etwa, der Verband der privaten Busbetriebe, die im RGTR den Löwenanteil aller Verkehrsleistungen erbringen, ist überzeugt davon, dass sie steigt, wenn der Nullta-

rif gilt. „Zumindest im Berufsverkehr wird das so sein“, sagt Agnès Coupez, Fleaa-Beraterin bei der Handelskonföderation. „Die Transportkapazität wird entsprechend ausgebaut werden müssen.“ Mit dem Mobilitätsminister wolle die Fleaa darüber „in den nächsten Wochen“ sprechen.

Auch die Hauptstadtbürgermeisterin glaubt, der Nulltarif werde die Nachfrage steigern. „Ich hoffe das sehr“, sagt Lydie Polfer. Aber dann verweist sie darauf, dass „tagsüber, außerhalb der Spitzenzeiten, manche RGTR-Busse nicht nur schwach besetzt, sondern leer“ seien. „Das kostet doch!“ Die Gespräche zwischen Minister und Fleaa über einen Kapazitätsausbau könnten demnach nicht so einfach werden. Zum Beweis, wie ein Gratisangebot neue Nutzer schafft, verweist Polfer auf ihre Gemeindeverwaltung: Die rund 4 000 Mitarbeiter erhalten auf Wunsch einen *mPass* erhalten – ein Jahresabo, das ein Betrieb bezuschusst. „Bis Ende 2017 mussten aber über 100 Euro zugezahlt werden, seit 1. Januar 2018 trägt die Gemeindekasse den *mPass* komplett. Seitdem hat die Zahl der Nutzer sich von 500 auf 3 000 erhöht.“ Für eine soziale Maßnahme hält Lydie Polfer das Gratisprinzip nicht: „Es macht die Benutzung des öffentlichen Transports einfacher.“

Ob beim Nulltarif ein Nachfrageschub in der Hauptstadt wahrscheinlicher wäre als im Rest des Landes, ist nicht klar. Vermutlich aber dürfte der Minister nicht insgeheim damit rechnen, dass die Nachfrage doch zumimmt: Käme es dazu und Infrastruktur, Züge und Busse wären überfordert damit, fiel das auf ihn zurück. Dass er am Montag akribisch auflistete, welch umfangreiche Investitionen – 2,2 Milliarden Euro insgesamt – in den nächsten fünf Jahren in Verkehrswege und Verkehrsmittel gesteckt werden sollen, war auf jeden Fall berechtigt. Gratistransport, das haben alle Versuche gezeigt, die bisher damit gemacht wurden, ist ein politisches Bekenntnis: Beim Nulltarif müsste es auch bleiben, wenn bei schlechterer Konjunktur teure Neuinvestitionen nötig würden. Denn würde stattdessen das Angebot abgebaut, weil es ja gratis ist, oder erneut Tickets eingeführt, nähme die Autonutzung wieder zu.



Russian Charity Ball am Cercle.



Prominenz vun der LSAP.



D'Christine Doerner danzt fir de gudden Zweck.



Leitartikel

Kopernikus

Romain Hilgert

Der Rechnungshof ist, neben der Finanzinspektion, dem parlamentarischen Haushaltskontrollausschuss, dem Conseil national des finances publiques und selbstverständlich auch dem Staatsrat, fünf Berufskammern und der Zentralbank, ein Teil des bürokratischen Wasserkopfs zur jährlichen Kommentierung der staatlichen Finanzpolitik. In seinem vergangene Woche veröffentlichten Gutachten zum Staatshaushalt von 2017 erinnert der Rechnungshof daran, dass der parlamentarische Haushaltskontrollausschuss vor einem Jahr sieben Forderungen an den Finanzminister gerichtet hatte. So sollte der Minister im Namen der Regierung eine aktualisierte Abrechnung vorlegen, wie viel die 258 Sparmaßnahmen seines Sparpakets von 2014 eingebracht haben. Das muss bei Pierre Gramegna (DP) bestenfalls ein müdes Lächeln provoziert haben. Denn nach dem Fiasko der Europawahlen und des Referendums hatte die Regierung ihren *Zukunftspak* bekanntlich rasch der Vergessenheit anheimfallen lassen, und der Rechnungshof beklagt, dass die verlangte Aufstellung nie geliefert worden sei.

Der parlamentarische Haushaltskontrollausschuss erinnerte auch daran, dass schon Pierre Gramegnas Vorgänger Luc Frieden (CSV) Ende 2011 eine Reform der Haushaltsprozedur versprochen hatte und Pierre Gramegna selbst am 14. September 2015

detaillierte Kontrollprozeduren und interne Audits in Aussicht gestellt hatte, um einen zuverlässigeren Umgang mit den Staatsgeldern zu gewährleisten. Auch davon kann der Rechnungshof drei Jahre später noch immer nichts erkennen.

Dabei geht im Gutachten des Rechnungshofs schon gar keine Rede mehr von der kopernikanischen Wende, die Pierre Gramegna als Direktor der Handelskammer im September 2008 verlangt und dann als Finanzminister im Januar 2014 angekündigt hatte. Irgendwie sollte unter Ausschluss des Parlaments ein „Haushalt der neuen Generation“ erstellt werden, in dem bis Ende der Legislaturperiode „eine Logik der Mittel durch eine Logik der Resultate“ ersetzt und sich an der französischen *Loi organique relative aux lois de finances* (Lolf) orientiert werden soll.

Am Ende bekamen Unternehmensberater 384 000 Euro, um Arbeitsgruppen ranghoher Beamter auf der Suche nach Rationalisierungsmöglichkeiten im Staatshaushalt zu animieren, etwa 500 spezifische Haushaltsposten wurden zu generelleren zusammengelegt und eine Werbeagentur bekam 35 040 Euro, um mit Schaubildern den auf einem USB-Speicher verteilten Haushaltsentwurf darzustellen. Der Rechnungshof

hatte das seinerzeit als „Kosmetik“ abgetan. So war die Legislaturperiode vor wenigen Monaten zu Ende gegangen, ohne dass die kopernikanische Wende stattgefunden hätte und im neuen Koalitionsabkommen von DP, LSAP und Grünen fehlt jede Spur des großen polnischen Astronomen.

Selbstverständlich ist dieser Umschwung keine Fahrlässigkeit und keine Unterlassungssünde, sondern eine politische Botschaft: Die 2014 von der Regierung versuchte ökonomische Disziplinierung der lohnabhängigen Wählerschaft mittels europäischen Fiskalpakts, Six-pack, Two pack und Luxemburger Panik vor dem Ausfall elektronischer Mehrwertsteuereinnahmen hat hierzulande versagt, wie die knappe aber unerwartete Wiederwahl von DP, LSAP und Grünen zeigt und das traurige Schicksal von CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler, der sich als strenger Sparapostel aufgespielt hatte. Indem sie die kopernikanische Wende abgesagt haben und die Empfehlungen der zahlreichen Haushaltsgutachtern unverfroren in den Wind schlagen, geben die Regierung und die Verwaltung ihnen eindeutig zu verstehen: Es ist genug Geld in der Staatskasse, was wollt ihr noch mehr? Nervt uns nicht weiter mit diesen dämlichen Prozeduren!

Einen liberalen Regierungschef erkennt man auch daran, dass er, anders als sein Vorgänger von der christlichen Soziallehre, nun schon zum fünften Mal in Davos am Jahrmarkt des globalen Kapitalismus teilnimmt. Dort traf Xavier Bettel diese Woche mit Verantwortlichen aus Hongkong, Singapur und Neuseeland, von Cisco, Paypal, Alibaba und Rakuten zusammen. Dem als philanthropischen Rentier ergrauten Microsoft-Milliardär Bill Gates versicherte er, dass „die Bill and Melinda Gates Foundation und Luxemburg die gleichen Werte teilen und die gleichen Ziele verfolgen“, rh.



blog

Personalie

Personalie

Politik

Bildung

Verkehr

Gesellschaft

Tilly Metz,



Europaabgeordnete, soll von einem Landeskongress am 16. März zur Spitzenkandidatin der Grünen bei den Europawahlen gewählt werden. Spitzenkandidat wird ihr parlamentarischer Referent Meris Sehovic. Die Lehrerin und ehemalige Bürgermeisterin von Weiler zum Turm ersetzte Claude Turmes vor einem halben Jahr im Europaparlament, als dieser Regierungsmitglied wurde. Sie soll nun versuchen, Claude Turmes' Mandat zu verteidigen. Weitere, eher aussichtslose Kandidaten sind die Studentin Tanja Duprez, Parteipräsident Christian Kmiolek, der Escher Schöffe Martin Kox und die Walferdinger Gemeinderätin Jessie Thill. Nach den Piraten sind die Grünen die zweite Partei, die eine Kandidatenliste für die Europawahlen vorlegten (Foto: EP-Grüne). rh.

Roberto Scolati,

Präsident der Association luxembourgeoise des employés de banque et d'assurance (Aleba), reichte am Mittwoch seinen Rücktritt ein. In einer Presseerklärung führt die Gewerkschaft gesundheitliche Ursachen für den Rücktritt an, doch gab es in letzter Zeit auch Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft, die vor kurzem ihren 100. Gründungstag gefeiert hatte. Einstweilen soll sie kollegial von der Exekutive geleitet werden, der Roberto Scolati weiter angehört, bevor nach den Sozialwahlen ein neuer Präsident gewählt werden soll. Diese Vorgänge könnten die Aleba bei den Sozialwahlen im März zusätzlich schwächen, nachdem sie bei vorherigen Sozialwahlen bereits an Einfluss verlor. rh.



Neuer WSR-Präsident



Der Verwaltungsrat des Wirtschafts- und Sozialrats wählte am Dienstag den Direktor des Unternehmerdachverbands UEL, Jean-Jacques Rommes, zu seinem neuen Präsidenten und Nachfolger von Pascale Toussing, der Direktorin der Steuerverwaltung. Der Vorsitz des 1966 gegründeten sozialpartnerschaftlichen Gremiums wird abwechselnd von Vertretern der Unternehmer, der Gewerkschaften und der Staatsverwaltung bekleidet. Vizepräsidenten sind Marco Wagener (LCGB) und Tom Dominique (IGSS). rh.

Zur besseren Orientierung

Eine neue Broschüre informiert über die Orientierungsphase auf der Sekundarstufe. Sprachen und Mathematik werden auf der 5^{er} und 6^{er} Générale seit diesem Schuljahr in Aufbau- und in Leistungskursen unterrichtet, die Zuteilung erfolgt auf Basis der ein Jahr zuvor erzielten schulischen Leistungen in den jeweiligen Fächern. Die Broschüre, die unter www.men.lu eingesehen werden kann, erklärt die Neuigkeit nun auf Deutsch, Französisch und Portugiesisch. SchülerInnen mit guten bis hervorragenden Leistungen (40 bis 60 Punkte) besuchen demnächst einen Leistungskurs, die mit ausreichenden oder mangelhaften Leistungen einen Aufbaukurs, wobei der Klassenrat über die Zuteilung entscheidet. ik

254 702 Gratis-Schulbücher

Seit dem Beginn des Schuljahrs im Herbst konnten die Sekundarschüler erstmals ihre Schulbücher mit elektronisch hergestellten Gutscheinen kostenlos in den Buchhandlungen abholen. Bis Mitte dieses Monats wurden auf diese Weise 29 917 Gutscheine ausgegeben und 254 702 vom Lehrplan vorgeschriebene Schulbücher kostenlos bestellt. Der Gesamtpreis der Bücher belief sich auf 2 173 455,50 Euro. Das rechnete Erziehungsminister Claude Meisch (DP) auf eine parlamentarische Anfrage von CSV-Fraktionssprecherin Martine Hansen vor. rh.

Rebonjour, meng Primm!

Pünktlich zum Start des Autofestivals soll der Regierungsrat heute die Wiedereinführung von staatlichen Zuschüssen beim Kauf eines Elektroautos gutheißen. Energieminister Claude Turmes (Grüne) hatte schon am Samstag vergangener Woche im *RTL Radio* gesagt, es gebe „um die 5 000 Euro“. So hoch war bis Ende 2014 auch die „Car-e“-Prämie für Elektroautos gewesen, ehe die erste DP-LSAP-Grüne-Regierung sie abschaffte: Die Preise für die Autos seien im Sinken begriffen und es kämen immer mehr Modelle auf den Markt, die Autos würden deshalb „auch so“ gekauft, erklärte der damalige Staatssekretär im Nachhaltigkeitsministerium Camille Gira (Grüne). Die Elektromobilität lasse sich sinnvoller durch Investitionen in die Ladeinfrastruktur fördern. Doch obwohl die Zahl der Ladesäulen zunimmt, wächst die Zahl der Elektroautos langsam. 480 wurden vergangenes Jahr neu zugelassen, der Elektroanteil am PKW-Bestand liegt bei 0,25 Prozent. Das Comeback der Prämie bekommt die Regierung allerdings nicht schnell genug hin, dass die neuen Regeln schon in Kraft sind, wenn das Autofestival am Samstag beginnt. *Land*-Informationen wird der Regierungsrat deshalb eine großzügige Verordnung beschließen, durch die die Prämie je nach dem Datum der Neuzulassung rückwirkend gezahlt wird. pf

Vorsicht mit dem THC-Wert

Auch in Luxemburg scheint der Wert an berauschendem Tetrahydrocannabinol (THC) in beschlagnahmten Cannabis-Funden zu steigen. Das legen Daten des Düdeler Nationallabors nahe. 2018 lag der THC-Wert mit durchschnittlich 15,9 Prozent deutlich über den gemessenen rund zehn Prozent im Jahr 2012. Aber aufgepasst: Ein Durchschnittswert ist bedingt aussagekräftig, weil Proben mit extra-hohem THC-Gehalt den Wert nach oben ziehen. Eine pauschale Warnung vor THC hilft auch wenig, weil die Wirkungsweisen der Cannabis-Inhaltsstoffe aufs Gehirn nicht abschließend erforscht sind. Studien in der Vergangenheit waren oft methodologisch fragwürdig, ihre Aussagekraft wurde überschätzt oder Ergebnisse wurden verzerrt wiedergegeben. Die *Lancet*-Studie von 2015 führte *reporter.lu* kürzlich als Beleg dafür an, Personen, die Cannabis mit erhöhtem THC-Wert nahezu täglich konsumierten, hätten ein deutlich höheres Psychose-Risiko als jene, die Cannabis mit niedrigem THC-Gehalt selten oder gar nicht konsumierten. Tatsächlich stellte das Forscherteam des Londoner King's College fest, dass in der Gruppe der Befragten, die Cannabis mit mehr THC konsumiert hatten, mehr psychotische Episoden aufgetreten waren als in der Kontrollgruppe. Es konnte aber nicht sicher feststellen, ob es der erhöhte THC-Wert war, der zum höheren Psychose-Risiko führte. Die Teilnehmenden hatten ihren Cannabis-Konsum rückblickend selbst geschätzt. ik

Die LSAP erneuert ihre Führung

Anhaltende Ratlosigkeit



Der neue LSAP-Präsident Franz Fayot war „gegen den Kapitalismus als Gesellschaftssystem, aber für Marktwirtschaft“

Romain Hilgert

Wie kann es mit einer Partei, die es doch nur gut meint, seit 30 Jahren bergab gehen? Über diese Frage zerbricht sich die LSAP seit 30 Jahren erfolglos den Kopf. Deshalb hieß der ordentliche LSAP-Kongress am Dienstagabend in Niederkerschen wieder einen mit „Place au Renouveau Socialiste“ überschriebenen Entschließungsantrag gut, damit die Partei der Frage fünf weitere Jahre ohne Tabu und in einer breiten Beratschlagung nachgeht.

Denn wenn die Parteiführung ratlos ist und die Verantwortung für die Niederlagen teilen will, dann verspricht sie plötzlich sogar, auf die Mitglieder zu hören, Umfragen zu veranstalten und Diskussionsforen einzurichten, um Dampf abzulassen. Und die nicht minder ratlosen Mitglieder verlangen in Entschließungsanträgen, Kongressinterventionen und offenen Briefen niemals ausreichend breite Diskussionen, um zu vertuschen, dass ihnen auch nichts einfällt.

Selbstverständlich war die Partei in all den Jahren nicht tatenlos. Die Mitglieder machten regelmäßig die Parteiführung für die Wahlniederlagen verantwortlich, so dass statt der Politik die Parteiführung unter dem Schlagwort der Erneuerung in größeren Abständen erneuert wurde. So auch am Dienstag.

Doch bevor es so weit war, rechtfertigte sich der Parteiparagraf, dass er nicht oder nicht alleine für die Wahlniederlagen verantwortlich war. Der scheidende Generalsekretär Yves Cruchten wies Vorwürfe zurück, dass die Führung die Partei nicht genug erneuert habe. Schließlich habe sie nach dem Desaster der Europawahlen 2014 ein Programm zur Verbesserung der Kommunikation und Diskussion innerhalb der Partei umgesetzt, eine Satzungsänderung und die Verabschiedung des *Sozialistischen Leitfadens* organisiert, des langfristigen linken Trostes für alle kurzfristigen rechten Kompromisse.

Auch der scheidende Parteipräsident Claude Haagen schien die Nase voll zu haben von all den Nörglern und Briefeschreibern, die nie zu Versammlungen kommen: „In unserer Partei wird jeder eingebunden, wenn er sich denn einbinden lässt.“ Kritik sei gut, konstruktive Kritik sei besser und Mitarbeiten sei eben das Beste.

Yves Cruchten forderte die Basis auf, „nicht alles nachzuplappern, was andere über uns sagen“. Denn welche Botschaft vermittele die LSAP nach außen, wenn sie ständig über Erneuerung diskutiere, wenn parteikritische Briefe in den Zeitungen veröffentlicht würden? „Wer soll an uns glauben, wenn wir nicht als erste an uns selbst glauben?“, wunderte er sich. Manchmal müsse man sogar glauben, dass es „zwei sozialistische Parteien“ gebe. Ohnehin hätten es „die Sozialisten in Europa und in Luxemburg immer schwerer, ihre Ideen an die Leute zu bringen“, bat Claude Haagen um Nachsicht.

Yves Cruchten bedauerte auch „einzelne Aussagen von Parteimitgliedern vor den Wahlen“. Er musste eingestehen, dass es dem Parteiparagraf nicht gelungen sei, die Parteibasis für den Wahlkampf zu mobilisieren, auch unter dem defätistischen Eindruck der Ergebnisse bei den Europa- und Gemeindewahlen sowie der Meinungsumfragen. Bezirksvorsitzende Simone Asselborn-Bintz habe im Südbezirk „den Sektionen nachlaufen müssen, um während der Wahlkampagne eine Versammlung oder irgendeine andere Aktivität zu organisieren“. Aus der Partei „hätte unser Spitzenkandidat auch mehr Unterstützung verdient gehabt“. Parteifunktionär Alex Fohl befürchtete, dass in einer chaotisch begonnenen Wahlkampagne die Wahllosung „Zusammen“ nur den Streit innerhalb der Partei vertuschen sollte.

Der Abgeordnete Franz Fayot musste beipflichten, dass die Mitglieder nicht mehr zu den Bezirksversammlungen kämen, wichtige Arbeitsgruppen wiederbelebt werden müssten. Es sei „nicht gelungen, konsequent neue Leute aufzubauen und an die Partei zu binden“, etwa Frauen, Junge und Ausländer. Ohne die Minister Etienne Schneider und Nicols Schmit zu nennen, kritisierte er, dass die Mandatsträger „zu sehr mit sich selbst beschäftigt“ gewesen seien, damit, „welche neue Funktion, welchen neuen Posten man bekommen kann oder will“.

Seit Jahrzehnten wird der Parteivorsitz der sozialistischen Arbeiterpartei abwechselnd von Rechtsanwälten und Studienräten gestellt. Nach dem Studienrat, dem immer etwas zu großen Claude Haagen, wirkt der Rechtsanwalt Franz Fayot trotz seiner bald 47 Jahre noch immer jugenhaft schüchtern. Er hatte im Januar 2018 einen offenen Brief „D'LSAP nei denken! D'LSAP nei opstellen!“ mitunterzeichnet, in dem Nachwuchspolitiker kaum verblümt beanspruchten, dass es nun endlich an den Vierzigjährigen sei, die Dienstwagen, Parlaments- und Regierungssessel der Asselborn, Di Bartolomeo und Bodry zu übernehmen. Ein Jahr später bewarb er sich nun als einziger in dem neuen Kulturzentrum Käerjenger Treff um den Parteivorsitz und begann seine Ansprache gleich mit diesem Brief.

Denn das machte den Briefeschreiber zum idealen Kandidaten, von dem die CSV nur träumen kann: Er vermittelte als junger Erneuerer Aufbruchstimmung und gleichzeitig doch Sicherheit, weil er zum alten Parteiadel gehört und 2013 das Parlamentsmandat seines Vaters, selbst einmal Parteipräsident, geerbt hatte. Aber die zwölf Prozent Delegierten, die gegen ihn stimmten, lehnten den Geschäftsanwalt vielleicht nicht nur als Zentrumsnotabeln ab – „ich komme aus der Hauptstadt, nobody is perfect“ –, sondern vielleicht auch wegen dieses Briefs als einen der Nestbeschmutzer. Mit 96 Prozent der Stimmen schnitt der OGBL-Funktionär und Roeser Bürgermeister

Tom Jungen als neuer Generalsekretär besser ab, aber das kam schon öfter vor.

So wie die Partei von LS@P bis Jeremy Rifkin der Mode des digitalen Neoliberalismus nachgelaufen war, scheint Franz Fayot in Zeiten von France insoumise, Jeremy Corbyn und Podemos Kapitalismuskritik für angebracht zu halten. Weil der „Kapitalismus gegen die Natur und der Kapitalismus gegen den Menschen“ gerichtet sei, sei die LSAP „gegen den Kapitalismus als Gesellschaftssystem, aber für Marktwirtschaft“. Denn „wir wollen keine Marktgesellschaft, sondern bloß eine Marktwirtschaft, dort wo es möglich und sinnvoll ist“.

Am gleichen Tag hatten die Grünen im Europaparlament eine Studie veröffentlicht, laut der dank 30 Jahren Regierungsbeteiligung der LSAP die tatsächliche Unternehmensbesteuerung nirgendwo in der Europäischen Union so niedrig sei wie in Luxemburg. Franz Fayot wollte sich „nicht mit einer Welt abfinden, wo 26 Reiche so viel besitzen wie die

„Vielleicht die letzte Chance, um die Partei wieder in Schwung zu bringen, um weiterhin eine bestimmende politische Kraft zu sein und Wahlen zu gewinnen“

Hälfte der Menschheit“. Auch wenn sie vielleicht mit den Krümeln ihrer Family Office den kostenlosen öffentlichen Transport hierzulande finanzieren.

Yves Cruchten hatte den Parteitag delegierten den bald kostenlosen öffentlichen Transport, die hohen

Löhne, den automatischen Index und die vorbildhafte Gesundheitsversorgung aufgezählt, so als sei dank der LSAP der sozialdemokratische Traum vom rheinischen oder skandinavischen Kapitalismus in Luxemburg Wirklichkeit geworden. Doch „statt diese Politik zu verteidigen, lamentieren viele und finden immer noch ein Haar in der Suppe“.

Damit das aufhört, versprach Franz Fayot als wichtigste Aufgaben „das Besetzen und Vertiefen eines Themenkatalogs, politischer Themenfelder“, den „konsequenten Aufbau politischer Talente“ und eine „effiziente Verwaltung der Strukturen“ in der Partei, wozu auch „neue Formen zum Diskutieren“ gehörten. Die Partei müsse trotz der Regierungsbeteiligung eine eigene Identität bewahren, die Diversität fördern, offen, transparent und inklusive werden. „Wir Sozialisten müssen unserem historischen Auftrag wieder gerecht werden, dass jeder in der Gesellschaft zumindest eine faire und gerechte Chance erhält“, verlangte Franz Fayot statt fairer und gerechter Mittel.

Womit noch immer niemand wusste, wieso es mit der LSAP, die es doch nur gut meint, seit 30 Jahren bergab geht, obwohl sogar „sozialistische Themen“ im Koalitionsprogramm zu erkennen seien. Und „Themen wie soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Verteidigung von Minderheiten, Einsatz für den Anderen, den Schwächeren, sind die nicht moderner denn je?“, fragte Yves Cruchten. Solidarität bleibe immer modern. „Unsere Ideen waren nie so aktuell wie heute!“, meinte der abtretende Sekretär einer Partei, die nichts mehr fürchtet, als altmodisch auszusehen.

Während die fast 350 Delegierten durch die großen Fenster des Käerjenger Treff zusahen, wie sich eine Schneedecke auf den Parkplatz und ihre vielen Audis und BMW legte, versuchte Franz Fayot sie wachzurütteln: Die nächsten fünf Jahre stellten „vielleicht die letzte Chance dar, um die Partei wieder in Schwung zu bringen, um weiterhin eine bestimmende politische Kraft zu sein und Wahlen zu gewinnen“. Manche wollten ihm glauben, wie die 44 Kandidaten für die zehn Posten im Parteivorstand. Aber ein Ruf, auch die Mandatsträger zu ersetzen, war nicht mehr zu hören, der linke Flügel, der einst wieder mehr Gewerkschaftsnähe gefordert hatte, hatte sich ausgeklinkt, die Jungsozialisten hatten sich beruhigt, und der einstige Retter der Partei und Star der antiklerikalen Koalition, Etienne Schneider, saß stumm herum, als wollte die Partei, die ihm nie richtig traute, nun ohne ihn klarkommen.

Aber vielleicht löst sich das Paradox von der guten Politik und den schlechten Wahlergebnissen ganz einfach mit einer anderen Frage: Weshalb kann eine Partei, mit der es ständig bergab geht, ständig der Regierung angehören? Möglicherweise kennen sogar einige Apparatschiks die Antwort und verraten sie bloß nicht den Mitgliedern.



Ex-Hoffnungsträger Etienne Schneider, Ex-Präsident Claude Haagen



Les stages sont aussi une manière de découvrir l'aliénation du monde du travail très jeune – ici, telle que vue par les artistes (de gauche à droite) : *One minute sculpture* d'Erwin Wurm à la Biennale de Venise, 2017 ; la photocopieuse au ministère de la Famille au Luxembourg ; Alain Séchas : *Le mannequin*, 1985, au Kanal Centre Pompidou

Job shadowing

josée hansen

Paradoxes du monde du travail Le Cercle-Cité cherche un stagiaire en communication qui assiste ses services à la refonte de son site internet et à la conception et diffusion de supports de communication ; il ou elle devra avoir au moins bac +3, de préférence bac +5, avec une spécialisation « en site web et en digital » ; aucune rémunération prévue. Le Centre des arts pluriels d'Ettelbruck propose un stage dans les domaines de la communication et production, niveau bac +2 à +5 pour assister à la préparation des supports et actions en communication, comme la rédaction ou traduction de textes ou encore les tâches courantes de ses services ; le stage pourra durer trois mois, une indemnisation est annoncée mais non explicitée sur le portail *culture.lu*¹. La rubrique « emplois » du site liste plus d'offres de stages que d'emplois fixes : ainsi, le Mudam cherche lui aussi un/e stagiaire, tout comme l'Institut Pierre Werner ou encore la Theaterfederatioun. À chaque fois, les profils requis et les tâches à effectuer sont longs comme un bras, les candidats sont supposés avoir des parcours universitaires pointus, mais de l'autre côté, les institutions et associations culturelles n'ont même pas besoin de proposer des rémunérations intéressantes (en fait, dans la majorité des cas, elles ne proposent même pas de rémunération du tout) ou de proposer des jobs gratifiants : la demande de stages dépasse largement l'offre. Parce qu'ils sont imposés par la fac.

Même constat sur le portail *stages-youth.lu* du Service national de la jeunesse¹ : Des sociétés commerciales et des ONGs y offrent des stages à des universitaires à bac+3 ou bac+5 pour des durées prolongées de plusieurs mois, des assistants administratifs, attachés commerciaux, *mobile application developer*, assistant marketing ou en statistique, sans qu'une rémunération ne soit avancée. Que le projet de loi n°7265 « portant introduction de stages pour élèves et étudiants » déposé en mars 2018 par le ministre du Travail et de l'Emploi de l'époque, Nicolas Schmit (LSAP), tente de mettre un peu d'ordre dans ce domaine complètement dérégulé afin que soient évités les abus est en soi salué par tous les côtés, aussi bien par le patronat que par les associations d'étudiants. Mais dans le détail, les critiques fusent.

Bullshit jobs Presque en même temps que fut déposé le projet de loi sur les stages, l'anthropologue anarchiste américain David Graeber publia son livre *Bullshit jobs*², dans lequel il démonte de manière radicale cette nouvelle forme de « féodalité managériale » qui veut que de plus en plus de gens ont des emplois ne faisant aucun sens, dans la finance, l'informatique, l'assurance ou la communication, des jobs qui, pour cette absence de sens, engendrent un sentiment d'inutilité et d'imposture, moralement destructeur, chez ceux qui les exercent. Or, au lieu de remettre en cause ces emplois, ceux qui les occupent ne font que les reproduire, en engageant des stagiaires en charge de photocopier et de classer des dossiers parfaitement inutiles – ce que Graeber appelle « l'assistant brassant de l'air car son chef a besoin de justifier sa position hiérarchique » (dans une interview au *Monde*, 11.09.18). Ce qui fait que, malgré la révolution technologique et l'augmentation de la productivité, la semaine de travail n'a pas diminué aux quinze heures hebdomadaires prédites par Keynes dans les années 1930. Au contraire même, la proportion de gens qui occupent des emplois frustrants et parfaitement inutiles augmente.

Ni le projet de loi de Nicolas Schmit, ni aucun des avis des Chambres professionnelles ou des associations d'étudiants ne mettent en doute l'idéologie même du monde du travail moderne. Au contraire, tous saluent la volonté d'encadrer une pratique courante qui

se déroule actuellement dans le flou le plus total. Car si presque un tiers des membres du gouvernement n'ont pas de diplôme universitaire, il devient de plus en plus difficile de décrocher un emploi fixe, même avec diplôme, mais sans expérience professionnelle. Les patrons demandent désormais aux candidats à l'embauche d'avoir de l'expérience en entreprise, mais sans forcément proposer la rémunération qui y correspondrait.

Génération précarité Premier problème : le projet de loi tente de couvrir tous les cas de figure, que ce soit le stage d'observation des lycéens, les stages pratiques obligatoires dans le cadre d'une formation universitaire ou les stages « volontaires » que voudrait effectuer un jeune diplômé après la fin de ses études pour augmenter son « employabilité ». Deuxième problème : on n'a aucune idée du nombre de personnes concernées, le projet de loi se limitant à se réjouir de l'absence d'impact financier sur le budget de l'État. Or, l'Université du Luxembourg compte actuellement un peu plus de 6 300 étudiants, sont-ils tous censés effectuer des stages durant leur cursus ? Qu'en est-il des quelque 18 000 résidents qui ont touché une bourse d'études en 2017/18 ? Quelle est la proportion des élèves du secondaire qui sont supposés faire un stage durant leurs études ? Selon les derniers chiffres de l'Adem (Agence pour le développement de l'emploi), 2 937 jeunes de moins de trente ans étaient en demande d'emploi en décembre 2018 ; 2 855 demandeurs inscrits ont un niveau d'études supérieures ; 570 personnes avaient un contrat d'initiation à l'emploi (CIE) et 372 personnes un contrat appui-emploi (CAE). Les stagiaires n'apparaissent dans aucune statistique.

Manque de consultation « Pour commencer, nous critiquons le mode d'élaboration de ce projet de loi », remarque Vicky Reichling, la nouvelle porte-parole de la très à gauche Union nationale des étudiant-e-s du Luxembourg (Unel), qui veut s'atteler sérieusement au dossier cette année. L'Unel a demandé une entrevue avec le nouveau ministre du Travail Dan Kersch (LSAP), dont les services confirment qu'elle aura lieu d'ici février, tout comme une autre entrevue avec l'Acel (Association des cercles d'étudiants Luxembourg), qui fut seule partenaire du ministre Schmit sur ce projet de loi. « Nous sommes dans tous les cas en faveur d'une réglementation des stages », souligne Pascal Thinnès, le président de l'Acel, qui apprécie que le projet de loi garantisse leur accès. S'il est aujourd'hui très facile pour un étudiant en ingénierie de trouver un stage, vu la pénurie d'ingénieurs sur le marché, il est autrement plus difficile de décrocher un stage dans des domaines d'études très populaires comme l'économie ou les sciences sociales, note Thinnès. Or, ni les syndicats, ni les chambres professionnelles ne furent consultés en amont du dépôt du texte ; les chambres patronales (Chambre de commerce, Chambre des métiers) refusent leur approbation parce qu'elles ont l'impression de ne pas être écoutées sur une question qui pourtant les concerne.

Améliorations Aujourd'hui, aucune rémunération n'est prévue pour les stagiaires, « elle est versée à l'entière discrétion de l'employeur » lit-on sur *guichet.lu*. Il n'y a aucune durée minimale ni maximale définie et il n'est pas clair ce qu'il en est des assurances-accident ou des cotisations sociales. Certes, le lycéen qui fait un stage dans le cadre de son cursus est généralement couvert par les assurances de ses parents et/ou du lycée, ce qui est souligné dans une convention de stage entre l'élève, le lycée et l'entreprise, mais les choses sont beaucoup moins évidentes si un étudiant inscrit à l'étranger doit effectuer un stage au Luxembourg durant ses études. Et encore moins lorsqu'il fait un stage volontaire après les études, pour avoir un pied dans le monde du travail par exemple.

En pratique, les nombreux stagiaires qui peuplent les bureaux sont souvent « l'assistant brassant de l'air car son chef a besoin de justifier sa position hiérarchique » (David Graeber)

Le projet de loi tente d'éviter les abus et l'exploitation des jeunes dans l'article L-152-9 : « Les stages (...) doivent avoir un caractère d'information, d'orientation et de formation professionnelle et ne pas affecter l'élève ou l'étudiant à des tâches requérant un rendement comparable à celui d'un salarié normal et ne doivent ni suppléer des emplois permanents, ni remplacer un salarié temporairement absent ni être utilisés pour faire face à des surcroits de travail temporaires ». Grosso modo, le législateur insiste que les stagiaires ne sont pas les travailleurs saisonniers de l'entreprise moderne.

Un des points d'achoppements entre Unel et Acel sont l'appréciation du travail des stagiaires via une rémunération adéquate : le texte du projet de loi prévoit que les stages ne dépassant pas un mois ne soient pas rémunérés, que ceux qui durent entre un et trois mois soient payés par un tiers du salaire social minimum pour travailleurs non qualifiés (SSM-TNQ) et au-delà de trois mois par une indemnité correspondant à la moitié du SSM-TNQ (soit actuellement 1 035 euros). L'Unel demande à ce que ces barèmes soient revus à la hausse, à la moitié du SSM pour travailleurs qualifiés (SSM-TQ) pour les trois premiers mois (soit 1 242 euros), puis deux tiers de ce SSM-TQ à partir de trois mois. « Il s'agit d'une forme de travail qui doit être reconnue », note Vicky Reichling, qui demande aussi des précisions sur la reconnaissance du stage comme période d'essai si un tel stage débouche sur un CDI. Dans son avis écrit sur le projet de loi, l'Unel met en garde devant la création d'une « génération stagiaires », craignant une « institutionnalisation de stages précaires » qui « augmentent la pression psychologique sur les jeunes », qui seraient amenés à cumuler plusieurs stages de suite et végéter ainsi dans une précarité forcée et sans perspective. Plusieurs avis regrettent que les obligations des uns et des autres ne soient pas précisées avec assez de clarté dans le texte du projet de loi, comme les devoirs des tuteurs ou les dispositions minima des conventions de stages.

En théorie, même avec cette loi, les stagiaires restent les variables d'ajustement dans les entreprises et rien n'interdit qu'un bac+5 reste préposé aux photocopies et au café du matin. À Dan Kersch, qui veut faire voter la loi d'ici la fin de l'année, de prouver sa volonté d'améliorer les conditions de travail des jeunes qui font leurs premiers pas dans cet univers.

¹ consulté mercredi 23 janvier.

² David Graeber : *Bullshit jobs* ; Simon & Schuster, mai 2018 ; ISBN : 978-1-5011-4331-1

Le gouvernement veut enfin encadrer la pratique des stages en entreprise. Or le projet de loi déposé en 2018 par Nicolas Schmit (LSAP) est loin de faire l'unanimité. Dan Kersch (LSAP) veut le reprendre sur le métier

Schulen sollen nachhaltiger werden. Aber was heißt das, wenn Bildungsprojekte punktuell und ohne Gesamtstrategie bleiben?

Grüne Schulen

Ines Kurschat

„Ich plädiere hiermit schon mal auf völlige Schuld-fähigkeit.“ Bitter-ironisch endet der „vorweggenommene Entschuldigungsbrief an unsere Kinder“, den Kolumnist Marc Baumann in der *Süddeutschen Zeitung* unter dem Titel „Urlaub war uns wichtiger als eure Zukunft, sorry“ vor anderthalb Jahren schrieb. Es war der satirische Versuch zu erklären, warum seine Generation trotz Klimakrise nicht mehr zur Rettung von Natur und Umwelt unternimmt.

Ein knappes Jahr später war es dann an Greta Thunberg, den Erwachsenen die Leviten zu lesen: Mit einer flammende Rede auf der Weltklimakonferenz im polnischen Katowice sorgte die damals 15-Jährige für Schlagzeilen. Tenor ihrer dreiminütigen unerschrockenen Intervention: Ihr redet von der Zukunft euer Kinder, aber seid zu feige, wirk-same Maßnahmen gegen Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit zu ergreifen. Thunberg hatte aus Protest jeden Freitag die Schule geschwänzt und vor dem schwedischen Parlament demonstriert, damit ihr Land die Klimaziele von Paris umsetzt. Ihre Initiative fand Tausende NachahmerInnen, meist Kinder. In Luxemburg gab es kaum vergleichbare Proteste, aber das Umweltthema beschäftigt Kinder und Jugendliche hier ebenso. Laut nationalem Jugendbericht der Uni Luxemburg engagieren sich luxemburgische Jugendliche in den Bereichen Kultur, Sport und Umweltschutz.

Vor diesem Hintergrund hat die DP-LSAP-Grüne-Koalition erneut bekräftigt, Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. So steht es im Regierungsvertrag. Erneut, denn das war schon 2013 der Fall. Nachhaltige Entwicklung soll, so präzisiert das Kapitel zu Bildung, Kindheit und Jugend, fächerübergreifend sowohl im Kindergarten als auch in der Schule thematisiert werden und sich durch alle Ausbildungen und Weiterbildungen ziehen. Lehrpläne sollen „Jugendliche – und Erwachsene – über die Komplexität unserer Gesellschaft aufklären, sie anhalten, ihr Verhalten zu ändern, um sie auf eine nachhaltige Zukunft vorzubereiten und damit sie als verantwortliche Bürger für künftige Generationen handeln.“ (Dass es Erwachsene waren und sind, die Raubbau auf der Erde – und künftig im Weltall – betreiben, steht dort nicht.)

Das klingt gut, nur was meint nachhaltig eigentlich und wie nachhaltig sind ihrerseits Ansätze und Projekte in dem Bereich? Nachhaltigkeit befindet sich auf der Tagesordnung von Ministerium und Schulen, seitdem die Unesco 2005 bis 2014 zum *Jahrzehnt für nachhaltige Bildung* ausgerufen hatte. Nachhaltige Entwicklung meint ihr zufolge, Menschenwürde und Chancengerechtigkeit für alle in einer intakten Umwelt zu verwirklichen. Eine Charta des 2008 ins Leben gerufenen interministeriellen Komitees griff die Idee für Luxemburg 2009 auf; sie wurde im

Eigenes Engagement, ja, unbedingt. Aber die Wirkung pädagogischer Projekte für mehr Nachhaltigkeit riskiert, begrenzt zu bleiben oder ganz zu verpuffen

Herbst 2012 von 44 staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen unterschrieben. Im selben Jahr ging die Plattform *www.bne.lu* online. Ein Leitfadens für nachhaltiges Lernen formulierte eine Strategie zur Umsetzung. 2016 veröffentlichte der Nachhaltigkeitsrat Szenarien für Bildung im Jahr 2030, „die für die Luxemburger Situation am plausibelsten und relevantesten für das Überdenken der Zukunft des Luxemburger Schulsystems im Hinblick auf die Herausforderungen der Nachhaltigkeit sind“. Doch der darin in Aussicht gestellte Rahmenlehrplan zur Nachhaltigkeit kam nie. Der Elan ließ nach.

Die Pressestelle des Bildungsministeriums verweist auf den Service de Coordination de la recherche et de l'innovation pédagogiques et technologiques (Script) als Anlaufstelle, um zu erfahren, wie Schulen die Nachhaltigkeitsziele heute umsetzen. Der zuständigen Koordinatorin, Annechristien Grevink zufolge laufen derzeit mehrere Projekte. Das hauptstädtische Lycée Aline Mayrisch etwa verschenkt unter der Überschrift *Lam! goes green* wiederverwendbare Flaschen an Schüler der siebten Klasse, die sie bei Bedarf an Wasserstationen auffüllen können, statt jedes Mal neu Wasser in der Plastikflasche zu kaufen. Die Aktion wird unterstützt von der Schul-Cafeteria, die versucht, Verpackungsmüll zu vermeiden.

Restopolis, größter staatlicher Schulkantinenbetreiber in Luxemburg, ist seit längerem nachhaltig unterwegs: Sei es beim Einkauf und der Herstellung, wenn gezielt lokale Produkte verwendet werden, um Transportwege zu verkürzen, durch gesunde fair gehandelte (Bio-)Lebensmittel, durch den Weiterverkauf von Mahlzeiten von gestern oder durch die Teilnahme am nationalen Müllvermeidungs- und -trennungsprogramm der Superdreckschicht. Demnächst plant die Betreibergesellschaft eine Kampagne zum Thema Plastik. Das geschehe „aus Überzeugung“, sagt Leiterin Monique Ludovicy. Als nächstes möchte sie stärker an Zulieferer herantreten, damit diese mehr nachhaltige, verpackungsar-



Kinder der *Bëschcrèche* erleben die Natur ganz nah

me Produkte anbieten. „Viele befinden sich noch in der Komfortzone. Da müssen wir Überzeugungsarbeit leisten“, sagt sie. Der Druck, weniger Verpackung zu verursachen, kam teils von den Schulen selbst, wie der Schlussbericht des Projekts *Think global – act local* des Athenäums 2014 festhielt.

Die Initiative war bis dato der größte systematische Vorstoß in punkto nachhaltiger Bildung. Anknüpfend an Ziele der Unesco, machte sich ein Team um Mathelehrer Marco Breyer 2010 daran, ein Konzept zu entwickeln, wie eine nachhaltige Schule aussehen könnte. Dabei ging es um weit mehr als die Klassiker Abfalltrennung und Abfallvermeidung: Breyer und seine Kollegen wollten ein pädagogisches Konzept auf die Beine stellen, „wie Schüler und Lehrer vernetzt denken könnten, um im Schulalltag nachhaltig zu handeln“, dies mit freiwilligen klassenübergreifenden Projekten wie einer Öko-Rallye oder der Einrichtung von Umweltklassen.

Die Idee traf anfangs auf Skepsis: Unter KollegInnen, weil sie Mehrarbeit fürchteten, bei manchen Eltern und Schülern, die keinen moralischen Zeigefinger wollten. Aber schon bald gab es auf allen Jahrgangsstufen je eine BNE-Projektklasse, wurden gemeinsam mit dem Lehrer-Weiterbildungsinstitut Workshops und Fortbildungen rund um Nachhaltigkeit und Umwelterziehung für die rund 60 engagierten Lehrkräfte organisiert. Das Konzept schien zu greifen. Und dann war plötzlich Schluss.

„Letztlich war unser Projekt nicht sehr nachhaltig“, räumt Marco Breyer im Rückblick ernüchtert ein.

In der Stimme schwingt Frust mit. Als dreijähriges Schulentwicklungsprojekt (*projet d'établissement*) endeten mit der Projektzeit die Freistellungen der beteiligten Lehrer. Aus dem Vorhaben, die Initiative an andere Schulen zu tragen oder gar ein grünes Label für nachhaltige Schulen zu entwickeln, wurde nichts.

Probleme mit der Nachhaltigkeit von Schulentwicklungsprojekten gibt es nicht nur beim Umweltthema: Viele Lehrer haben prall gefüllte Stundenpläne, Initiativen neben dem Unterrichtsfach brauchen aber Zeit. Die Freistellungen, die das Ministerium für pädagogische Innovation gewährt, werden meistens befristet genehmigt. Vergessen wird dabei, dass Koordination, Betreuung einer Webseite, auch nachdem ein Projekt in den Schulalltag überführt wurde, nicht nebenher gemacht werden. Zumal konkret beim Athenäum das Nachhaltigkeits-Konzept auf weitere Schulen im Land ausgedehnt werden sollte.

Auf Nachfrage bei Annechristien Grevink vom Script heißt es wohl, das Ministerium habe diese Pläne nicht aufgegeben. Derzeit unternimmt der Service einen neuen Anlauf, um eine Übersicht sämtlicher nachhaltiger Schulprojekte zu erstellen. Das ist lobenswert, zeigt aber zugleich, dass mehr als zehn Jahre nach der Charta zur nachhaltigen Bildung noch immer keine nationale Anlaufstelle existiert, die so aufgestellt und ausgerüstet ist, dass sie alle Informationen und Initiativen zentral sammeln und auch fachlich begleiten kann. Dass also die ministerielle Organisation der grünen Projekte selbst alles andere als nachhaltig ist.

Der zuständigen Person im Script ist kein Vorwurf zu machen; sie ist nur teilweise freigestellt und Luxemburg hat mehr als 150 Grundschulen und über 30 öffentliche Sekundarschulen. Eine Person ist zu wenig, um eine landesweite Strategie zu koordinieren. „Unser Vorschlag war damals, in jeder Schule eine Person freizustellen, die die Koordination schulintern übernommen hätte, sowie es die Sicherheitsbeauftragte tun“, sagt Marco Breyer. Solche Ansätze gibt es in „grünen“ Vorreiterländern wie Dänemark und Norwegen.

Dazu braucht es aber neben einer Anlaufstelle in Script und Ministerium auch klare Verantwortlichkeiten in Sachen Nachhaltigkeit in anderen Bereichen, etwa in der Fortbildung oder Berufsausbildung. Bei der Medienerziehung ist die Professionalisierung im Gang, inzwischen gibt es einen Medien-Wettbewerb und Medienerziehung ist im Prinzip vorgesehen. Gleichwohl war bislang kein Budget dafür vorgesehen und in den Lehrplänen spielt das Thema weiterhin eine Nebenrolle.

Weil es an einer koordinierten Strategie mangelt, hängt die Umsetzung nachhaltiger Ideen umso stärker vom Engagement vor Ort ab. Motivierte Schulen und Lehrkräfte gibt es: Die Ganztagschule Eis Schoul bringt Kindern Umweltzusammenhänge durch den Besuch pädagogischer Bauernhöfe näher. Eine Gruppe Schüler besuchte am Dienstag im Rahmen eines Aufklärungsprojekts Luxemburgs einziges verpackungsarmes Lebensmittelgeschäft Ouni. „Wir bekommen immer mehr Anfragen von Schulen, die Kinder unser Konzept zeigen wollen“, sagt Ouni-Geschäftsführer Stephan Kinsch. „Wichtig ist, dass Kinder Nachhaltigkeit konkret erleben.“

Den meistens Initiativen ist bis heute gemeinsam: Sie sind voll gutem Willen, setzten jedoch oft punktuell an. Es fehlt ein systematischer Ansatz. Und es fehlt eine pädagogisch-didaktische Herangehensweise, die, ohne Meinungen und Haltungen vorzugeben, auf Widersprüche hinweist. Die Regierung mag sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen schreiben, aber wie nachhaltig ist ein Wirtschaftsmodell, das auf permanentem Wachstum aufbaut?

Knifflig dürfte auch werden, Nachhaltigkeit transversal in den Lehrplänen zu verankern und dann in Unterrichtspraxis und Schulalltag einzubringen. Bisher ist der Werteunterricht *Vie et société* das einzige Fach, das dafür einen Platz vorsieht. Nicht nur, weil Lehrer sich ungern in ihr Fach hineinreden lassen, sondern weil sie ans Neutralitätsgebot gebunden sind. Sie dürfen Schüler nicht indoktrinieren. Wie aber sieht eine Umwelterziehung aus, die Lebens- und Handlungsweisen nicht vorschreibt, die Raum lässt für Dissens und Kontroverse und den Hype um Nachhaltigkeit auch kritisch reflektiert?



Schüler von *Eis Schoul* besuchen Luxemburgs erstes und bisher einziges Lebensmittelgeschäft *Ouni*, das gezielt verpackungsarme Waren verkauft

France

L'écoute ou l'engrenage

Emmanuel Defouloy, Paris

Il ne faut plus se raconter d'histoire. Mais s'atteler à écrire l'Histoire. Car la France est bien entrée dans une turbulente période de transition, ou plutôt de métamorphose, c'est-à-dire de classique « fièvre hexagonale », comme elle en connaît avec régularité depuis plusieurs siècles. Surgi à la mi-novembre, le mouvement populaire dit des « gilets jaunes », originellement opposé à la hausse des prix des carburants et à la « vie chère », a rapidement porté un message quasi-insurrectionnel anti-Macron, le slogan commun aux manifestations et aux occupations de l'es-

pace public depuis deux mois étant de demander la « démission » du président de la République.

Telle une série télévisée, ce mouvement se perpétue chaque samedi en « actes » et, de l'acte I le 17 novembre à l'acte X le 19 janvier, il été le grand révélateur de bouleversements profonds qui traversent le pays. Par sa nature même d'abord. Hétérogène et apolitique, c'est la première mobilisation nationale entièrement organisée grâce aux outils numériques, de la pétition d'origine contre le prix de l'essence aux appels à défilé lancés sur internet, en passant par



Manifestation des gilets jaunes à Paris

les échanges constants par l'écrit, la parole et l'image sur Facebook. Peu structuré au départ, désireux de ne pas déclarer les manifestations ou de ne pas suivre de trajets prédéfinis, et marqué par de nombreuses dégradations, il cherche désormais à gommer ces aspects pour ne pas perdre en crédibilité.

Ce soulèvement devenu permanent a ensuite révélé en pleine lumière la fracture béante entre deux France, celle des cadres des métropoles à l'aise dans la mondialisation néolibérale et celle des classes populaires qui en souffre et crie son « ras-le-bol ». Ou plutôt *les fractures* : économique, sociale, territoriale, mais aussi culturelle, informationnelle et donc au final politique. Un retour de la lutte des classes qui passe par une défiance profonde à l'égard de deux catégories de la population critiquées pour ne plus remplir le rôle de « médiation » entre le peuple et le pouvoir exécutif qui est en principe le leur : les élus et les médias.

Les agressions contre certains journalistes sont la triste et condamnable expression du fossé qui sépare désormais deux « systèmes d'informations » qui se recourent peu : d'un côté les médias que l'on pourrait qualifier de « traditionnels », de l'autre de « nouveaux » médias largement liés aux réseaux sociaux, caisse de résonance des critiques populaires. Il ne s'agit donc pas tant d'une crise du journalisme que d'une accélération sous nos yeux de la recomposition du paysage médiatique.

Depuis un mois par exemple, les comptages du nombre de manifestants par le ministère de l'Intérieur et par les « gilets jaunes » sont différents, mais à ce stade les médias traditionnels ne reprennent que le premier. En revanche, concernant les blessés graves dus aux violences policières, l'évidence est restée bloquée pendant un mois et demi aux frontières des médias traditionnels, avant qu'un emballement soudain les amène tous ou presque, en quelques jours, à donner la parole au journaliste indépendant David Dufresne, qui en fait la juste et patiente recension sur *Twitter*.

L'incompréhension entre deux mondes a été manifeste après le lancement par Emmanuel

Macron, le 15 janvier devant 600 maires de Normandie, du « grand débat » national qu'il appelle de ses vœux. Les traditionnels « observateurs » parisiens et éditorialistes de la presse régionale y ont vu un président en reconquête, à la performance physique exceptionnelle, maîtrisant tous les sujets, faisant des ouvertures politiques et usant des mots du peuple pour s'adresser à lui. Le soir-même, les réseaux sociaux bruisaient d'autres réactions : dans une petite ville de province bunkérisée par les forces de l'ordre, où les « gilets jaunes » avaient été tenus à distance par interdiction de manifester, le président avait repris la posture de Jupiter, maintenu l'essentiel de son cap, méprisé ses concitoyens « en difficulté », sans compter l'accusation de faire campagne pour les prochaines élections européennes, en direct à la télévision, aux frais de l'État.

Un autre débat féroce traverse, lui, les médias traditionnels : la France connaît-elle un mouvement majoritairement d'extrême-droite à visée putschiste, ou bien qui défend les valeurs de la devise républicaine contre un pouvoir qui les bafoue ? À l'appui de leur interprétation, les premiers évoquent les membres de l'ultra-droite effectivement présents dans certains cortèges, les quelques slogans racistes et antisémites, ou encore les attaques contre la liberté de la presse. Les autres mettent en avant que ce mouvement est avant tout hétérogène, demandeur d'égalité, de fraternité, de justice fiscale et sociale, et d'une réelle participation des citoyens aux décisions politiques dont leur destin dépend. Dans ce domaine, *Mediapart* a apporté une des réponses journalistiques les plus abouties¹ : en faisant la synthèse d'une trentaine de reportages dans des régions fort diverses du pays, il a notamment mis en évidence la fraternité au cœur du mouvement et l'absence de toute référence aux musulmans... Pour lui, ce sont le mépris de classe, la peur de possédants et la réticence à bousculer ses habitudes politiques ou professionnelles qui poussent à s'aveugler sur l'extrême-droite et à s'empêcher de « faire le pari des gilets jaunes ».

De son côté, le pouvoir exécutif, après une première réponse sur le pouvoir d'achat le 10

La France connaît-elle un mouvement majoritairement d'extrême droite à visée putschiste, ou bien qui défend les valeurs de la devise républicaine contre un pouvoir qui les bafoue ?

décembre, compte désormais sur le « grand débat » qu'il organise de mi-janvier à mi-mars pour tenter de sortir de la crise. Les premières réunions livrent une impression mitigée, certains « gilets jaunes » y participant mais beaucoup non. À ce stade, la grande inconnue est la proposition institutionnelle qui pourrait en sortir (un référendum à choix multiples ?). Mais on peut d'ores et déjà écrire, sans trop risquer de se tromper, que les choix macroniens dans trois domaines vont plus aviver la crise que la résoudre : le mépris langagier, la dérive autoritaire et le cap économique-social.

La première erreur du président est d'avoir tellement « encadré » le grand débat qu'il l'a en partie fermé. Pas de retour à l'impôt sur la fortune, pas de remise en cause des baisses de cotisations aux entreprises... Et parmi les quatre grands thèmes choisis (fiscalité, organisation de l'État, transition écologique, démocratie et citoyenneté) ne figure même pas le pouvoir d'achat ! Exceptée, à la rubrique impôt, une possible baisse de la TVA sur les produits de première nécessité réclamée par les « gilets jaunes ». Déjà bien déporté sur sa droite en 18 mois, le macronisme joue ensuite désormais clairement la carte de la droite bourgeoise qui avait voté François Fillon à la présidentielle. Le projet de loi anti-casseurs, en plusieurs points liberticide, est par exemple issu de ses rangs. Le président peut ainsi engranger une victoire tactique, avec une légère remontée dans les sondages, mais il risque une défaite stratégique, en ressoudant les 70 pour cent de Français des classes moyennes et populaires.

Enfin, en Normandie, Emmanuel Macron a dit vouloir « responsabiliser » les gens « en situation de difficulté » car « il y en a qui déconnent ». À la déconsidération, il a donc ajouté la vulgarité, affirmant ensuite, à propos de ses petits phrases si mal perçues : « Je suis comme ça, je ne changerai pas ». Or c'est bien un changement que réclament les manifestants. Cette absence d'écoute ne risque-t-elle pas de déboucher sur un engrenage, les « gilets jaunes » ne donnant pas eux de signes d'essoufflement ? Et s'il n'y a ni changement de politique ni dissolution de l'Assemblée, par quoi pourrait-il passer ? Une répression autoritaire ? Le putsch d'un commando d'ultra-droite profitant d'un samedi de désordre ? L'incandescence de la situation incite à ne rien écarter.

¹ François Bonnet, Mathilde Goanec et Dan Israel, « Gilets jaunes : nos découvertes et nos surprises », *Mediapart*, 18 janvier 2019

Israel

Abschreckung oder Eskalation?

Susanne Knaul, Jerusalem

Der erneute Schlagabtausch zwischen Israel und den in Syrien stationierten iranischen Revolutionsgarden deutet auf eine Verschärfung des Konflikts. Bei den Angriffen der israelischen Luftwaffe sollen über 20 Menschen zu Tode gekommen sein, darunter zahlreiche Iraner. Ein Sprecher der israelischen Armee erklärte, dass die Angriffe eine Reaktion auf zuvor aus Syrien abgeschossene Raketen gewesen seien, die von dem Luftabwehrsystem Eisenkuppel abgefangen werden konnten. Die Raketen zielten auf das Skigebiet auf dem Hermon Berg, das am Montag infolge des Zwischenfalls geschlossen blieb.

Syrischen Informationen zufolge hatten bereits am Sonntag israelische Kampffjets mehrere Ziele in der Nähe der Hauptstadt angegriffen. Die Angriffe richteten sich, wie ein israelischer Militärsprecher erklärte, vor allem gegen die iranische Al-Kuds-Brigade, eine Einheit der Revolutionsgarden, sowie syrische Luftabwehranlagen. Der Kommandant der iranischen Luftwaffe, Amir Nassirsadeh, kündigte an, dass Iran bereit sei für den Entscheidungskrieg, „der den Angriffen der israelischen Armee auf Syrien ein Ende machen wird“. Teheran warte auf den Tag, „an dem wir das Ende Israels sehen“.

Israel hielt sich bislang bedeckt über die Angriffe der Luftwaffe auf syrischem Terrain. Es galt zwar als offenes Geheimnis, dass die Luftwaffe Waffenlieferungen Teherans an die libanesische Terrororganisation Hisbollah aufzuhalten versucht, und Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sprach wiederholt davon, dass Israel eine dauerhafte iranische Militärpräsenz in Syrien unterbinden werde. Zum ersten Mal offen über „Tausende Angriffe“ der israelischen Luftwaffe äußerte sich Gadi Eisenkot, bis vor kurzem noch Generalstabschef, aber erst Mitte Januar gegenüber der *New York Times*. Das Ende der Verschwiegenheit geht offenbar auf einen Alleingang der Regierung zurück. In Sicherheitskreisen habe man an der Entscheidung keinen Anteil gehabt und „war auch nicht glücklich darüber“, schrieb Amos Harel, Analyst für Militärfragen der liberalen *Haaretz*.

Nach Ansicht von Jakob Amidror, ehemals Nationaler Sicherheitsberater, sei die veränderte Politik Jerusalems als „Signal an Teheran“ zu verstehen. In einer Telefonschalt mit Korrespondenten in Jerusalem erklärte Amidror die „zwei Methoden“, um einem Gegner „klarzumachen, dass man entschieden ist, etwas zu unterbinden“. Die eine sei, „militärisch härter zuzuschlagen, die andere zuzugeben: 'Ich war's – und ich gehe das Risiko ein, dass ihr zurückschlagt'.“ Gegenüber dem israelischen Fernsehen bestärkte Geheimdienstminister Israel Katz die Hoffnung, dass die neue Offenheit in Jerusalem Israels Abschreckung stärke.

Kritiker Netanjahus, der seit dem Rücktritt von Avigdor Lieberman das Amt des Verteidigungsministers hält, warfen die Frage auf, ob der Regierungschef mit den Luftangriffen und der Offenheit darüber bei den Wählern punkten will, was Amir Peretz von der Arbeitspartei und ehemals selbst Verteidigungsminister, „nicht glauben möchte“. Peretz geht davon aus, dass Netanjahus Erwägungen nichts mit den bevorstehenden Wahlen zu tun haben, sondern „strikt militärisch und professionell“ sind.

Iran gilt als Israels gefährlichster Feind und bedroht an der Grenze zum Libanon Israel durch ihre Handlanger der Hisbollah, die mit Hilfe Teherans in den 1980-er Jahren gegründet wurde. Vermutungen des Sicherheitsapparates nach, sind die schiitischen Libanesen im Besitz von rund 120 000 Raketen, die jede Ecke Israels erreichen können. Eine zweite Front mit Iran will Israel „um jeden Preis“ verhindern, wie Ex-Verteidigungsminister Lieberman ankündigte. Die Sorge ist auch, dass die Revolutionsgarden einen Krieg mit Syrien provozieren könnten. Netanjahu baute anfangs auf die Unterstützung Moskaus. Der Abschuss einer russischen Militärmaschine über Syrien, die Mitte September angeblich von israelischen Kampffliegern in die Schusslinie der syrischen Abwehr getrieben worden sei, beschattet indes die Beziehungen zwischen Moskau und Jerusalem. Zudem gehen Militärexperten davon aus, dass die Macht von Präsident Wladimir Putin in Syrien begrenzt sei. Russland kommentierte die Angriffe Anfang der Woche mit Unmut. Die Praxis der israelischen Luftangriffe im Nachbarland Syrien müsse ein Ende haben, hieß es in Moskau. Syrien sei ein souveräner Staat.

Eine zweite Front mit Iran will Israel „um jeden Preis“ verhindern – und bombadiert vorsorglich syrische Kampfseinheiten



Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

.....

+0,6

ticker

.....

Prozent hat die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2018 im Vergleich zum Vorquartal zugelegt. Im Jahresvergleich stellt das Statec in seinem neuesten *Conjoncture Flash* ein Plus von 3,1 Prozent fest. Wenn die heimische Wirtschaft im letzten Quartal 2018 um 0,8 Prozent gewachsen ist (was dem Durchschnitt der vier vorherigen Quartale entspricht), werde das Bruttoinlandsprodukt 2018 insgesamt um drei Prozent zugelegt haben. Das Statec, das von optimistischen Konjunkturumfragen im Inland berichtet, warnt vor negativen Einflüssen von außen, wie der Konjunkturverlangsamung in Deutschland, dem EU-Austritt Großbritanniens oder auch der Haushaltsblockade in den USA. ms

.....

Runder Geburtstag



Die Fondation de Luxembourg (Foto: Präsident Henri Grethen und Direktorin Tonika Hirman) feierte diese Woche ihren zehnten Geburtstag. Vor zehn Jahren als Instrument für die heimische Vermögensverwaltungsbranche gegründet, beherbergt sie heute 80 Stiftungen mit einem versprochenen Kapital von 200 Millionen Euro. Tatsächlich eingezahlt seien ungefähr 125 Millionen Euro, so Direktorin Tonika Hirdman, der Rest werde erst beim Tode der Stiftungsgründer überwiesen. Bisher hätten die unter dem Schirm der Fondation de Luxembourg angesiedelten Stiftungen rund 35 Millionen Euro in gemeinnützige Projekte investiert, wobei fast die Hälfte in europäische Projekte ging. „Auch in Europa gibt es Armut“, so Hirdman mit ernster Miene während einer Pressekonferenz am Dienstag. Wie schön, kann man da nur sagen, wenn die Reichen den Armen ein bisschen etwas von ihrem Geld abgeben, auch wenn diese Großzügigkeit in erster Linie der optimalen Verwaltung der Vermögen der Reichen dient. Übrigens fänden nicht länger nur die ausländischen Privatbankkunden Gefallen an der Idee einer eigenen Stiftung, sondern immer mehr Gebietsansässige. Die Mehrheit der Stiftungsgründer im Jahr 2018 stamme aus Luxemburg, so Hirdman. ms

Arbeitsmarkt wächst

Im Dezember waren bei der Adem 15 186 Arbeitsuchende eingetragen, fast 2 100 beziehungsweise zwölf Prozent weniger als ein Jahr davor. Die Arbeitslosenrate lag damit bei fünf Prozent. Auch die Zahl der in Beschäftigungs-

maßnahmen Angestellten gin im Vergleich zu Dezember 2017 leicht, um 67 Peronen auf 4 035 zurück. Dennoch waren damit insgesamt 19 291 Arbeitnehmer auf der Suche nach einer Festanstellung. Vergangenen Monat meldeten die Arbeitgeber 2 464 freie Stellen bei der Adem, über 16 Prozent mehr als im Dezember 2017. ms

Vom Parkschein bis zur Lebensversicherung

Bei der Schlichtungsstelle für Verbraucher sind 306 Anträge zur Schlichtung eingegangen, seit sie im November 2016 operativ wurde. 72 davon hat sie an andere zuständige Stellen weitergeleitet. Von den Anträgen, die in ihre Zuständigkeit fielen, betrafen 82 Streit zwischen Kunden und ihrem Bauunternehmer, 25 Immobilienangelegenheiten, 22 die Automobilbranche und 15 Versicherungsgesellschaften. Innerhalb von zwei Jahren hat die Stelle in 107 Affären eine erfolgreiche Mediation und in sieben Fällen eine erfolgreiche Schlichtung durchführen können, wie es im Aktivitätsbericht heißt. Das entspreche, wenn man berücksichtigt, dass sich nicht alle Parteien auf eine Mediation einlassen, einer Erfolgsquote von 91,2 Prozent. Da im Luxemburger Gesetz weder Minimal- noch Maximalwerte für eine Schlichtung vorgesehen sind, reiche die Bandbreite der bei der Schlichtungsstelle eingegangenen Streitsachen von einem Parkschein von 15,60 Euro bis zu einem Lebensversicherungsvertrag von 2,5 Millionen Euro. Der Durchschnittsbetrag, um den gestritten werde, liege bei 40 608 Euro. Hauptursache für Streit zwischen den Parteien sei eine schlechte Kommunikation. ms

Kontraproduktiv

„Le ministre des Finances a par ailleurs eu une réunion de travail avec Margrethe Vestager, la commissaire européenne à la Concurrence“, heißt es in der Mitteilung über Pierre Gramegnas Teilnahme an den Sitzungen der EU-Finanzminister und der Eurozone Anfang der Woche. Worüber sie geredet haben, geht daraus nicht hervor. Aber wenn der Luxemburger Finanzminister und die EU-Wettbewerbskommissarin aufeinandertreffen, liegt der Verdacht nahe, dass sie über Staatsbeihilfen in Form von Steuerver-

einbarungen sprechen. Dem *Luxemburger Wort* sagte Gramegna bei seinem Aufenthalt in Brüssel, er finde den Vorschlag von EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici, bei Abstimmungen in Steuerfragen das Einstimmigkeitsprinzip abzuschaffen und das Mehrheitsprinzip einzuführen, kontraproduktiv. Er würdige außerdem die in den vergangenen Jahren erzielten Fortschritte in der Steuerpolitik nicht. Gramegna stellte zudem das Timing in Frage, da der Vorschlag Nationalisten und Populisten in die Hände spiele. ms

Spieltrieb

Der Umsatz bei den Oddset-Sportwetten brach im vergangenen Jahr um 43,5 Prozent ein. Grund dafür ist laut Loterie Nationale ein wachsendes illegales Konkurrenzangebot. Ein illegales Konkurrenzangebot macht sie auch für den Umsatzrückgang von acht Prozent beim Zubito-Spiel verantwortlich (obwohl auch das Zubito mehr Gewinne verspricht als laut Glücksspielgesetz in einem Akholausschank erlaubt sind). Weil es im vergangenen Jahr nicht viele hohe Jackpots gab, ist auch der Umsatz beim Euromillions um drei Prozent gesunken. Dennoch habe die Loterie Nationale ihren Umsatz insgesamt um 2,75 Prozent auf 104,3 Millionen Euro steigern können, weil die Rubbellose wie Piccobello sich weiter großer Beliebtheit erfreuen und auch das neue Spiel High Five, das jeden Tag einen Jackpot von 50 000 Euro verlost, gut beim Publikum ankomme. Wie viel genau die Loterie Nationale vergangenes Jahr an die Ceuve nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte überwiesen hat, teile die Loterie nicht mit, nur dass „im Schnitt“ von jedem verspielten Euro 25 Cent für den guten Zweck seien. ms



No news

Game of chicken, kicking the can down the road, ... es fehlte Anfang der Woche im britischen Parlament nicht an Bildern, um das Verhalten von Premierministerin Theresa May zu umschreiben: Sie versucht Zeit zu schinden, beziehungsweise zu verplempern. Offenbar in der Hoffnung, dass sich ausreichend Mitglieder ihrer eigenen Mehrheit aus zu großer Angst vor einem ungeordneten Brexit, der jeden Tag wahrscheinlicher wird, doch noch dazu entschließen, dem von ihr mit der EU ausgehandelten Austrittabkommen zuzustimmen. Denn hatte sie vergangene Woche bereits versprochen, diesen Montag eine Motion einzubringen und Änderungsvorschläge zuzulassen, über die dann abgestimmt werden könne, tat sie dies am Montag nicht. Stattdessen vertröstete sie die Parlamentarier auf den 29. Januar, kommenden Dienstag, um ihre Motion vorzulegen und in der Zwischenzeit weitere Gespräche mit allen Parteien zu führen. Bis dahin also wird es ihrem Willen nach auch keine Test-Abstimmungen zu anderen Fragen geben, über die sich ermitteln ließe, wofür es im Unterhaus eine Mehrheit gibt, beispielsweise die Verschiebung des Austritts, den Verbleib in der Zollunion oder ein zweites Referendum. Sie selbst lehnt eine Verschiebung des Austritts sowie das Abhalten eines zweiten Referendums ab, und da die restlichen EU-Mitgliedstaaten bisher erstaunlich gut zusammenhalten und nicht neu über die Grenze zwischen Irland und Nordirland verhandeln wollen, geschieht in Sachen Brexit bis aus Weiteres nichts.

Da es mit jedem vergehenden Tag schwieriger wird, ein Austrittsabkommen rechtzeitig zum Stichdatum am 29. März umzusetzen – sollte es doch noch Zustimmung finden –, bereiten sich die anderen EU-Staaten auf den ungeordneten Brexit vor. Staatsminister Xavier Bettel (DP) und Außenminister Jean Asselborn (LSAP) erklärten vergangenen Freitag die bisherigen Vorbereitungsmaßnahmen für ein „No-Deal“-Szenario. Luxemburg wird in vier Bereichen Gesetze durchs Parlament bringen, um die Wirkung eines ungeordneten Austritts zu lindern. Bereits hier ansässigen Briten soll ein Jahr Zeit eingeräumt werden, um eine Aufenthaltsgenehmigung, wie sie Bürger aus Drittstaaten brauchen, zu beantragen und zu erhalten. Bei der Immigrationsverwaltung wurden bereits acht zusätzliche Mitarbeiter eingestellt, um den Brexit-bedingten Arbeitsaufwand zu bewältigen, erklärte Asselborn. Damit Briten, die an Luxemburger Schulen unterrichten oder in Einrichtungen arbeiten, die an den öffentlichen Dienst angeschlossen sind, nicht automatisch ihre Stelle am 29. März verlieren, braucht es eine weitere Gesetzesanpassung. Eine solche, so Asselborn weiter, sei auch notwendig, um die automatische Anerkennung von Hochschulabschlüssen im medizinischen und paramedizinischen Bereich zu gewährleisten. Weitere Gesetze, um die Finanzbranche vorzubereiten, seien in Ausarbeitung, so der Außenminister, der betonte, Ziel dieser Anpassungen sei es, die Kunden der heimischen Branche zu schützen. Diese Vorschläge würden diese Woche fertig werden. Am heutigen Freitag soll Finanzminister Pierre Gramegna den parlamentarischen Finanz- und Haushaltsausschuss informieren. ms





Aus New York und Teheran kamen sie zur Verhandlung zwischen Mehrwertsteuer- und Erbschaftsstreitereien

„Juristisch interessante Sache“

Michèle Sinner

Mittwoch, 23. Januar 2019, neun Uhr morgens. Im knapp wohnzimmergroßen Saal 3.06 des Bezirksgerichts Luxemburg im dritten Stock im Dachstuhl des Gerichtsgebäudes sind fast alle Stühle besetzt, als die Richter anfangen, die für den Tag anberaumten Zivilsachen aufzurufen. Den Parteinamen nach zu urteilen, geht es um Familienangelegenheiten. Die Einregistrierungsbehörde und ein Privatunternehmen liegen wegen Mehrwertsteuerbeträgen im Klinsch, eine andere Firma streitet mit dem Firmenregister. Wenn die Richter eine neue Sache aufrufen, springen hier und da durch den Saal junge Anwälte von den Stühlen auf, die erfahrenere Kollegen vertreten. Es sind längst nicht alle Parteien anwesend, die aufgerufen werden. Seufzend ziehen die Richter dann unverrichteter Dinge die Gummibänder um die überquellenden Akten. Es ist ein ständiges Kommen und Gehen, nie ist die Tür länger als ein paar Minuten geschlossen. Wer keine Affäre mehr auf dem Programm hat, nimmt seine Sachen und geht, um prompt von neuen, in den Saal drängenden Anwälten ersetzt zu werden, die beginnen auf engstem Raum ihre Wintermäntel, Hüte, Mützen und Schals abzulegen, um ihre Roben überzustreifen.

Um 9.08 Uhr öffnet sich die Tür erneut und eine junge Anwältin führt drei Männer ohne Roben in den Saal, die dem Äußeren nach zu urteilen von weiter her kommen und die sich ein wenig verloren auf vereinzelter Stühlen setzen. Ihnen folgt ein prominenter Anwalt für Immobilienrecht, der allen noch verfügbaren Platz im Raum in Beschlag nimmt. Die Richter begrüßen ihn freudig, erlaubt ihnen sein Auftauchen doch noch Fortschritte in der Tagesordnung. Er entschuldigt sein Zuspätkommen weniger, als dass er kindisch nörgelt, es sei wirklich nicht seine Schuld, wenn die Leute autofahren würden wie „des cons“. Er braust kurz auf, verlässt dann wieder den Saal, an seiner Stelle nehmen zwei andere Anwälte Platz, die gerade hereingekommen sind, in Begleitung zweier Klienten, deren Frisuren und Kleidungsstil an die der Powerplayers in der US-Serie *House of Cards* erinnert.

Wäre eine Implikation des Irans in die Anschläge des 11. Septembers eine durch Immunität geschützte Ausübung staatlicher Souveränität oder ein geschäftlicher Verwaltungsakt, für den Staaten haftbar sind?

Um 9.24 Uhr ruft der Vorsitzende Richter sie auf und beginnt eine Zusammenfassung der vorliegenden Rechtssache. Es geht um die Anerkennung, die Exequatur, mehrerer US-Gerichtsurteile, die den Klägern die Zahlung von Schadenersatz durch die Beklagten zusprechen. Letztere kennen die Rechtswirksamkeit der Urteile aber nicht an, da sie unter anderem der Meinung sind, besagte US-Gerichte seien nicht kompetent, sie zu fällen, die Rechte der Verteidigung seien nicht gewährleistet gewesen und die Urteile würden daher gegen die „internationale luxemburgische öffentliche Ordnung“ verstoßen, fasst der Richter die Positionen zusammen. „Juristisch gesehen eine sehr interessante Sache.“ Ohne Mikrofon kann man ihn durch das ständige Öffnen und Schließen der Tür, das Geraschel durchblätterter Akten und gestapelter Winterkleidung kaum hören.

Der Anwalt der Klägerparteien steht auf. Mit fester Stimme erinnert er sich, wie am 11. September 2001 seine Sekretärin im Büro erzählte, gerade sei ein

Flugzeug in einen der beiden Türme des World Trade Center in New York eingeschlagen. Einer dumpfen Ahnung folgend, sei er nach Hause gegangen, habe das Fernsehen eingeschaltet und gesehen, wie ein weiteres Flugzeug in den zweiten Turm eingeschlagen sei. Ganz abgesehen vom Leid der 3 000 Opfer dieser Anschläge – die Hinterbliebenen von rund 100 von ihnen vertritt er hier –, verlange man in einem viel engeren Rahmen die Anerkennung der Gerichtsprozeduren, die in den USA zehn Jahre gedauert hätten. Die Beklagten hätten darauf verzichtet, sich während dieser Prozeduren zu verteidigen, und es wären ausreichend Beweise vorgelegt worden, um ein Urteil zu fällen. Das Urteil sei rechtskräftig, das Luxemburger Gericht könne es anerkennen, so wie dies auch bei anderen Urteilen der Fall sei. Die Immunität der Beklagten könne nicht geltend gemacht werden, da Zivilpersonen zu Schaden gekommen seien und das nicht etwa im Rahmen eines internationalen bewaffneten Konflikts, sondern durch barbarischen Terror. Seine Klienten, die Angehörigen der Opfer vom 11. September 2001, sind am Mittwochmorgen nicht nur durch ihn vertreten. Auch ihr US-Anwalt ist im Saal, Lee Wolosky, der unter Präsident Barack Obama Sonderbotschafter für die Schließung des US-Gefangenenlagers in Guantánamo auf Kuba war und nun wieder als Anwalt praktiziert.

Die drei verloren wirkenden Männer, die das Geschehen auf Französisch aufmerksam aber verständnislos verfolgen, vertreten die Beklagte, die iranische Zentralbank. Deren Gelder, in Milliardenhöhe, haben die Kläger Anfang 2016 beim Clearing-Haus Clearstream beschlagnahmen lassen, in Erwartung, dass die US-Urteile, die ihrer Forderung auf Schadenersatz für ihre Verstorbenen stattgeben, in Luxemburg anerkannt werden. Im Durcheinander des kleinen Gerichtssaals sind die Iraner hinter den Anwalt der amerikanischen Terroropfer geraten, während die US-Anwälte im *House-of-cards*-Look hinter dem Verteidiger der Iranischen Zentralbank sitzen.

Um 9.51 Uhr erhält der Anwalt der Beklagten, darunter nicht nur die Iranische Zentralbank, sondern auch die Islamische Republik Iran selbst, sowie meh-

tere iranische Ministerien und Würdenträger das Wort. Zuerst erinnert er daran, dass der Iran die Anschläge vom 11. September strengstens verurteilt habe, Anschläge, zu denen der Iran keine Verbindung habe. Die Urteile, um deren Anerkennung es hier gehe, beruhten darauf, dass der Iran auf der von der US-Regierung geführten Liste von Staaten stehe, die ihrer Meinung nach Terrorismus finanzieren. Deshalb hätten die US-Richter keinen Spielraum gehabt, anders zu entscheiden. Durch diese Besonderheit des US-Rechts und -Gesetzes sei die Immunität des Iran als souveräner Staat aufgehoben worden, während wirkliche Belege für eine Implikation des Irans in der Finanzierung der Anschläge nicht vorgelegt worden seien. Die internationale Rechtsprechung aber sage, dass ein souveräner Staat und seine Instanzen ihre Immunität nicht allein auf der Basis von Anschuldigungen einbüße, und er zieht zum Vergleich einen Prozess um deutsche Verbrechen in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs heran. Ein souveräner Staat, argumentiert er, könne nicht ohne sein Einverständnis von einem anderen Staat gerichtet werden. Ein junger Anwalt, der bisher keinen Platz ergattert hat und nicht weiß, ob er samt Winterparka bleiben soll oder nicht, beginnt sich hinten im Saal bei einem Berufskollegen zu erkundigen, ob das hier wohl noch länger dauert. Der Vertreter der iranischen Zentralbank gibt zu bedenken, dass das amerikanische Gesetz zur Aufhebung der Immunität der ihnen terrorverdächtigen Staaten das Prinzip der Gewaltentrennung zwischen Exekutive und Justiz verletze, es handle sich dabei um eine Erweiterung der Außenpolitik und sie diene dazu, geopolitische Interessen durchzusetzen.

Während der Sauerstoff im Raum knapp wird, beginnt der Richter, Fragen zu stellen. Es entsteht eine Diskussion darum, ob eine Implikation des iranischen Staates in die Anschläge – für die Kläger ist sie belegt, für die Beklagten eine ungehörige Unterstellung – ein Akt, eine Ausübung der souveränen Staatsrechte oder ein Verwaltungsakt darstelle und in welchem Falle die Immunität eines Staates spielt, wenn Zivile zu Schaden kommen. Ein junger Anwalt der Kläger argumentiert sehr ernsthaft

und viel Latein verwendend. Der bisher unschlüssig herumstehende junge Berufskollege entscheidet sich zu bleiben und schiebt sich mit seinem dicken Parka durch die Reihen auf einen freien Stuhl. Der Hauptanwalt der Kläger hebt noch einmal hervor, dass es sich bei den Zeugen, die in den USA ausgesagt haben, der Iran sei in die Finanzierung und Organisation der Anschläge involviert gewesen, um qualifizierte Leute handle. Offensichtlich gebe es keine offenen Quellen wie Zeitungsberichte, um die Verwicklung des Iran zu belegen. Man solle sowohl die Emotionen als auch die Politik aus der Sache heraushalten. Schon legt der Richter einen Termin für eine Urteilsverkündung fest.

Hinten in der letzten Stuhlreihe steht eine junge Frau auf. Die Vertreterin der Staatsanwaltschaft will auch noch etwas zur Sache sagen. Um sie herum starren Anwälte gelangweilt auf ihre Akten oder auf ihre Smartphones. Sie hat das Vertrauen der ausländischen Investoren auf dem Schirm. Es stehe viel auf dem Spiel, sagt sie, angesichts der großen Summen, die am Luxemburger Finanzplatz von ausländischen Kunden hinterlegt würden. Die internationale luxemburgische öffentliche Ordnung sei betroffen. Man kenne im Luxemburger Recht keine automatische Verantwortung wie in den USA. „Es ist tendenziös zu sagen, andere Staaten sind impliziert.“ Sie könne nicht prüfen, ob der Iran in die Anschläge involviert sei. Sie könne auch die Beweise nicht überprüfen, die dies belegen sollen. Die US-Urteile nicht anzuerkennen, laufe darauf hinaus zu sagen, es handle sich um Scheinbeweise. Das Gegenteil zu sagen, fährt sie fort, sei auch schwierig, wenn ein Staat Opfer eines Attentats geworden sei. Sie empfehle deshalb „prudence de justice“. Das sei zwar „eine feige Herangehensweise“, aber ohne Möglichkeit, die Fakten zu prüfen, habe sie keine andere Antwort. Der Richter bestätigt den 26. März als Termin, an dem er bekanntgeben wird, ob er die US-Terrorliste in Luxemburg durchsetzt oder die Milliardeninteressen der Anleger am Finanzplatz schützt. Es gibt ein kurzes Durcheinander, während die Amerikaner, die Iraner und ihre Anwälte den Saal verlassen. Dann wird die nächste Sache aufgerufen.

Im Dachstuhl der Cité judiciaire wird um die Implikation des Iran in die Anschläge des 11. Septembers und Anlegerrechte am Finanzplatz verhandelt

Quand la finance s'intéresse aux enjeux sociaux

Obligations sociales

Georges Canto

Au Grand-Duché on connaît bien les *green bonds*, puisque c'est à la Bourse de Luxembourg qu'a été cotée la première « obligation verte » en 2007. Depuis, selon un document officiel, « la place financière luxembourgeoise s'est établie comme le leader européen dans la finance verte et soutenable », grâce notamment au lancement en 2016 du Luxembourg Green Exchange (LGX). Au niveau mondial, le succès des *green bonds* ne se dément pas, avec près de 156 milliards de dollars d'encours fin 2017.

Construits sur le même principe, sauf qu'il ne s'agit plus d'émettre une obligation en vue de financer un projet ou une activité à bénéfice environnemental, mais de lever des fonds pour financer des actions sociales (lire encadré), les *Social Impact Bonds* (SIB) parfois simplement appelés *social bonds*, sont moins connus (moins de neuf milliards de dollars d'encours fin 2017), mais leur popularité est grandissante, avec un volume d'émissions qui a quadruplé en un an. À tel point que PriceWaterhouse-Coopers (PWC) vient de leur consacrer une étude intitulée *Osons les social bonds !* en partenariat avec l'Observatoire de la responsabilité sociétale des entreprises (Orse), sur la base de plusieurs dizaines d'interviews réalisées auprès des différents intervenants de l'écosystème, au niveau international, mais surtout en Europe où ont été réalisées deux tiers des émissions mondiales, avec l'Espagne en pole position (trente pour cent du total général).

Compte tenu de la vocation sociale de ces obligations, il est peu surprenant que les émissions soient largement dominées (à 85 pour cent) par des acteurs publics et para-publics.

Les banques de développement local et les institutions financières de développement (IFD) ont été historiquement les premières émettrices, et pour de gros montants. L'International Finance Facility for Immunisation en a ainsi levé depuis 2006 pour 4,5 milliards de dollars pour financer des campagnes de vaccination. En 2018 la Banque de Développement du Conseil de l'Europe et l'African Development Bank en ont émis respectivement pour 500 millions d'euros sur sept ans et 1,250 milliard d'euros sur dix ans.

L'International Finance Corporation (IFC), qui dépend de la Banque Mondiale, est une des organisations les plus actives, avec une dizaine de levées pour un total de 1,23 milliard depuis 2013, qui a notamment permis de financer seize projets liés à un programme intitulé *Banking on women*, qui soutient les initiatives d'entrepreneuriat féminin dans les pays en développement.

En Europe, l'Instituto de Crédito Oficial, une banque espagnole de développement local, a émis son premier *social bond* pour plus d'un milliard d'euros sur trois ans en janvier 2015, afin d'aider les PME dans les régions défavorisées du pays.

Parmi les autres acteurs publics, soucieux de financer des projets d'infrastructures, d'éducation

Les quatre piliers

Selon les *Social Bond Principles*, il existe quatre catégories d'informations-clés à fournir lors de l'émission d'un *social bond* et pendant la durée de l'emprunt :

- l'utilisation des fonds levés : quels projets seront financés et de quelle manière (prêts, apports en capitaux propres) ?
- le processus d'évaluation et de sélection des projets financés : l'ICMA encourage un haut degré de transparence (connaissance des critères d'éligibilité) et recommande le recours à des prestataires extérieurs pour certifier ce processus.
- la gestion des fonds alloués : communication transparente sur la manière dont les fonds vont être attribués aux projets et sur l'usage des fonds en attente d'allocation. Ici également, le recours à un vérificateur externe est souhaité.
- le *reporting* : les émetteurs doivent fournir des informations détaillées sur le devenir des projets financés et la réalisation des objectifs en utilisant des indicateurs de performance qualitative et quantitative appropriés. [gc](#)



Jobday à Dudelange : Toute personne vivant dans un bassin d'emploi ayant souffert de délocalisations ou de marginalisation économique, aussi bien dans les pays développés que dans les pays en développement, peut faire partie des populations cibles

La définition d'indicateurs pertinents est cruciale pour séduire de nouveaux investisseurs

et d'aide aux entreprises, on trouve les États et les collectivités locales. Ainsi, trois pays d'Amérique latine et centrale (Colombie, Chili et Mexique) ont émis des *social bonds* ainsi que l'Australie, les Pays-bas et le Japon, entre autres. En France, deux collectivités ont lancé des *sustainability bonds* (titres combinant les *social bonds* et les *green bonds*) : la Région Ile-de-France en a émis huit depuis 2012 pour une valeur globale de 2,7 milliards d'euros (la moitié de sa dette est désormais représentée par ces obligations « vertes et responsables ») et la Région Occitanie a émis en septembre 2018 son premier *sustainability bond* : les 500 millions d'euros empruntés sur quinze ans serviront à des investissements dans des « Projets verts et sociaux » (transition énergétique et écologique, protection des ressources naturelles, développement d'actions sociales et projets éducatifs et culturels).

Pour les entités publiques, qui ne peuvent pas lever des fonds sous forme d'actions, les *social bonds* sont une alternative appréciable aux financements par les impôts et les taxes, au moment où on cherche à en alléger le poids tandis que les besoins n'ont jamais été aussi aigus, avec le risque d'être accusées de « marchandiser l'action sociale ».

Les institutions privées (banques, assurances, entreprises industrielles et de services) sont moins présentes. Les banques interviennent surtout en tant qu'« arrangeurs » : pour les émissions en euros c'est surtout le cas de BNP Paribas, Crédit Agricole, HSBC, SG et Natixis. Mais il arrive qu'elles émettent elles-mêmes des *social bonds* comme la Kutxabank, une banque régionale basque, qui a levé par ce biais un milliard d'euros en 2015 en vue de soutenir le développement économique de familles à faible revenu. La première compagnie d'assurance australienne, QBE Group, a émis en 2017 un *social bond* d'environ 250 millions d'euros visant à promouvoir l'égalité homme-femme dans les entreprises.

Mais c'est surtout le cas de Danone qui a défrayé la chronique : connue pour sa « fibre sociale », la multinationale française a émis au printemps 2018 pour 300 millions d'euros de *social bonds* à échéance de sept ans, pour financer divers projets. L'offre de capitaux s'est élevée à 700 millions !

Pour PWC, cet engouement présage d'une augmentation des émissions par des acteurs privés dans un futur proche, car beaucoup d'entreprises sont à « un stade de maturité avancé » grâce notamment aux



synergies mise en œuvre par leurs directions RSE (responsabilité sociale de l'entreprise) et financières.

Pour les entreprises émettrices, il existe un important enjeu en termes d'image (mise en valeur de leur stratégie de responsabilité sociale, positionnement de pionnier, différenciation) à l'égard des clients et des collaborateurs. Mais l'intérêt est aussi financier avec la possibilité d'attirer de nouveaux profils d'investisseurs et de diversifier leurs sources de financement.

Bien que toutes sortes d'investisseurs puissent souscrire des *social bonds*, il s'agit en grande majorité d'institutionnels (gestionnaires d'actifs, fonds de pension, banques, assurances) avec en leur sein une prééminence d'investisseurs privilégiant les critères ESG (environnementaux, sociaux et de gouvernance), souhaitant donc combiner leurs attentes financières avec le désir que leurs placements aient un impact positif sur la société.

Géographiquement, ils se situent partout dans le monde : l'émission de l'Instituto de Crédito Oficial a surtout attiré, avant même les Espagnols, des investisseurs d'Asie et du Moyen-Orient suivis par des Allemands. Seulement 41 pour cent des souscripteurs du *social bond* de Danone sont français, le reste venant surtout de Chine et d'Allemagne.

Le marché des *social bonds* est appelé à se développer (au premier semestre 2018 les émissions avaient déjà dépassé le niveau de l'ensemble de l'année précédente), d'autant que depuis juin 2017 il est encadré par les *Social Bonds Principles* établis par l'ICMA (International Capital Market Association, lire encadré).

Cela étant, les investisseurs *mainstream*, ceux qui ne sont pas spécialement orientés ESG, peuvent être rebutés par plusieurs éléments. Un certain flou règne encore sur la terminologie utilisée, le terme de contrat à impact social étant par exemple utilisé en France. Le terme « social » recouvre lui-même des acceptions très variées.

Pour Olivier Muller, directeur au sein du département Développement durable chez PWC, il faut encore « améliorer la transparence sur la finalité des projets à financer, leurs impacts et la mesure des résultats dans le temps ». La définition d'indicateurs pertinents est cruciale pour séduire de nouveaux investisseurs.

Surtout, ces derniers peuvent être déçus par la médiocrité des rendements offerts, car les programmes à finalité sociale, par leur nature même, ne peuvent dégager un surplus comparable à celui d'investissements économiques ou financiers. L'obligation sociale émise par Danone en 2018 ne propose qu'un coupon de un pour cent. Les apporteurs de capitaux craignent également pour la liquidité de leur placement. Selon PWC, il faut trouver « une contrepartie à l'impératif de performance économique pour entraîner les investisseurs classiques vers ce type d'obligation et ainsi intensifier le marché ses *social bonds* ». Il y a du pain sur la planche.

Chronique Internet

Pichenette

Jean Lasar

Le gendarme français de la protection des données a infligé cette semaine une amende de cinquante millions d'euros à Google pour ses manquements dans la gestion des données personnelles en France. Cette amende, qui représente un record pour la Cnil (Commission nationale de l'informatique et des libertés), a été prononcée suite aux plaintes signées par quelque 10 000 internautes et déposées par les associations None of Your Business et La Quadrature du Net après l'entrée en vigueur en mai dernier du règlement européen pour la protection des données (RGPD). Ces associations ont mis en cause la façon dont Google obtient le consentement de ses utilisateurs pour la gestion de leurs données. En pratique, ont argumenté les associations auxquelles la Cnil a donné droit, ceux-ci sont « pas en mesure de comprendre l'ampleur des traitements mis en place par Google », décrits comme étant « massifs et intrusifs ».

Plusieurs associations ont mis en cause la façon dont Google obtient le consentement de ses utilisateurs pour la gestion de leurs données

En d'autres termes, la Cnil a rappelé au géant californien que demander aux utilisateurs qu'ils consentent à l'enregistrement et au traitement de leurs données est indispensable pour satisfaire aux dispositions du RGPD, mais est loin d'être suffisant. La Cnil a mis en cause en particulier l'imbrication des multiples services proposés par Google, de la recherche à YouTube en passant par Google Maps, Google Photos ou encore Play Store, la boutique d'applications Android gérée par Google : en pratique, a fait valoir l'instance française, l'utilisateur est bien incapable de comprendre comment ses données vont circuler entre ces différentes plateformes et de quels moyens il dispose pour limiter cette circulation. La Cnil reproche spécifiquement à Google de pas avoir mis en place la possibilité de procéder à des consentements spécifiques pour chacune de ses plateformes, ou en tout cas de ne pas l'avoir fait de façon suffisamment claire pour qu'un utilisateur normalement constitué y parvienne.

Google a fait savoir qu'il étudiait la décision de la Cnil « afin de déterminer les prochaines étapes » – en clair, s'il va contester cette amende devant le Conseil d'État, ce qu'il peut faire endéans les quatre mois.

Si la somme de cinquante millions d'euros est un record pour la Cnil, dont le montant des amendes était encore limité il y a peu à trois millions d'euros, elle est loin de vraiment faire mal à Google, dont le chiffre d'affaires mondial (ou plus précisément celui d'Alphabet, sa maison mère) est de l'ordre de 110 milliards de dollars. Le gardien français des données personnelles est en effet désormais habilité à imposer des pénalités allant jusqu'à quatre pour cent du chiffre d'affaires mondial de la société pénalisée. Les géants du Net, que l'on se plaît à désigner par l'abréviation Gafa (Google, Amazon, Facebook, Apple, ou Gafam si on y ajoute Microsoft), ont eu plusieurs années pour se préparer à l'entrée en vigueur du RGPD, et il est logique d'assumer qu'en amont de son introduction l'an dernier, ils ont opéré des arbitrages sur les restrictions qu'ils allaient s'imposer pour s'y soumettre. Les données utilisateurs sont de fait au cœur de leurs modèles d'affaires, un pan non négligeable de leurs activités étant celui de courtiers en données personnelles.

Les agences nationales de protection des données des pays de l'UE ont-elles les moyens d'enquêter efficacement sur les pratiques des Gafa en la matière et de les contraindre à se plier aux exigences du RGPD ? Le sort de cette amende constituera un premier élément de réponse. Au sein de l'UE, la France est aussi en pointe pour les obliger à payer davantage d'impôts. Si, en matière de fiscalité, l'opinion est en général plutôt favorable à ce que les Gafa contribuent plus équitablement aux budgets nationaux, la voie est plus étroite sur la question des données, parce que les géants américains jouent avec habileté d'une certaine exaspération devant les contraintes qu'impose le RGPD aux entreprises européennes, parfois perçues comme des chicaneries. Il appartient donc aux citoyens de faire entendre leur voix et de signifier *urbi et orbi* qu'ils sont davantage que des vecteurs de données aspirables et emmagasinables à merci.

Projets et populations

Les *social bonds* ont vocation à financer exclusivement des « projets générant un impact social positif », c'est-à-dire qui visent résoudre ou réduire un problème social particulier touchant une ou plusieurs population(s)-cible(s).

Selon les *Social Bonds Principles*, les catégories des projets financés incluent notamment : l'accès à l'eau potable, à l'assainissement, à l'énergie et aux transports ; l'accès à des services essentiels tels que la santé, l'éducation, la formation professionnelle et les services financiers ; le logement social ; la sécurité alimentaire ; les avancées socio-économiques ; l'emploi, avec le financement de PME, des projets de microfinance ou d'entrepreneuriat social.

Les populations cibles varient selon le contexte socio-économique et géographique, mais il peut s'agir dans certains cas de la société dans son ensemble. On trouve parmi elles, selon l'ICMA : des personnes vivant sous le seuil de pauvreté ou sans emploi ; des personnes n'ayant pas accès à des services de santé et d'éducation de bon niveau ; les migrants ; les handicapés ; des populations et communautés marginalisées ; des populations vulnérables à la suite de catastrophes naturelles. Toute personne vivant dans un bassin d'emploi ayant souffert de délocalisations ou de marginalisation économique, aussi bien dans les pays développés que dans les pays en développement, peut également en faire partie. [gc](#)

La révolution blockchain (5)

Internet of things : accrochez-vous

Mirel Bran

Autrefois, les yeux tournés vers les étoiles, l'homme pouvait traverser les mers et aller d'un endroit à un autre. Aujourd'hui il baisse la tête pour regarder l'application GPS qui lui montre le chemin. Quand on va quelque part sans GPS, on est obligé de faire attention à ce qui nous entoure, de prendre des repères, une petite maison au coin de la rue, un lampadaire, un nid d'hirondelle, l'odeur d'une boulangerie, et si on ne trouve pas l'adresse, on peut demander de l'aide à quelqu'un.

Se déplacer en comptant sur soi-même, c'est entrer en relation avec l'environnement et les autres, se connecter aux formes de vie qui nous entourent. Avec un téléphone mobile, on est toujours connecté, mais pas à l'environnement et aux autres, mais aux lignes colorées qui nous montrent le chemin sur l'écran. L'internet est malin, c'est une connexion qui nous déconnecte et a un impact sérieux sur notre mémoire. Quand je me déplace seul, je suis obligé de faire attention à ce qui m'entoure, de retenir le chemin, de prendre des repères. Mon cerveau est en alerte et mémorise mon passage dans le monde. Ainsi la mémoire est un moyen de me connecter à moi-même.

Avec le téléphone mobile je n'ai plus besoin de mémoriser quoi que ce soit, il suffit que je regarde le chemin dessiné sur l'écran. Le GPS me déconnecte non seulement de mon environnement, mais aussi de moi-même.

Peu à peu l'internet s'insinue dans ma vie et me prive insidieusement de l'exercice quotidien de ma mémoire. Il est arrivé à la maison avec mon ordinateur, puis il est devenu mobile avec la tablette et le téléphone portable. Et le téléphone portable est à son tour devenu « smart » en me proposant de plus en plus d'applications intelligentes dont l'effet est un affaiblissement de mon intelligence. Certes, ce n'est pas intelligent de se rendre moins intelligent, mais c'est comme ça que ça marche.

Cependant l'internet est loin d'avoir achevé sa conquête de l'homme. Nous allons franchir une autre étape estampillée « Internet of things » (IoT), en français IdO (Internet des objets). L'IdO est la connexion sur internet d'une panoplie d'objets qui font partie de notre vie quotidienne : frigo, cuisinière, prises, grille-pain, chauffage, machine à laver, éclairage... Ces machines qui font notre confort seront dotées d'assez d'intelligence pour s'autogérer via des applications que nous pourrions programmer. Les voitures autonomes ne relèvent plus de la science-fiction, elles existent déjà et sont testées massivement. Si l'internet nous incite à nous déconnecter des autres et de nous-mêmes, il permettra aux objets qui nous entourent de se connecter sur des réseaux de plus en plus sophistiqués.

L'arrivée de la cinquième génération de standards pour la téléphonie mobile, la fameuse 5G, va permettre des débits de communication mobile jusqu'à dix gigabits par seconde. Comparée à ce dont on dispose aujourd'hui, la 5G est une Ferrari comparée à la Dacia Logan. Sa capacité à connecter les objets de notre quotidien rendra ces derniers intelligents. Ils produiront eux aussi des données concernant nos actions, nos décisions, nos façons de vivre, données qui permettront de mieux savoir qui l'on est. Selon plusieurs études d'experts, plus de 150 milliards d'objets devraient se connecter entre eux d'ici 2025. Ils se communiqueront nos données à une vitesse qui nous échappe. L'homme ne sera pas capable de maîtriser une telle quantité de données, ce sont les algorithmes de l'intelligence artificielle qui pourront les gérer en temps réel.

Peu à peu, nous allons transférer une partie de notre vie réelle dans le monde virtuel. La recherche du confort nous a poussé à déléguer une partie de nos tâches aux machines. Il est plus facile de faire un prélèvement automatique sur mon compte pour payer l'électricité que d'aller faire la queue au guichet pour payer ma facture. Il est plus facile de monter dans une voiture qui m'emmène où je veux en conduisant toute seule. Pendant ce temps, je peux rester scotché à mon *smartphone*. Mais ce transfert du monde réel dans le monde virtuel commence à se faire en sens inverse. Avec l'IdO l'intelligence artificielle stockée dans nos objets permettra au monde virtuel d'entrer dans notre monde réel.

Personne ne peut prévoir l'effet de cette osmose entre le réel et le virtuel. La littérature de science-fiction est une tentative pour imaginer et comprendre ce qui peut nous arriver. À en croire ceux qui travaillent dans ces domaines, les nouvelles ne sont pas très rassurantes. « L'intelligence artificielle me donne une trouille monstre, a déclaré Elon Musk, directeur de produit chez Tesla et SpaceX, dans une de ses nombreuses conférences. Elle est plus dangereuse que la Corée du Nord et les ogives nucléaires. Nous allons vivre notre plus grande crise existentielle. » La bataille est-elle perdue d'avance ? Tant que nos données seront centralisées par des entreprises géantes, comme c'est le cas de Google et de Facebook, le risque de manipulation est sérieux. Et si l'on mettait nos données sur une plateforme ouverte de type *blockchain* dont nous aurions le contrôle ? Peut-être que l'on pourrait redécouvrir le plaisir d'une simple promenade sans GPS les yeux tournés vers les étoiles.

Die kleine Zeitzeugin

Michèle Thoma

Das Backgroundgespräch mit dem Energieminister auf *RTL*, es ist äußerst anspruchsvoll und fordert sämtliche Solarzellen heraus, wird mitten-drin Herz erwärmend.

Erst einmal, klar, dreht es sich um Autos. Benzi-ner, Diesel, Elektro. All diese Fragen, die für solche, für die Autos Ufos sind, unbekannte Fahrobjekte, auf denen Wesen mit rätselhaft reibungslos sich abspulenden Reflexen rätselhaft nonchalant durch die Lande gleiten, einen ähnlichen hohen Gähn-Faktor wie der Brexit haben. Schalkhaft fragt die Moderatorin nach Elektro-Autos, die schmackhaft gemacht werden sollen. Und dann geht es um Prämien für die, die elektrisch verkehren. Warum nicht für Fußgänger_innen, diese ewig unprämiierten Pro-Klimawandler_innen?

Natürlich für eine Auto-Outsiderin eine Herausforderung, dieses Gespräch mit dem Energieminister im lila Hemd. Er schaut so kompetent, aber keinesfalls (im)pertinent kompetent. So sachlich fachlich, und doch so weitblickend. Er sagt Dinge mit Hand und Fuß und Kopf und Haarschwanz, aber dann wieder total abgefahren. Total visionär, so wie der Weltrauminister schwerelos im Weltraum unterwegs ist, ist der Energieminister es auf der Straße, einem viel undankbareren Pflaster natürlich. Man hat gar den Eindruck, dass er sich auskennt sich aus mit Autos, dabei besitzt er nicht mal eines. Aber er ist nicht gegen sie. Er hat anscheinend wirklich eine Ahnung von dem, worüber er spricht; sehr verwirrend bei einem Minister. Er hat einen Plan und eine Vorstellung, wo es hingeht, und wie. Allein schon das mit den Batterien! Alles genau ausgetüfelt. Der Energieminister denkt wirklich weit, gar schon an die nächste Generation, die der Batterien. Der Strom ist dann grün, es klingt großartig, wenn man seine eigene Sonnenenergie züchtet, kommt grüner Strom dabei raus. Dem Nachbarn kann man ab Hof was davon verhökern, hat nicht schon Old Shatterhand Rifkin in der *Uucht* davon erzählt? Das sind so die Visionen, und wahrscheinlich tun das ja auch schon einige, die mit der natürlichen Intelligenz. Statt Lars von Trier zu schauen.

Die Interviewerin fragt den Energieminister, ob es nicht besser wäre, auf den totalen cleanen Strom zu warten. Statt uns mit halben Sachen, halb cleanem und halb dreckigem Strom zufrieden zu geben. Der Energieminister verneint, er ist kein Purist. Er ist Minister und muss das Visionäre in die Praxis umsetzen, das Abgehobene auf den Boden bringen,

Zu Gast

Alex Penning

De Brexit steet fir déi déif Kris vun der EU. Den „ëmmer méi Europa“ huet den Austrëttswunsch a Groussbritannien ëmmer méi staark gi gelooss an d'Euroskepsis an anere Staaten geniert. Do-wéinst ass et falsch, fir de Brexit wëlle mat enger verdéiftener Integratioun vun deenen anere 27 ze beantweren. Genee dat wëllen eenzel Staten an d'Europäesch Institutiounen. Dëst geet net gutt. Et gëtt aner Weeër, fir Europa opzebauen.

Wirtschaftlech ass de Brexit un éischer Plaz e Verloscht an e Risiko. Besonnesch d'Perspektiv vun engem „wëlle“ Brexit, also en Austrëtt ouni Accord, kann Angscht maachen. Wat geschitt mam Bannemaart a virun allem mat denen direkt betraffene Mënschen? Mir brauche kuerzfristeg Moossnamen, fir d'Situatioun vu Betraffenen ze regelen. Do wäeren zum Beispill déi Lëtzebuurger Studenten ze nennen, déi a Groussbritannien op d'Uni ginn, fir vun deenen hirer eemoleger Qualitéit a Spezifisitéit ze profitéieren, an natierlech och déi dausende vu Briten, déi hei am Land wunnen.

Den Alex Penning ass Generalsekretär vun der Alternativ-demokratescher Reformpartei

Er sagt Dinge mit Hand und Fuß und Kopf und Haarschwanz, aber dann wieder total abgefahren

auf den Asphalt. Denn leider, wie wir ja wissen, ist nicht überall Luxemburg, und wie autofährt der Luxemburger mit seinem guten Strom guten Gewissens ins Ausland? Wo es höchstwahrscheinlich vorwiegend bösen Strom gibt, wie wir alle ahnen. Atomstrom gar, wie in Frankreich, dahin fahren viele. Obschon Wasserstoff ein starker Stoff ist, der allzu viele Windmühlen braucht, zieht der findige Energieminister einen kleinen Wasserstofftank aus dem Haarschwanz. Für die Reise an die Côte d'Azur.



Der Energieminister in Begleitung der Umweltministerin

Da die Luxemburger_innen noch immer nicht exklusiv in Autos leben, kommen jetzt die Häuser dran. Es klingt immer wundersamer und zukunfts-musikalischer, die einfachsten und einleuchtendsten Dinge werden erfunden und gefunden. Klingt nach ein bisschen Himmel auf spröder luxemburgischer Mutter Erde, die Luxemburger_innen sind plötzlich wirklich so verdammt nett zu ihrer Mutter, sie nehmen sich fest vor, ihr keinen Ökomonster-Fußtritt mehr zu geben. Kommen sie dann in den Himmel auf Erden?

Um den zu zu erreichen, muss man nur tief buddeln. Denn jetzt verrät der Energieminister etwas Herzerwärmendes, überhaupt Erwärmendes. In der Minette ist die Erde total warm. Also unten, 500 Meter runter muss man schon, aber dann. In der Minette ist unten Süden. Wobei, wen wundert das, Minette war immer schon Süden, Italien, die Städte grau wie im Neo Realismo, die Erde rot wie in Afrika, die Menschen rau, aber herzlich. Sie lebten neben glühenden Bergen, und Männer domptierten Feuerzungen vor höllisch hohen Öfen. Beinahe alle Dichter kommen von dort.

Und im Norden?, fragt die Interviewerin, sicher aus Fairnessgründen. Ist die Erde da auch warm unten? Nein, sagt der Energieminister.

De Brexit – en europäeschen Échec!

Alex Penning

Wat geschitt mat de Lëtzebuenger Baueren, déi den englesche Maart beliwweren an elo, a schweieren Zäite fir d'Landwirtschaft, ëm hiren Ofsaz fäerten? Wat geschitt mat enger Cargolux an hiren ongekklärte Landungsrechter, well d'Europäesch Kommissioun dem Austrëttskandidat Vereenegt Kinnekräich d'Liewen net wëll ze liicht maachen?

Datt et iwwerhaupt zu engem knallhaarde Verhandlungsmarathon komm ass, versteet sech, well wichteg Interessien um Spill stinn. Egal, wéi een zur EU steet: Esou e laangfristeg Projéit verdréit net gutt, wann ee vu senger wichtigsten Akteure sech zeréckzitt. Duerfir wollten déi Rescht-27 onbedéngt verhënnern, datt Groussbritannien sech kéint d'Kiisch vum Kuch huelen a weider vum Bannemaart profitéieren, ouni d'Nodeeler vun enger Memberschaaf an ouni Geld op Bréissel ze iwwerweisen.

D'Theresa May sollt keen zweet Margareth Thatcher ginn, déi fir hir Insel knallhaart finanziell Extrawurschte krut, wéi si dacks genuch mat der Fauscht op den Dësch geschloen hat. Och wann de Contraire behaupt gouf, wollt d'EU onbedéngt als Gewënnner vum Brexit-Verhandlungsdësch goen. Bei esou muechtpoliteschen Iwwerleeungen sinn et natierlech Däitschland a Frankräich, déi vir marschéieren, wat erkläert, datt d'Suerge vun enger Lëtzebuenger Cargolux absolut net a Betruecht gezu gi sinn.

D'Féierungsambitioune vun Däitschland a Frankräich, déi eng Angela Merkel besser vertuscht wéi

en Emmanuel Macron an déi op näischt anescht berouen wéi op hirer demographescher a wirtschaftlecher Bedeitung, si fir eng demokratesch Unioun vu souveräne Nationounen jo e Widder-sproch. Elo wou London d'Wallis paakt, gesi Paräis a Berlin hir Chance fir ze dominéieren.

Am Muechtconcert vu Bréissel war Groussbritannien e gutt Géigegewicht, méi pragmatesch wéi ideologesch, méi op d'Virdeeler vum Bannemaart konzentréiert wéi op Weltanschauung. Oppen zum Atlantik an net just zum Schwaarze Mier. Eleng d'britesch Selbstwäertgeffill war e Garant, datt Bréissel sech net zevill a national Ugeleechtheeten vun de Memberlänner amëschen an d'Supranationalitéit no Loscht a Laun weiderdreiwéi konnt.

Mat Groussbritannien an der EU war en diplomatescht Spannungsfeld garantéiert, dat méi kleng Länner Geleechenheet ginn huet, bei wichtige Decisiounen matzeschwätzen.

D'ADR bedauert de Brexit. Am meeschte bedauere mir déi enttäuschend Roll vun eiser Diplomatie am Brexit. Lëtzebuerg war an europäesche Krisen dacks dat Land, wat selbstbewusst eng Kompromëssléisung fonnt huet, bei där kee Land säi Gesicht verluer huet. An dëser Kris, déi net vum Dësch ass, ware mir just e Matleeder, deen d'Parole vun der Rescht-EU an hire „Leaderstaate“ brav nogebiet huet. Lëtzebuerg huet seng Roll net gespilt a verléiert elo e wichtige Alliiéierten.

Der Wissenschaftsglaube der Allianz von Atheisten und Humanisten

Aha-Ersatzsoteriologie



Im Luxemburg des 21. Jahrhunderts gehört Atheismus für viele zur weltanschaulichen Basisausstattung. Deshalb weiß ein Großteil der Luxemburger womöglich nicht, ob die Kampagne von Aha mit dem Spruch „Net reliéis? Stéi dozu!“ als Anachronismus oder importierter Amerikanismus einzuordnen ist

Menschen sind in den seltensten Fällen Teil einer religiösen Gemeinschaft, weil sie deren Erklärungsmodell dem der Naturwissenschaften vorziehen

Stéphanie Majerus

Zuweilen kann man das Gefühl haben, dass manche Gruppierungen Uneindeutigkeiten nicht wirklich aushalten könnten. Dass sie Überlegungen in Grauzonen eher vermeiden würden und essentialistisches Schwarz-Weiß-Denken bevorzugen. Zum Beispiel wenn man auf den Internetseiten von Aha, der Allianz von Atheisten und Humanisten, herumstöbert. Eine Art moralische Panik begrüßt einen bereits auf der Startseite. So wird dort auf einen Vortrag von Michael Shermer verwiesen, einem US-amerikanischen Star-Atheisten: „Welchen Beitrag kann die Wissenschaft leisten in Zeiten von Terrorismus, politischem Islam, Nationalismus und Identitätspolitik im Westen?“, wird hier gefragt. Michael Shermer hat darauf auf Einladung von Aha im Jahre 2017 in Luxemburg Antworten geliefert: Gerade die Wissenschaft könne die Menschheit in eine gerechtere und freie Welt sowie in eine bessere Zukunft führen.

Aha Lëtzebuerg wurde 2010 gegründet, unter anderem mit dem Ziel, sich „für einen humanistischen Lebensstil ohne Religion, aufbauend auf einem naturalistischen und rationalen Weltbild“ einzusetzen. Deshalb kann es eigentlich nicht verwundern, dass Aha Religion in Opposition zu wissenschaftlichen Ansätzen definiert, in Bezug zur Evolutionstheorie stellt und auf ihre Plausibilität hin überprüft. In diesem Sinne staunt ein Politologe auf seiner Profilseite von Aha: „Obwuel d'Opklärung an d'Wëssenschaften d'Relioun entzaubert a widderluecht hunn, halen awer och haut nach ëmmer vill Leit u Göttervirstellung fest. Mee wat bréngt hinnen dee Gott? Sain Zweck besteet jo doran, Saachen ze begreinnen an ze erklären.“ Ein weiteres Verwaltungsratsmitglied, ein promovierter Chemiker, bemüht wie auch Shermer die Kontrastierung von Wissenschaft und Religion. Er behauptet, „die reine Wissenschaft“ flöge die Menschen „zu den Sternen“, die Religion jedoch „in Hochhäuser“, dies sei eine „unwiderlegbare Erkenntnis“. Um seine Mahnung vor monotheistischen Religionen zu

unterstreichen, schreibt er, gerade diese trügen „für einen Großteil an Unheil in unserer Welt Mitverantwortung“ und „an deren Händen“ würde „das Blut geradezu heruntertröpfeln“.

Aber auch biografische und anekdotische Begründungen für das Engagement bei Aha werden angegeben und kommen nicht zu kurz. Der aktuelle Präsident schreibt beispielsweise: „Seit ich denken kann, kam mir die Kirche immer reichlich heuchlerisch vor, vor allem durch das Auftreten unseres Dorfpriesters in meiner Kindheit.“ Die ehemalige Vizepräsidentin – und aktuelles sozialistisches Regierungsmitglied – weiß nicht, was sie in ihrer Kindheit mehr störte, „dee gekräizegten Jesus, dee mär hu missten faarweg molen“, oder die furchteinflößenden blutrünstigen Geschichten, wie sie schreibt.

Und immer wieder wird der Topos Religion vs. Wissenschaft bemüht. So auch unter der Rubrik „Ethik – frei von Dogmen“. Religionen werden hier als dogmatisches Regelwerk betrachtet, das die Gesellschaften spalte. Demgegenüber könne nur „ein naturwissenschaftliches Weltbild, das die menschlichen Bedürfnisse in ihrer Wirklichkeit zu erfassen vermag“, in der Lage sein, „eine universelle humanistische Ethik zu begründen, die den Ansprüchen nach Selbstbestimmung und Gerechtigkeit aller Menschen Rechnung trägt“.

Hat Aha tatsächlich einen neuen Heilsbringer identifiziert und einen für eine seriöse Debatte tauglichen Religionsbegriff vorgelegt, oder steht diese Analyse auf wackligeren Füßen? Tatsächlich waren die meisten Kriege bis vor dem 20. Jahrhundert oftmals religiös legitimiert und begründet. Jedoch waren die Bereiche „Politik“ und „Religion“ strukturell vor der Moderne nicht besonders ausdifferenziert. Spult der Hobbyhistoriker nun jedoch lediglich bis ins 20. Jahrhundert zurück, stellt er fest, dass die These von den vornehmlich religiös motivierten Gewalttaten schwerlich zu begründen bleibt. Denn unter anderem ver-

traten der Nationalsozialismus, der Stalinismus und der Maoismus nicht-religiöse Ideologien. Es sei denn, man möchte Ideologien strukturell ähnlich wie die Religionen analysieren, dem Soziologen Emil Durkheim folgen und behaupten, der Gott einer Gesellschaft sei die spiritualisierte Gesellschaft selbst. (Im durkheimischen Sinne ist Donald Trump ein Guru, der durch das simple Maga-Mantra einen Teil des Volkes in einen kollektiven Rausch versetzt, innerhalb dessen ihr Amerikanisch-Sein zelebriert wird.)

Aber einen solchen Religionsbegriff vertritt Aha nicht. Mit ihrem Verweis auf die angeblich ahistorische Autorität von „Heiligen Schriften“ unter der Rubrik „Gegensätze zwischen Religion und Wissenschaft“ verbreitet die Organisation eher die gleiche Religionsauffassung wie Fundamentalisten. In diesem Denken vermittelt ausschließlich die Schrift Bedeutungsverbindlichkeit. Kulturwissenschaftler und Historiker hingegen betrachten Entwicklungen religiöser Gemeinschaften innerhalb historischer und kultureller Kontexte und stellen dabei immer wieder fest, dass „die Religion“, „das Christentum“ und „der Islam“ im Kollektivsingular eigentlich nicht existieren.

Das vergangene Jahrhundert hat ebenfalls die Widersprüche in Bezug auf technische Entwicklungen offen gelegt. Technische Entwicklungen können tierisches und menschliches Leid verringern oder vergrößern – um ihr Potenzial zu verstehen, muss man demnach genau hinsehen: Reden wir von Penicillin oder von Glyphosat? Das technologische Fortschrittsnarrativ, das einige Aha-Gründer ausmalen, ist nicht in allen Bereichen gegeben. Und gut möglich, dass das 21. Jahrhundert noch einige Überraschungen und Paradoxe in Bezug auf technische Entwicklungen bereithält.

Wie erwähnt, setzen die Religionskritiker von Aha in ihrem Sezierungseifer immer wieder Religions-

mitgliedschaft mit Dogmentreue gleich. Für Religionsethnologen besteht allerdings die Möglichkeit, sich immer wieder über die persönliche Aneignung, situative Auslegung und die Transgressionen religiöser Dogmen zu wundern: So gibt es natürlich die Brahmanen, die Alkohol trinken und Fleisch in sich hineinstopfen, bis sie umkippen, obwohl die Schriften dies nicht vorsehen. In den Gebieten des Himalaya gibt es Personen, die angeben, Buddhist und Hindu zugleich zu sein. Nach den Lehrgebäuden beider Religionen ist dies kaum miteinander vereinbar, aber menschliche Flexibilität macht vieles möglich. Es gibt die Sikhs, die Weihnachten mit Christen und Eid al-Fitr mit Muslimen feiern. Es gibt praktizierende Musliminnen, die keinen Schleier tragen und Schweinefleisch essen, sowie Katholiken, die nicht gegen die Abtreibung sind, Ehebruch begehen und noch nie von der Transsubstantiationslehre gehört haben. Die meisten Gläubigen sind eben, wie andere Menschen auch, einfach normal widersprüchlich.

Des Weiteren mahnen die Aha-Aktivisten davor, die katholische Kirche könne öffentlich wirksam die Evolutionstheorie anzweifeln. Freikirchen in den USA fordern tatsächlich, das „Intelligent Design“ solle gleichwertig neben der Evolutionstheorie an Schulen unterrichtet werden – ein Umstand, den man kritisieren darf und soll. Die religiösen Strömungen, die sich in der Vor-moderne etabliert haben, treten ihrem Selbstverständnis nach in unseren Breitengraden jedoch kaum noch in Konkurrenz zu den naturwissenschaftlichen Erklärungsansprüchen. Im Gegenteil: Mit ihrem Verweis, sich zunächst mit dem Gegenweltlichen zu beschäftigen, entziehen sie sich dem Bereich der wissenschaftlichen Anliegen. Dies kann der zeitgenössische Mensch intellektuell apathisch finden; die Kritik, Religionen würden die Welt nicht plausibel erläutern, greift in diesem Kontext nicht. Und für neuere religiöse Bewegungen ist der Vorwurf des mangelnden Interesses an Evidenzen nicht allgemeingültig. Die Anthroposophie beispielsweise

versucht sich über wissenschaftliche Studien zu legitimieren, wenngleich das Studiendesign nicht immer den akademischen Kriterien entspricht und die Interpretation der Studien viel Deutungsfreiraum enthält.

Letztlich jedoch sind Menschen in den seltensten Fällen Teil einer religiösen Gemeinschaft, weil sie deren Erklärungsmodell dem der Naturwissenschaften vorziehen. Wer mit minimalem sozialwissenschaftlichem Gespür in die Welt blickt, stellt fest, es zählen viele mögliche Gründe: emotionale Bindungen an religiöse Orte; Sinnsuche; der Wunsch nach ekstatischen Erfahrungen oder schlicht auch soziale Alternativlosigkeit und Gewohnheit – Letztere heute vor allem in außerökzidentalen Regionen. Auch steht eigentlich selten eine intellektuelle Annäherung an religiöse Texte, vor allem von Laien, im Vordergrund. Dies ist auch allein schon deshalb nicht immer möglich, weil nicht immer in rituellen Kontexten mit Übersetzungen vorgegangen wird: Juden beispielsweise beten das Kaddisch auf Aramäisch. Die liturgischen Texte des Zoroastrismus sind auf Awestisch, eine Sprache, die weltweit nur wenige Gelehrte beherrschen. Hinzu kommt, dass die meisten Texte sich einer rationalen Analyse entziehen, da sie überwiegend in metaphorischer Sprache verfasst wurden. Rituale und Mythen sind demnach keine Hypothesen, die man belegen oder widerlegen kann.

Die Gründe für religiöse Gemeinschaftszugehörigkeit sind also vielfältig. So wie es womöglich diejenigen sind, die Aha-Mitglieder zu ihrem Aktivismus motivieren. Und vielleicht sind diese auch nicht immer unbedingt rational begründet, wie es die biografischen Einblicke auf der Aha-Internetseite vermuten lassen. Vielleicht sind affektive Beweggründe hier mit am Werk: Aversionen gegen ein katholisches Elternhaus oder das konservative Dorfleben eines Luxem-

(Fortsetzung auf S.14)

(Fortsetzung von S.13)

burgs der 1960er, 1970er Jahre. Und schließlich bleibt unklar, welches Aha-Mitglied tatsächlich die Atheistenbibel, *Die Entstehung der Arten* von Charles Darwin, gelesen und studiert hat. Vielleicht handelt es sich beim Verweis auf Darwin zunächst um einen Vertrauenszuspruch in die wissenschaftliche Gemeinschaft, jedoch nicht um angeeignetes Wissen.

In einer Welt, in der eine Zentralperspektive abhanden gekommen ist, kommt es gelegen, klare Kontrastfolien aufzubauen, um sich selber zu positionieren, und sei es um den Preis von hinkenden Karikaturen. Natürlich ist es von Bedeutung, Machtstrukturen von Institutionen und deren Missbrauch zu thematisieren. Anstelle von Religion müssen Kritiker deshalb allerdings keinen neuen gesellschaftlichen Heilsbringer anbieten; im Falle der neuen Atheisten ist es „die Wissenschaft“. In ihrem Heilsangebot gleichen sie dabei aber fast wieder den monotheistischen Religionen, deren größte Kritiker sie eigentlich sein wollen. Aber womöglich schafft es keine Gemeinschaft, innere Kohäsion aufrechtzuerhalten, wenn sie auf Eigennarrative, sprich Quasimythologien, gänzlich verzichtet. In diesem Sinne optiert Aha lieber für eine Ersatzsoteriologie, die sie an der Wissenschaft festmacht, als die Bedeutungslosigkeit der Menschheitsgeschichte zu postulieren.

Aber nicht nur bietet Aha einen hinkenden Religionsbegriff an. Auch in Bezug auf die Begriffe „Wissen“ und „Wissenschaft“ treten Vereinfachungen auf. Aha schreibt beispielsweise: „Wissen ist objektiv.“ Dass es unterschiedliche Wissens-

In einer Welt, in der eine Zentralperspektive abhandengekommen ist, kommt es gelegen, klare Kontrastfolien aufzubauen, um sich selber zu positionieren. Und sei es um den Preis von hinkenden Karikaturen

ordnungen und Objektivitätsbegriffe gibt, wird dabei umgangen. Die rezente Wissenschaftsphilosophie verweist aber eher auf Deutungsoptionen in Bezug auf Daten und mehr oder weniger stabilisierte Fakten innerhalb von Netzwerken, die unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche sowie wissenschaftliche und politische Institutionen betreffen. Dass es gesicherte Erkenntnisse in einigen Feldern geben kann, wird dabei aber nicht bestritten.

Für Aha ist Wissenschaft zudem „politisch neutral“. Forschungen werden also nicht vom nationalen Forschungsfonds FNR oder von privaten Firmen finanziert, sondern das Geld für Labore, technische Forschungsgeräte und wissenschaftliche Konferenzen fällt im Aha-Verständnis einfach wie ein Wunder vom Himmel. Das heißt nicht, dass Wissenschaftler nicht um Neutralität bemüht sein können, aber auch sie kommen nicht so recht an der Frage vorbei: Wann und wo beginnt das Politische?

Obwohl der Religionsbegriff von Aha keiner kulturwissenschaftlichen Prüfung standhält und der Wissenschaftsbegriff nicht genügend durchbuchstabiert wurde, hat die Organisation dennoch Verdienste vorzuweisen – wie die Unterstützung der Umsetzung eines einheitlichen Werteunterrichts. Aha weist darauf hin, dass der Werteunterricht vereinbarer sei mit demokratischen Werten als konfessionsbezogener Unterricht. Mehrfach sprechen die Mitglieder die soziale Kontrolle und den vulgären Machtmissbrauch durch das Personal der katholischen Kirchen an, die sie selbst erlebt haben: in Bezug auf den Religionsunterricht oder während Austrittsprozeden. Insofern erhalten sie die sozialen Gefrierfachtemperaturen des Nachkriegs-Luxemburgs bis ins frühe 21. Jahrhundert in Erinnerung. Zudem hinterfragen sie stets die Intransparenz der religiösen Institutionen, gerade was deren Finanzen betrifft. Andere wichtige Punkte, wie die religiös begründeten Geschlechterbilder, kommen erstaunlich kurz.

Und tatsächlich weist die Bewegung der „Neuen Atheisten“, wie der zeitgenössische politische Avatar des Atheismus genannt wird, zumindest in den USA einige dunkle Flecken auf. Enttäuschte Konfessionslose diskutieren seit einigen Jahren in *Quarz*, *Salon* und *Buzzfeed*, inwiefern die Neuen Atheisten misogynen Ideologien verbreiten. Die eindrücklichsten Beschreibungen enthält der umfassende Essay von Mark Oppenheimer auf *Buzzfeed* (12.09.2012). Er geht zunächst auf die Vorwürfe gegenüber Michael Shermer ein. Der *womanizer* genannte und *Skeptic Magazine*-Gründer Shermer hat angeblich mehrere Frauen sexuell belästigt. Alison Smith ist eine der Frauen, die sich öffentlich dazu äußerte. Sie gibt an, stark betrunken und nahezu bewusstlos gewesen zu sein, als Michael Shermer mit ihr schlief, und betrachtet dessen Handlungen deshalb als nicht einvernehmlich.

Richard Dawkins bestätigte allerdings gleich nach der Veröffentlichung von Oppenheimers Artikel, dass er eine faire Debatte über die Vorwürfe von Frauenfeindlichkeit in der Atheisten-Bewegung lieber verhindern als befördern will. So machte er sich über die Position von Alison Smith auf *Twitter* lustig: „Officer, it’s not my fault I was drunk driving. You see, somebody got me drunk.“ Er solle nicht unfreiwilligen Sex mit der Entscheidung vergleichen, betrunken Auto zu fahren, hieß es daraufhin. Statt sich zu entschul-

digen, twitterte er zurück: „If you want to be in a position to testify & jail a man, don’t get drunk.“ Und äußert damit implizit den Verdacht, das eigentliche Opfer sei Shermer. Die *Salon*-Journalistin Amanda Marcott fragt im Hinblick auf diese Reaktionen, ob hier nicht ein ähnlicher Schulterschluss zwischen den männlichen Atheisten-Stars stattfände wie innerhalb der katholischen Kirche bei Pädophilie-Anschuldigungen, zumindest als die ersten Fälle bekannt wurden.

Christopher Hitchens, Autor von *God is not Great*, dachte, er müsse in *Vanity Fair* erklären „Why Women Aren’t Funny“ (Januar 2007). Dabei versucht er über den Aspekt der Humorlosigkeit eine Verbindung zwischen Religion und Frauen herzustellen: Da Religionen die offiziellen Feinde von Humor seien, könne sich daraus herleiten lassen, warum gerade Frauen, die ebenfalls quasi naturgemäß nicht lustig seien, die „Bankenfüllerinnen“ in Kirchen seien. Auch der Neurowissenschaftler Sam Harris, einer der Anführer der Neuen Atheisten, denkt am liebsten in essentialistischen Kategorien. In einem Interview mit der *Washington Post* (12.09.2014) erklärt er, weshalb seiner Ansicht nach besonders viele Männer Atheisten sind: „There’s something about that critical posture that is to some degree intrinsically male and more attractive to guys than to women.“ Und er führt weiterhin aus, atheistisches Denken würde auf einen „nurturing coherence-building extra estrogen vibe“ verzichten, anders als religiöse Bewegungen.

Zumindest von Shermer, Dawkins und Harris besteht eine direkte Verbindung zu Aha. Wie erwähnt, hat Aha Shermer nach Luxemburg eingeladen, und unter der Rubrik „Lesetipps“ werden jeweils zwei Bücher von Dawkins und Harris gepriesen. Das heißt nicht zwangsläufig, dass Aha frauenfeindlich eingestellt ist. Die Organisation hat sich aber dafür entschieden, bereits bekannten und hochdotierten Autoren zu noch mehr Sichtbarkeit zu verhelfen, statt weniger sichtbaren Personen Raum zu geben. Die Liste ließe sich noch fortsetzen, aber klar dürfte sein: Ein naturalistisches Weltbild immunisiert nicht vor ethischer Schludrigkeit. (Ein religiöses natürlich auch nicht. Auf der sublunaren Welt sind wir alle menschlich, allzu menschlich.)

Konfessionslosigkeit schützt einen also nicht vor sexistischen Handlungen. Gibt es dennoch Indikatoren, die darauf hindeuten, dass ein konfessionsloses Umfeld beispielsweise zu einem frauenfreundlicheren Klima führt? Vergleicht man das weltweite politische Mitspracherecht von Frauen, ist das Ergebnis gemischt. Ruanda und Bolivien sind derzeit die einzigen beiden Länder, die einen über 50-prozentigen Frauenanteil in ihrem Parlament haben. Dabei liegt die Konfessionslosenrate unter drei Prozent. In Luxemburg hingegen liegt diese Rate bei fast 27 Prozent, bei den letzten Wahlen wurden aber nur zwölf Frauen direkt ins Parlament gewählt. In Japan und Korea werden weniger als 20 Prozent der Parlamentssitze von Frauen besetzt, dabei verbuchen beide Länder weltweit den höchsten Anteil an Atheisten. Es gibt aber auch Länder, die zugleich eine hohe Konfessionslosenrate und eine starke Politikbeteiligung von Frauen aufweisen, wie Frankreich oder die nördlichen Länder Europas. Deutschland wiederum erlebte durch eine christliche Partei, unter Angela Merkel, in den vergangenen Jahren den Hauch eines Matriarchats. Die-

se Zahlen zeigen demnach vor allem eines: Wir sollten uns verabschieden von monolinearen Erklärungsmodellen, sie sind der Wirklichkeit nicht gewachsen.

Und wie könnten wir eigentlich den Universalitätsanspruch von Aha bewerten? Als Napoleon 1798 in Ägypten einfiel, verfolgte er nicht lediglich militärische Ziele, sondern auch zivilisatorische. In diesem West-Orient-Spannungsverhältnis jedoch werden islamische Reformbewegungen hervorgerufen, die als Beginn des modernen, politischen Islam bezeichnet werden können. Eine Schlüsselfigur ist der Islam-Theoretiker Dschamal ad-Din al-Afghani, der als geistiger Mitbegründer des Salafismus gilt. Seine Überzeugungen greifen dabei direkt europäisches Gedankengut und Werte auf, um sie allerdings in antikoloniale Narrative und islamische Reformprojekte einzubetten. Neben der Beförderung des islamischen Fundamentalismus hatte der europäische Kolonialismus noch viele andere Nebenwirkungen. Insofern haben universal angelegte, weltanschauliche Erziehungsprojekte einen oftmals unerwarteten Ausgang.

Etwas komplizierter wird eine kulturell relativistische Haltung allerdings bei globalen Problemen, deren Lösung einer globalen Zusammenarbeit bedarf, wie das naheliegende Beispiel Klimawandel. Denn wie bereits angedeutet, bewertet nicht jede Kultur a-perspektivistische Objektivität und den Naturalismus als ausschlaggebend: Wie also vermitteln zwischen unterschiedlichen Weltbezügigen, Wissensordnungen und Bedürfnissen? Doch könnten wir anmerken: Ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen Naturalismus und Animismus hätte uns vielleicht vor dem aktuellen Öko-Schlamassel bewahrt. Denn der Animismus lehnt eine reine Fixierung auf Wissen ab und lebt sich primär in Beziehungen und einer Umwelt. Im animistischen Denken ist die Welt stets in Prozesse und Relationen eingebettet. Deshalb haben die amerindianischen Gemeindemitglieder der Sarayaku bei der COP21 auch nicht den Erhalt der Artenvielfalt und der natürlichen Ressourcen, die Menschen irgendwann ausbeuten können, gefordert. Nein, in ihrer Stellungnahme haben sie zunächst Beziehungen zwischen unterschiedlichen Organismen betont, die bewahrt werden müssten.

Im Luxemburg des 21. Jahrhundert gehört Atheismus für viele zur weltanschaulichen Basisausstattung. Deshalb weiß ein Großteil der Luxemburger womöglich nicht, ob die Öffentlichkeitswirksamste Kampagne von Aha mit dem Spruch „Net reliéis? Stéi dozou!“ als Anachronismus oder importierter Amerikanismus einzuordnen ist. Überdies vergessen viele atheistische Szientisten, dass Wissenschaftsbejahung Spekulationen spiritueller Art nicht ausschließt.

Die Diskussion, auf Grund welcher Ideale religiöse Gemeinschaften in einer säkularen Gesellschaft einzuschränken, zu untersagen oder zu bewahren sind, ist philosophisch und rechtlich anspruchsvoll. Eine gute Voraussetzung für das Gelingen dieser Debatte könnte sein, menschliche und gesellschaftliche Pluralität anzuerkennen und uns von essentialistischen Kategorien zu verabschieden.

Die Autorin ist Kulturanthropologin und Religionswissenschaftlerin. Sie arbeitet derzeit als Diplomassistentin an der Universität Fribourg.

Verfolgung von Ungläubigen

Trotz aller Kritik an den zeitgenössischen Kategorienfehlern der hiesigen Aha-Allianz sollten wir nicht vergessen, dass Religionskritik, historisch gesehen, selten in dieser öffentlichen Form möglich war. Vor knapp zwei Monaten hat Susan Richter, Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg, einen Sammelband unter dem Titel *Verfolgter Unglaube* herausgegeben. Darin wird erläutert, dass die Verfolgung von Gottlosen im frühen Christentum beginnt. Apostasie, der Aufrstand gegen den Bund mit Gott, galt als Blasphemie und wurde strafrechtlich geahndet. Damit einher ging seit dem frühen sechsten Jahrhundert der Entzug des Vermögens und des Rechts, ein Testament aufzustellen. Auf Nachfrage erläutert Susan Richter jedoch, dass „zunächst die Verbreitung atheistischen Gedankenguts im großen Stil als Tatbestand ausgemacht wurde“. Demnach galt nicht der Unglaube als Straftatbestand, sondern seine gezielte Äußerung. „Atheistische Publikationen wurden öffentlich verbrannt, und falls der Autor zu ermitteln war, kam es zu einem Prozess“, erklärt Richter. Um dem Prozess zu entkommen, begaben sich die Betroffenen jedoch in der Regel ins Exil.

Doch auch die Geschichte der Atheistenverfolgung enthält einige unerwartete Verflechtungen. Susan Richter berichtet, dass Verurteilungen den Schriften und ihren Autoren in manchen Fällen zu Popularität verhelfen. „Die Buchprozesse und Verurteilungen müssen deshalb auch als eine wesentliche Chance für die atheistische Literatur begriffen werden, die ihre zeitgenössische Wahrnehmung, nicht zuletzt auch ihre Bedeutung steigerte.“ So wurde der französische Arzt und Materialist Julien Offray de La Mettrie (1709–1751) nach seiner Verurteilung vom preußischen König Friedrich II. eingeladen und avancierte an dessen Tafelrunde zu einem beneideten Gast. Voltaire nannte ihn den „königlichen Leibatheisten“.

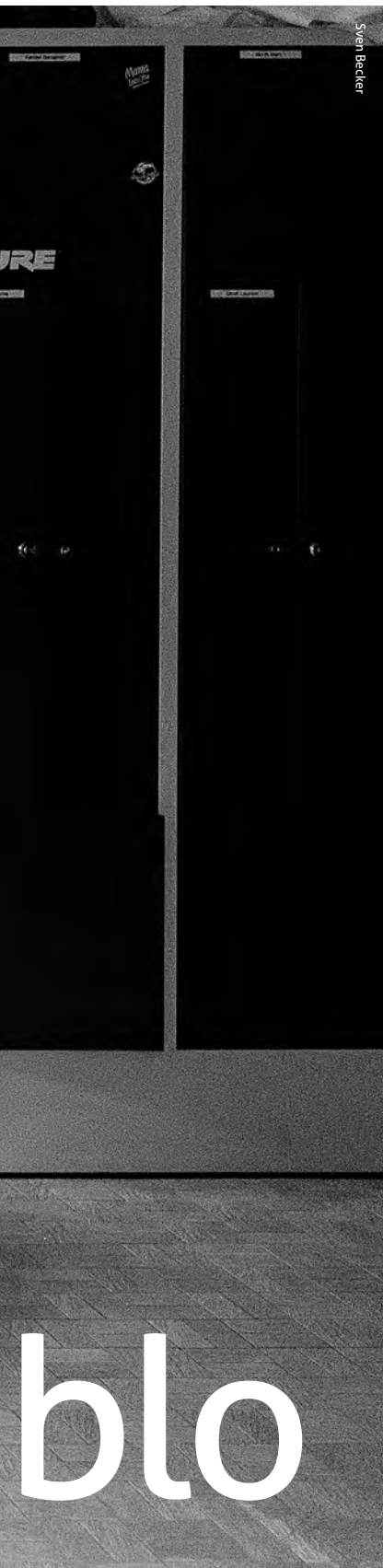
In vielen Ländern werden Atheisten aber noch immer diskriminiert. Susan Richter nennt zunächst die Entwicklungen in Bangladesch: „Dort werden seit 2013 verstärkt Intellektuelle als erklärte Atheisten von Islamisten verfolgt und ermordet – und die Regierung steht dem passiv gegenüber. Bangladesch versteht sich zwar als säkularer Staat, andererseits wurde der Islam zur Staatsreligion erhoben. Die Regierung positioniert sich nicht gegen den starken Einfluss der radikalen Islamisten, die gegen angebliche oder tatsächliche Atheisten kämpfen, sondern verschärft bestehende Gesetze und erleichtert somit die Verfolgung so genannter Ungläubiger.“ Andere Länder, die den Atheismus als Bedrohung von Tradition und Ordnung betrachten, sind asiatische und nordafrikanische wie Saudi-Arabien, Ägypten, Indien, Indonesien und Malaysia. Und auch in den USA beklagen der Historikerin zufolge zahlreiche Atheisten, nicht in Führungspositionen zu gelangen und Diskriminierungen ertragen zu müssen. sm



Zwei Kampagnen der Allianz von Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg



Rihannon Morgan en surveillante de prison (à gauche), en discussion avec la metteuse en scène Renelde Pierlot, lors des répétitions, ce lundi, pour *Voir la feuille à l'envers*. Cette création des Théâtres de la Ville se tient dans le cadre de *Breaking the waves* (voir ci-dessous) aux Capucins – ou plutôt, dans les sous-sols du Théâtre des Capucins. Pierlot, qui est actrice de formation (à Liège) et socialement très engagée – elle travaille entre autres en prison –, a écrit une pièce déambulatoire et immersive sur la sexualité des gens qui en sont normalement exclus : handicapés (physiques et mentaux), personnes âgées ou prisonniers. Le triptyque est à voir en plusieurs épisodes, les 2, 8 et 9 février (plusieurs représentations d’une heure chacune par soirée, programme sur [theatres.lu](#)). Le spectacle réunit une dizaine d’acteurs et de danseurs dans différents décors. jh



tablo

Politique



Ce qu’un logo implique

Cela ne s’invente pas. Alors même que, la semaine dernière, une lettre d’un/e *whistleblower* interne au Mudam publiée par [woxx.lu](#) rappela la mauvaise ambiance au musée depuis le départ d’Enrico Lunghi à la direction, amplifiée au lieu d’être calmée par sa successeure Suzanne Cotter (voir *d’Land* 03/19), voilà que le Mudam a subrepticement une nouvelle identité visuelle, dévoilée en catimini sur les réseaux sociaux (voir ci-dessus) et sur place (mais non encore sur le site web). Réalisé par la grosse boîte de publicité et de *branding* bruxelloise (avec des bureaux à Genève et à New York) Base Design – qui travaille pour de gros clients dans le domaine de la culture, comme la Ruhrtriennale, la Fondation Vuitton, le Moma ou la Fondaton Cartier, ainsi que, au Luxembourg, pour les Amis des musées – le logo pourtant véhicule, peut-être sans le vouloir, un message de rupture (entre la base et la direction). En outre, bien que Base prône, dans son manifeste en-ligne que « if it looks familiar, we will try something else », il copie, les graphistes l’ont vu de suite, le logo de l’émission politique *Monitor* de la chaîne publique allemande *ARD* ou celui des magasins *Smets*. jh

Littérature



Carl Zuckmayer,

la référence pour le prix remis tous les ans par le Land Rhénanie-Palatinat à un pair pour *Verdienste um das künstlerische Wort*. Pour 2019, le jury avait fait un choix auquel personne ne trouvait rien à redire, jusqu’au jour où Menasse fut accusé d’avoir mis dans la bouche de Walter Hallstein des propos qui ne figurent dans aucun discours de l’homme politique. Pis, il lui fait faire son premier discours de président de la Commission à Auschwitz, en 1958. Dans un roman, *Die Hauptstadt*, ça passe, moins dans des débats, dans un essai, et Menasse fit amende honorable d’avoir confondu les deux terrains. La ministre-présidente Malu Dreyer tint bon, Menasse eut son prix vendredi dernier, et le tintamarre qui avait précédé ne donna que plus de poids à la cérémonie. Dans l’éloge de Karl-Markus Gauss, le compère salzbourgeois, dans le discours du récipiendaire et son esprit viennois. Le premier caractérisant l’art de Menasse de « Zwischenreich von Fiktionen, die wahr, und Fakten, die fiktiv werden... » Le second ayant recours à une fable où il ne fut pas difficile de reconnaître ce qu’il avait vécu les derniers temps : un matou tombe sur un moineau les pattes en l’air arguant empêcher le ciel de tomber. Menasse a laissé le dénouement ouvert : « ob der Kater den Spatz frisst, oder ob der Spatz sich schnell aufmacht, um wieder hoch zu fliegen ». lk

Scènes



Tout est son

Ils ont sensiblement le même âge – Louisa Marxen, en haut, est née en 1982 au Luxembourg, Martin Grubinger en 1983 à Salzbourg – et le même instrument : les percussions. Mais à partir de là, leurs approches divergent : Grubinger, qui jouera ce soir, vendredi 25 janvier à la Philharmonie, accompagnant l’OPL sous la direction d’Alexander Shelley dans un programme scandinave – Jean Sibelius, Esa-Pekka Salonen et Kalevi Aho –, pratique son art en rockstar, comme un sport de combat, remplissant de grands stades avec sa dextérité et la rapidité de son jeu. Louisa Marxen par contre est plutôt dans l’avant-garde et la musique expérimentale. Ce soir et demain, samedi 26, elle donnera au TNL son nouveau programme sobrement intitulé *Solo*, qui fête sa première l’année dernière à Bâle, sa ville d’adoption. Marxen y interprète de nouvelles compositions et des morceaux d’avant-garde sur des percussions, mais aussi de simples bouts de bois ou ...un aspirateur (programmes : [philharmonie.lu](#) et [tnl.lu](#)). jh



Théâtre



Éloge de la bonté

Breaking the waves de Lars von Trier, c’était hier, c’était il y a une éternité (23 ans). Un an après la publication de son manifeste *Dogma 95* prônant le réalisme au cinéma, ce quatrième long-métrage du réalisateur danois, célébré à Cannes et aux César, le rendit immédiatement célèbre. Alors que *Festen* de Thomas Vinterberg (1998) est devenu un classique au théâtre, Myriam Muller adapte le plus rare scénario de *Breaking the waves* au Grand Théâtre. Le scénario raconte l’histoire de Bess (interprétée au cinéma par Emily Watson, dont ce fut le premier grand rôle), une fille benête qui vit dans une communauté villageoise très devote, et qui tombe amoureuse de Jan (Stellan Skarsgård dans le film), un ouvrier plus âgé qu’elle, qui travaille sur une plateforme pétrolière, qu’elle épouse et attend patiemment lors de ses missions. Quand Jan se retrouve paralysé après un accident, il demande à sa femme d’avoir des aventures sexuelles et de les lui raconter. Ce qu’elle fera en gage d’amour et contre toute la réprobation de sa communauté, jusqu’à l’abnégation la plus totale.

Dans sa note d’intention, Myriam Muller insiste que sa relecture du texte n’est en aucun cas une « apologie du catholicisme », mais une réflexion sur ce que des qualités comme la bonté ou le don de soi veulent dire aujourd’hui. Par plusieurs projets déjà, Muller a prouvé qu’elle sait orchestrer de grandes productions, comme en dernier son *Rumpelstilzchen*, et les Théâtres de la Ville lui ont laissé le superbe studio pour y monter cette histoire d’amour entre Bess – interprétée par l’actrice belge Chloé Winkel – et Jan – Jules Werner (photo : Bohumil Kostohryz). Mais *Breaking the waves* est aussi le portrait de toute une communauté, rapide à juger la vie des autres – sept autres acteurs seront donc sur scène, dans une scénographie du fidèle esthète Christian Klein. La première de la production aura lieu vendredi prochain, 1^{er} février, représentations jusqu’au 7, avant une tournée internationale ([theatres.lu](#)). jh

Musiques



Heavy stuff

Il arrive encore à la Rockhal d’être fidèle à son nom en proposant autre chose que des spectacles ou des comédies musicales. Ainsi, ce lundi 28 janvier, Mastodon revient passer les plats pour la troisième fois. Groupe estimé et estimable de la scène *heavy* mondiale, le quatuor d’Atlanta se distingue d’emblée par une poignée d’albums-concept-touffus et suffocants, dont on retiendra surtout l’excellent *Leviathan*. Cependant, depuis quelques plaques, Mastodon propose un *metal* assez *catchy* pour fédérer autant une audience de niche que le grand public, tout en gardant ses spécificités : une science du riff imparable et un panache ébouriffant mis au service de leurs compos et non l’inverse. Le dernier *Emperor of the sand* de 2017 se fonde sans problèmes dans cette optique. L’affiche sera complétée par le métal progressif de Mutoid Man ainsi que Kvelertak et son punkrock lacéré de *black metal*. da



Wild is the city

Le lendemain, mardi 30 janvier, le Gudde Wëllen convie le trio de Vancouver We Are The City. Trois albums au compteur dont le récent *At Night* montre un groupe se réinventant au gré de l’inspiration. Si les deux premières plaques faisaient la part belle à un rock indé à l’absence bien rafraîchissante d’œillères, le dernier en date ressemble à un énorme collage plus ou moins spontané et bricolé où une esthétique *lo-fi* se fend d’arrangements minimaux. Cependant, cet amas d’imperfections voulues dégage justement une étonnante vitalité. da

Théâtre

« Une comédie qui fait grincer des yeux »



Rosalie Maes, Sascha Ley et Marc Baum

Godfrey Gordet

Le Centaure est aujourd’hui l’une des grandes maisons d’un théâtre luxembourgeois neuf, détonnant et inventif. Pourtant, la vision de Marion Poppenborg de *Pièce en plastique* signé Marius von Mayenburg, sans être ratée, se montre bien en-dessous de ce à quoi nous a habitués le petit théâtre du centre-ville ces dernières années. On s’accorde néanmoins à admettre une intention louable dans le propos et dans l’exécution de celui-ci... Et puis, étonnamment, on n’a pas vu passer ces 95 minutes de spectacle.

C’est sur la « petite bourgeoisie qui boit du champagne », que Marius von Mayenburg écrit *Stück Plastik (Pièce en plastique)*... L’histoire d’un couple, Michaël (Marc Baum) et Ulrike (Sascha Ley) – lui médecin, elle assistante d’artiste –, proche du *burn-out*, suffoquant de leur train-train, de leur vie amoureuse qui s’effrite et de leur gamin (Antoine Morin), un môme mal élevé et drôlement crétin, dans une crise d’adolescence prématurée. S’ajoute à leurs tensions l’exubérant Serge Haulupa (Massimo Riggi), le patron

Dans *Pièce en plastique*, Marius von Mayenburg décrit brillamment les paradoxes moraux de notre société, et cette « satisfaction » à l’occidentale

et cette « satisfaction » à l’occidentale. Il y livre une approche quasi sociologique de notre méprise de l’autre, de son exploitation morale, voire physique et disloque le cliché de la famille parfaite, bobogauchiste et pseudo bien pensante... Ainsi, sans surprise, le style est direct, caustique, pour ne pas dire grinçant, les situations frisent la caricature – malgré leur nature très palpable – et on jubile d’imaginer qu’en salle se cache potentiellement, au creux des fauteuils de velours rouge, ce Michaël ou cette Ulrike du monde réel. Merveilleusement, Marius von Mayenburg revitalise un théâtre qui se veut miroir de son temps.

Dans sa mise en scène de *Pièce en plastique*, Marion Poppenborg se jette à corps perdu dans cette fresque humiliante et cruelle. Elle y force l’humour noir de l’auteur allemand, sans que cela ne choque, modelant les personnages dans un burlesque assez logique, vu la teneur des choses. Néanmoins, les premières minutes du spectacle effraient. Ce qui est sûrement dû à cette interprétation forcée, voire justement trop en force ou peut-être à ce mobilier dégueulasse et imposant qui tasse la petite scène du Centaure... Quoi qu’il en soit, cette première partie ne nous survivra pas et, alors même qu’on essaie d’oublier ce flirt raté avec le théâtre, d’un coup, tout devient plus clair, propre, calé, vivace. Un impressionnant revirement de situation s’opère : alors qu’on croyait les comédiens perdus, voilà qu’ils trouvent un autre rythme et celui-ci leur sied à ravir. Spaghettis en bouche, chacun se bouscule pour donner sa réplique, à l’image d’un Massimo Riggi en belle forme, tenant fermement son Haulupa allumé et virulent. Ça bouge ! Ça vit ! Ça joue ! Et on se réveille de notre mauvais rêve avec l’envie de tout recommencer. Enfin, ça marche !

Là, on remarque et conçoit mieux encore cette drôle de Jessica Schmidt. Un personnage tenu fièrement par Rosalie Maes – en belle présence malgré le peu de texte – qui ne se démonte pas devant la difficulté du rôle, offrant à voir une Jessica placide, flegmatique et carrément énigmatique. Alors que tous les personnages se désintéressent d’elle, l’utilisant à l’excès tantôt comme mère, boniche, muse ou maîtresse, nous sommes happés par l’idée qui se cache derrière elle : le symbole d’un malaise sociétal ambiant, à l’image de cette réplique déjà culte de Jessica, « Le tiers-monde, c’est pas du gâteau ». Et c’est d’ailleurs la grande force de cette pièce qui livre un personnage central quasi muet, jouant de ses « OK » avec fatalisme, « plastique » dans le sens de malléable, volontairement lisse, sur laquelle se reflètent les vulgaires états d’âme d’une famille assez classique, en fin de compte.

Enfin, quand Marion Poppenborg nous lance un « c’était cool, hein ? », en fin de pièce, dans le foyer du théâtre, cette idée se trouve précisément bien loin de notre état actuel. Réfugiée dans une Battin de circonstance, notre humeur se partage entre les deux phases qu’on a connues de cette pièce, entre un froncement de sourcils – forçant le grincement des yeux – et un rire à gorge déployée. Aussi, bien que cette *Pièce en plastique* ait de très jolis atouts, ce « cool »-là, a encore du chemin à faire dans notre tête avant qu’on lui donne sa juste définition.

Pièce en plastique de Marius von Mayenburg, traduit par Mathilde Sobottke, mise en scène par Marion Poppenborg, assistée de Daliah Kentges; costumes : Ulli Kremer, scénographie : Ruth Groß ; avec Marc Baum, Sascha Ley, Rosalie Maes, Antoine Morin et Massimo Riggi, prochaines représentations les 25, 26, 27, 29, 30, 31 janvier et les 1^{er} et 2 février ; theatrecentaure.lu.

Festival Reset

Des couleurs diffuses

Kévin KroczeK

Le quartier du Grund est source d’une étonnante activité en ce jeudi 17 janvier. En début de soirée, les rues sont bondées. Dans l’impossibilité de se garer, toutes les places étant occupées, certains automobilistes tentent des manœuvres ambitieuses, provoquant des micro-bouchons rue de Münster. Les klaxons fusent. Dans le cloître de l’abbaye règne cependant une toute autre atmosphère. La harpiste Julie Campiche trône dans un coin de la vaste cour. Son imposant instrument apaise les esprits. 160 personnes ont répondu à l’appel des cordes pincées. Sven Helbig est au *sound design*. Le temps s’est figé. Dans le cadre de la seconde édition du festival *Reset*, un marathon musical débute. Trois autres arrêts sont prévus. Les huit musiciennes et musiciens programmés cette année ont travaillé durement, jours et nuits, pour présenter au public autochtone le fruit de leur labeur. L’an dernier, la première du festival avait été une pure réussite. Quid de cette nouvelle édition, premier évènement musical d’ampleur de ce début d’année ?

Le second concert de la soirée est prévu au Vins Fins, la capacité limitée de l’endroit est sans pitié. Très vite, le bar à vin est plein à craquer. Le silence est gentiment exigé par les instances organisatrices qui se sont glissées devant la scène improvisée. Yazz Ahmed est à la trompette et Jasper Hoiby est à la contrebasse. Un petit groupe de refoulés se résigne et part à l’avance au Mesa Verde où aura lieu le prochain concert. L’altiste Séverine Morfin et la chanteuse Claire Parsons débute leur set. Les cordes sont douces puis stridentes. Un bel instrument que l’alto dans un contexte jazz, tantôt violon, tantôt guitare, tantôt tambour. Claire Parsons se lance et métamorphose sa voix qui bourdonne. L’atmosphère est gentiment angoissante. La chanteuse répète en boucle les premiers vers de ce qui semble être *Planetarium* de la Poétesse Adrienne Rich, « a woman in the shape of a monster, a monster in the shape of a woman ». Pas de balade jazzy et sucrée mais une succession de morceaux presque ésotériques. L’alliance fonctionne.

On redescend ensuite via l’ascenseur, direction le Café des artistes. Tandis que la bar se remplit, une femme se met au piano pour interpréter du Chostakovitch puis du Stevie Wonder. Le grand écart est complet mais le public est ravi. Jef Neve se met enfin au piano et Alfred Vogel est aux percussions. L’association est démente, le jazz brut, comme désarticulé, revient en force et inonde la pièce. Les quelques passages expérimentaux et contemplatifs obligatoires fatiguent un peu à la longue, mais qu’à cela ne tienne. Le rythme et la frénésie finissent par reprendre le dessus. Alfred Vogel déborde de ressources, le jeu du batteur autrichien, tout en nuances, étonne.

Tandis que la première édition du festival privilégiait une musique jazzy, plutôt swing et festive, c’est l’expérimentation qui a été mise en avant en ce début d’année



Séverine Morfin et Claire Parsons au Mesa Verde (à gauche) et le concert de vendredi salle Robert Krieps

Les choses se compliquent un peu lors de la deuxième soirée. Tandis que la salle Robert Krieps se remplit peu à peu. Ainhoa Achutegui, la directrice des lieux, et Pascal Schumacher, le directeur artistique du festival, présentent le programme. Ils ouvrent cette soirée de gala où les huit artistes vont présenter la somme de leur travail acharné. Les retardataires sont installés aux premiers rangs. Tour à tour les quatre musiciennes montent sur scène et jouent timidement une à une de leur instrument. Claire Parsons murmure. Les musiciennes ne se répondent pas et semblent jouer quatre pièces distinctes. Elles sont rejointes par leurs camarades masculins qui viennent pimenter un peu cette musicalité confuse. De fait, l’alliance piano, contrebasse et percussions fonctionne à tous les coups. Cette longue pièce introductive de musique expérimentale, assurément contemporaine, où les sons s’entrechoquent, agit comme une berceuse sur l’audience.

Ce n’est que lorsque les lumières s’allument et que les applaudissements se font entendre que les artistes décrochent leurs premiers sourires. Une vague impression de complicité se fait alors ressentir. Le show continue et la bonhomie de Jef Neve au piano est communicative. Une légère odeur d’inachevé plane malgré tout dans la salle. Chaque artiste ayant amené sa propre couleur musicale, le tout semble assez diffus. Malgré le sympathique discours de remerciement de Julie Campiche, on a encore du mal à croire en une parfaite symbiose du groupe.



Le dernier soir et comme l’an dernier, en début de soirée, la Brasserie Wenzel fait salle comble. La capacité maximale de 150 personnes est assez vite atteinte. Le concert proposé est *sold out* et des personnes sont refusées à l’entrée, un luxe et un comble pour un évènement jazz au grand-duché. Plusieurs heures durant les musiciennes et musiciens de l’octuor paritaire, rejoints par des artistes autochtones, proposent un flot ininterrompu de musique. Le cadre est informel et la pression qui transparaissait encore sur les visages des artistes la veille n’est plus qu’un lointain souvenir. La scène est une plaque tournante et les différentes couleurs musicales peuvent enfin se développer sur la durée. Un verre à la main, et de la bonne musique en fond sonore, on dresse le bilan.

Tandis que la première édition du festival privilégiait une musique jazzy, plutôt swing et festive, c’est l’expérimentation qui a été mise en avant en ce début d’année. Yazz Ahmed, Julie Campiche, Sven Helbig, Jasper Hoiby, Séverine Morfin, Jef Neve, Claire Parsons et Alfred Vogel ont offert au public, venu en nombre trois soirs durant, de la musique cérébrale, n’ayant pas peur des grands mots. Le pari était risqué et le résultat finalement assez mitigé. Si l’affluence était au rendez-vous, aucun problème de ce côté-là, la fraternité qui aurait dû lier les artistes ne s’est jamais dévoilée de manière flagrante. Regrouper autant d’artistes une semaine durant est assurément un tour de force mais d’un point de vu objectif, certains profils n’ont tout simplement pas matché. On en retiendra toutefois quelques beaux moments, en attendant l’an prochain.

Art contemporain

Éloge du peu

Marianne Brausch

Qui peut le plus peut le moins. Telle pourrait être la devise de l'exposition *Buveurs de quintessences* qui vient de commencer au Casino Luxembourg – Forum d'art contemporain, en collaboration avec la Fonderie Darling de Montréal, qui est, rappelons-le ici, partenaire du Casino pour des expositions d'artistes luxembourgeois et, avec le Focuna, d'une résidence pour les artistes luxembourgeois au Québec. D'un abord austère, l'exposition se révèle en fait riche de sensations, pour peu que le visiteur s'ouvre à l'expérience sensorielle et corporelle.

Sous le commissariat de Caroline Andrieux, directrice artistique de la Fonderie Darling, les œuvres exposées célèbrent, à la base, le vide. À l'instar du titre de l'exposition, bout de phrase extrait d'un poème de Baudelaire célébrant la liberté d'expression de l'artiste à l'époque moderne. Ce fut, rappelons-le aussi, le dynamitage des codes de l'art par Marcel Duchamp, qui autorise le foisonnement des réflexions d'aujourd'hui, dont celle-ci.

Ainsi d'une œuvre de Claude Closky, *1234*, qui n'est pas visible, mais audible seulement. Le Casino résonne d'un « clap, clap, clap, clap » de mains qui applaudissent. Mais un bref instant par jour seulement (pour les amateurs, à 12h34

Peu de moyens peuvent produire des effets sensoriels maximum. Une démonstration exceptionnelle vient de débiter au Casino Luxembourg



La plateforme d'Alexandre David invite les visiteurs à s'asseoir pour méditer

précise). Le bruit donc, est distillé de manière homéopathique, contraire exact des bruits de fond permanents qui envahissent nos vies, à longueur de jours.

Autre exemple du travail autour du vide : une plateforme, ou mieux, une « agora », comme la décrit Thierry Davila, conservateur du Mamco de Genève, dans un des textes du catalogue. L'œuvre d'Alexandre David invite les visiteurs à s'asseoir pour méditer. Écouter son « bruit » intérieur plutôt que celui de l'extérieur... Vide en tant qu'objet d'exposition, la plateforme a aussi un but exactement contraire : quand Fortner Anderson, assurera le 31 janvier prochain, de

10h30 à 23 heures son marathon de mots, une scansion poétique inspirée par les œuvres, elle accueillera les spectateurs de la performance. Douze heures durant, soit mathématiquement, la moitié de la durée d'un jour.

L'ensemble de l'exposition oscille entre le vide et le plein, le silence et le « bruit ». Elle fait aussi appel au mouvement, à l'implication des visiteurs. On pourra certes s'installer dans les fauteuils autour du poêle où rougeoie une bûche (János Sugár, *Fire in the Museum*). Mais cette œuvre est en fait participative : ce sont les visiteurs qui sont appelés à ne pas laisser s'éteindre le feu, en y rajoutant une des bûches de la stère de bois

empilée là. Qui donc, devrait diminuer, jusqu'à disparaître à la fin de l'exposition, le 7 avril.

Le 21 mars, entre 18h30 et 20h30, Adriana Disman défiera l'appréhension du vide, debout, en équilibre sur le tabouret de la performance *Thresholding*. Exemples de la peur du vide : pour le créateur, la page blanche est « la » résistance, pour tout un chacun, c'est l'endurance physique, comme la proposent Marie Cool et Fabio Balducci. De manière certes quasi invisible, avec un ruban de scotch, tendu entre des bureaux empilés. Prisonnier de longues heures par jour de son travail, on ne se rend pas plus compte de la résistance de son corps que le visiteur qui, lui, est séparé, au Casino, de la vue vers l'extérieur par le ruban ténu, translucide...

L'art épuré donc, ne signifie pas forcément abstraction ou conceptualisation. Ainsi aussi des quatre tableaux – parfaitement blancs de Stéphane Larue. Certes, il n'y a rien à regarder sur cet *Écart de conduite*. Mais les surfaces vides sont serties par des cadres épais, taillés en biseau. Il suffit de se déplacer devant (comme on fait d'ailleurs souvent dans une exposition ou un musée pour mieux approcher des détails d'une peinture ou voir sa texture), pour que l'accrochage devienne une œuvre non plus abstraite, mais qui a de l'épaisseur. Et cela, par le mouvement du corps du spectateur.

Cette exposition audacieuse coproduite par le Casino offre une démonstration rare : peu de moyens mis en œuvre peuvent produire des effets maximum. Ce n'est pas rien !

L'exposition *Buveurs de quintessences* est à voir au Casino Luxembourg – Forum d'art contemporain, rue Notre-Dame à Luxembourg-ville, jusqu'au 7 avril ; catalogue 25 euros ; ouvert du lundi au dimanche de 11 à 19 heures, nocturne le jeudi jusqu'à 23 heures ; fermé le mardi ; www.casino-luxembourg.lu

Peinture

Nocturnes de Tina Gillen

Pour avoir suivi le travail de la peintresse au long de quelque quinze à vingt années, au moment de son énième exposition à la galerie Nosbaum-Reding, à défaut d'avoir compté, ce qu'il faut commencer par relever, c'est une belle continuité. Elle n'exclut pas bien sûr une évolution, dans les sujets ou les thèmes, jusque dans le traitement pictural même. Seulement, il est une démarche qui reste, faite de probité, elle est dans l'attitude face au métier, et si j'en crois le titre de l'exposition, ceux donnés aux peintures, elle va au-delà, attitude qui en explorant les chemins du vent, *Windways*, prend en compte une problématique majeure de notre temps.

Dans une exposition antérieure, Tina Gillen avait confronté avec des maisons dévastées par des inondations. C'était très concret, pour attirer l'attention sur les changements climatiques. Le vent, aujourd'hui, ses chemins, cheminements, ça l'est moins, et en ce sens convient parfaitement à la manière de la peintresse. Il est là une dématérialisation, en harmonie avec un art qui se situe entre figuration et abstraction. Le réel comme point de départ, pris de suite dans une distanciation, sa représentation étant inscrite directement dans l'image où tels éléments géométriques par exemple ou autres procédés font déviation.

Cette sorte d'entre-deux, de va-et-vient suffirait peut-être à la poésie de cette peinture. Une tension existe de la sorte, elle fait vibrer, fait vivre, cependant ne va jamais jusqu'à faire éclater. Elle est adoucie par le jeu des formes et des couleurs, le raffinement de la matière, elle est retenue par tout ce qui sous-tend l'image, lui donne un contexte, une enveloppe.

À l'image de la nuit, des fois illuminée, la peinture se fait illuminatrice



Il a été fait allusion plus haut aux titres comme empruntés, poétiquement, à la météorologie, à la climatologie. C'est vrai encore pour *Noctilucant*, en référence aux nuages noctulescents, ou nuages noctiluques, formations atmosphériques de très haute altitude. Ramenés ici et pris dans une autre dimension, de la peinture justement. L'essentiel est ailleurs, dans le fait qu'ils sont visibles la nuit, celle-ci en est alors illuminée, et dans les meilleurs cas, se fait elle-même illuminatrice. De même dans la peinture de Tina Gillen, dans tels tableaux où le terme de *notturno* d'un coup n'est plus le propre de la musique. À moins d'y associer reflet et résonance.

Ce sont dès l'entrée de l'exposition les tableaux de plus grand format. Une construction qui sort de l'obscurité, dans une éclatante blancheur. Un paysage ouvert par la traînée d'un nuage luisant, parcouru par ailleurs de lignes blanches qui tendent vers une triangulation. Une maison aux fenêtres faiblement éclairées. On voit cette autre part, de mystère peut-être, que cette peinture comporte. Il en va de même d'un paysage de montagne enneigé avec ses parties d'ombre, parsemé de points, de boutons, comme s'il s'agissait d'une éruption cutanée.

Ils sont une demi-douzaine, les tableaux de grand ou de moyen format. À côté, une bonne dizaine de petits formats qui sont des fois comme des esquisses, les premiers pas dans l'exploration des chemins du vent ou plus exactement d'une hypothèse, d'un projet de peinture. De la sorte, l'exposition fonctionne un peu comme si elle nous emmenait dans l'atelier de l'artiste, Tina Gillen au travail, ou comment le vent de la création, soufflant de plus en plus fort, se met à gagner de l'espace. Lucien Kayser

L'exposition *Windways* de Tina Gillen dure jusqu'au 2 mars chez Nosbaum-Reding, rue Wiltheim Luxembourg ; ouvert du mercredi au samedi de 11 à 18 heures ; nosbaumreding.lu.

Luxemburgensia

Schwarze Katze von links

Elise Schmit

In der preisgekrönten Erzählung *Eng Duerfidyll* (2013) beschreibt Gast Groeber das Leben eines Mannes, der nach seiner Beteiligung an einem tödlichen Autounfall den Anschuldigungen der Dorfgemeinschaft ausgesetzt ist. Der Text führt die in Wahrheit bedrückende Enge der zunächst idyllisch scheinenden Abgeschiedenheit des Landlebens vor – mit einem überraschenden Twist bei der Motivation der Figur, der an dieser Stelle nicht verraten sei. Ganz ähnlich schafft Groeber in seinem



Auf den herbstlichen Feldern gibt es nichts mehr zu holen

aktuellen Buch, der Novelle *Zweemol schwaarze Kueder*, einen ländlichen Kontext für seine Figuren: eine Neubausiedlung („Cité“) am Rand eines Dorfes inmitten von Wäldern und Maisfeldern. Wer die Bücher von Gast Groeber kennt, darf erwarten, dass sich hinter der gepflegten Routine schnell eine Sinnkrise manifestiert. Diese Stärke des Autors, seine Figuren in einem Wirklichkeits-nahen, nachvollziehbar wirkenden Umfeld zu zeigen, von ihren beruflichen Curricula bis hin zu den Bremshügeln in den Straßen, stellt er auch in diesem Buch unter Beweis. Der Fokus liegt nicht auf dem formalen oder sprachlichen Experiment, sondern auf dem Dasein von „normalen“ Luxemburgern, ihren Vorstellungen von Beziehung, Familie, Arbeit und Zufriedenheit. Groebers Bücher sind Bestandaufnahmen ausgerechnet der Ausprägung der Luxemburger Lebenswirklichkeit, die andere Autoren aufs Korn nehmen und demontieren: Wünsche nach Zuverlässigkeit, nach Karrieren in Bürojobs, nach guter Nachbarschaft. Vermutlich liegt es an der zugleich unaufgeregten und reflektierten Darstellung solcher Themenkomplexe, dass der Autor bei einem vergleichsweise breit gefächerten Publikum Anklang findet.

Zunächst also: junges Paar, Eigenheim auf dem Land, Beziehungskrise. Sie: Journalistin, frustriert, heimliche Raucherin, leicht reizbar. Er: Karrierist, Sportfanatiker, ausgestattet mit einem unerschütterlichen Selbstbewusstsein, ein erwachsener Mann, der sich von seinen Bekannten allen Ernstes „Jogg“ nennen lässt, weil er in seiner knappen Freizeit gerne joggen geht. Die Handlung kommt in Gang, nachdem Pierre, so der richtige Name dieses Mannes, bei einem Lauf durch den Wald von einer schwarzen Katze angefallen wird, ausge-

rechnet von einem Vieh, das der früheren Hauskatze Timmy zum Verwechseln ähnlich sieht. Das offensichtlich tollwütige Tier erwischt Pierre so übel am Bein, dass er nicht mehr auftreten kann. Als sie den Anruf ihres verletzten Mannes erhält und den Hausarzt nicht erreichen kann, schnappt sich Florence den Veterinär, der gerade aus dem Haus der Nachbarin kommt, und fährt mit ihm zur Unfallstelle. Dort kollidieren ihre Sorgen mit dem teils überheblichen, teils verständlichen Gebaren von Pierre, der sich darüber ärgert, dass Florence, wie er meint, eher der Katze helfen will als ihm. Obwohl der Veterinär die nötige Ruhe behält, Pierre verarztet und einen Krankenwagen ruft, gerät die Situation zwischen den Eheleuten schnell und unwillkürlich außer Kontrolle. Trotz der Anwesenheit des Fremden blaffen sie einander auf dem Waldweg so lange an, bis die Risse in der Beziehung nicht mehr zu kitten sind. In Rückblicken wird die Hintergrundgeschichte nachgereicht: PIERRES Umgang mit der Fehlgeburt, die Florence vor ein paar Jahren erlitten hat, hat die Eheleute immer weiter auseinanderdriften lassen.

Das private Unglück in die Banalität eines Luxemburger Alltags einzubetten – das ist typisch für die Erzählweise des Autors, aber es ist das erste Mal, dass Gast Groeber seinen Lesern derart unsympathische Charaktere zumutet und die Zeichen von Anfang auf Scheitern stellt. Auf den herbstlichen Feldern gibt es nichts mehr zu holen, so wie auch die Beziehung nur noch vor sich hin kümmert, auf dem Küchentisch liegt die Post aufgeteilt in zwei Stapel, so wie sich auch die Leben von Florence und Pierre in Kürze auseinanderdividieren werden. Doch trotz aller Menetekel, darauf will diese Erzählung offenbar hinaus, sind es nicht wildge-

Gast Groebers Bücher sind Bestandaufnahmen ausgerechnet der Ausprägung der Luxemburger Lebenswirklichkeit, die andere Autoren aufs Korn nehmen und demontieren

wordene schwarze Katzen, die Unglücke herbeiführen, sondern menschliches Versagen. Vielleicht macht der menschliche Faktor den im Titel (und in der Geschichte) fehlenden dritten schwarzen Kater aus, der in den bekannten Zauberspruch gehört. Um das zu verstehen, hätte es einer ausdrücklichen Metapher für die Verinnerlichung der schwarzen Katze, wie sie der Autor an das ausgesprochen unappetitliche Ende seiner Novelle stellt, sicher nicht bedurft. Wo schon die Plausibilität der äußeren Handlung teilweise an ihre Grenzen gerät, was das Sozialverhalten der Figuren und die Zeitspannen anbelangt, über die sich ihre Gespräche erstrecken, hätte sich Florence nicht auch noch als zeitgenössische Version einer Hexe zu entpuppen brauchen.

Gast Groeber: *Zweemol schwaarze Kueder*. Novell. Op der Lay 2018.

Geschichte

Requiem für eine Steueroase

Martin Ebner

Die Diplomaten waren wohl noch betrunkenere als sonst. Vielleicht waren auch ihre Stifte zu dick für die Landkarte. Der Autor Philip Dröge tippt eher darauf, dass die beteiligten Monarchen sich selbst austricksten, weil sie den Hals nicht voll bekamen: Moresnet hatte nicht nur die „absurdeste Grenze in ganz Europa“, sondern sei auch „ein Beispiel dafür, welch verrückte Folgen Habgier haben kann“.

Auf dem Wiener Kongress musste König Wilhelm I. der Niederlande seinen Besitz in Deutschland aufgeben, bekam dafür aber das zum Großherzogtum erhobene Luxemburg. Artikel 25 der Wiener Schlussakte legte die preußische West-, Artikel 66 die holländische Ostgrenze fest – theoretisch ein und dieselbe Linie. In der Praxis aber gab es bei Aachen eine kleine Überschneidung: Beide Seiten beanspruchten eine Zinkspat-Mine, die vor allem die Brüsseler Familie Mosselman bereicherte.

Im Juni 1816 wurde der genaue Grenzverlauf von Nijmegen bis Schengen festgelegt. Offen blieb dabei das „strittige Gebiet von Moresnet“ südlich des Vaalserbergs: ein 344 Hektar großes Dreieck mit besagter Mine, Wald und 256 nun staatenlosen Einwohnern. Holland und Preußen vereinbarten, sich dort vorerst Verwaltung und Einkünfte zu teilen und keine Soldaten zu stationieren. Das Dorf Moresnet lag übrigens unstrittig in den Niederlanden, also außerhalb der nach ihm benannten Region. Unangefochten deutsche Häuser südlich der Straße Aachen-Lüttich wurden Preußisch-Moresnet genannt. Die Gemeinde Kelmis nördlich davon, mitten in dem fraglichen Dreieck, wurde bald berühmt als Neutral-Moresnet.



Sperrung der Deutsch-Holländisch-Belgischen Grenze an den Grenzsteinen am Vierländerberg bei Aachen (Deutschland), Vaals (Holland), Gymenich (Belgien), Moresnet (Neutrales Gebiet).

Deutsch-belgische Grenze bei Aachen

Holland und Preußen ernannten dafür jeweils einen Verwaltungskommissar, in Verviers und Aachen, weit genug entfernt. Zum Oberhaupt von Kelmis ernannten sie in Personalunion den Bürgermeister von Preußisch-Moresnet. In der Sonderzone galt der alte *Code Napoléon* weiter. Dessen drakonische Strafen wurden dadurch gemildert, dass es in Kelmis kein Gefängnis gab und nur einen Gendarmen, der auch die Wege zu reparieren hatte. „Wir haben das Glück, eigentlich gar nicht regiert zu werden“, fand der Bürgermeister. „Ich hoffe im Interesse der Bürger, dass dieser Zustand erhalten bleibt.“

In kurzer Zeit verzwanzigfachte sich die Bevölkerung von Neutral-Moresnet. Die Mine zog Arbeiter aus ganz Europa an. Ebenfalls attraktiv: nur moderate Luxussteuern und keine Verbrauchssteuern. Lebens- wie Genussmittel waren viel billiger als in der Umgebung. Da Zölle erst bei der Ausfuhr erhoben und nicht anerkannte Grenzen nur lasch kontrolliert wurden, verschwanden im Forst bei Kelmis erstaunliche Mengen Salz und Brot, Butter und Fleisch. Auf zweieinhalb Häuser kam eine Kneipe, versorgt von drei Schnapsbrennereien. Über Gewerk-

Vor 100 Jahren endete das fast regierungslose Glück von Neutral-Moresnet

schaftsverbot und fehlendes Wahlrecht tröstete auch die fehlende Wehrpflicht hinweg.

Ab 1830 übernahm das unabhängig gewordene Belgien stillschweigend die holländischen Ansprüche auf Neutral-Moresnet. Mit französischem Geld wurde die Société des Mines et Fonderie de Zinc de la Vieille Montagne gegründet. Deren Sitzungen waren wohl recht fidel: Direktor Charles Le Hon, belgischer Botschafter in Paris, war der Gatte von Fanny Mosselman, die eigentlich das Sagen hatte. Madame wiederum war nicht nur die Mätresse des französischen Kronprinzen, sondern auch Geliebte des Politikers Charles de Morny, der ebenfalls im Direktorium saß.

Dass in Kelmis ab 1884 kein Erz mehr zu fördern war, störte weiter nicht, denn dank Eisenbahn wurde Zink von anderswo verarbeitet. Außerdem sagt der *Code Napoléon* nichts zum Thema Glücksspiel. Besonders deutsche Politiker wetteten über Schmuggel, Kriminalität und Prostitution. Sogar Kinderhandel: Unverheiratete, aber vermögende Schwangere konnten in Aachen diskret das Institut Ahn aufsuchen; die Babys wurden in Kelmis getauft und zur Adoption freigegeben.

Der Versuch, eigene Briefmarken in Umlauf zu bringen, scheiterte. Im Jahr 1907 lernten 140 der rund 4 600 Neutral-Moresneter die „neutrale Welt-sprache“ Esperanto. Sie riefen den Staat Amikejo aus, dessen Hymne die ganze Menschheit nach Kelmis einlud. Dem bislang einzigen Staat mit Amtssprache Esperanto halfen jedoch weder Fahne noch Esperanto-Aufschriften: So sehr Belgien und Deutsches Kaiserreich einander die Zink-Firma missgönnten, so wenig wollten sie vor ihrer Haustür ein unabhängiges Multikulti-Ländchen dulden.

Im August 1914 besetzten deutsche, im Dezember 1918 belgische Truppen die neutrale Zone. Der Versailler Vertrag vom Juni 1919 überließ dann das Gebiet offiziell Belgien. Den Einwohnern, die nie gefragt wurden, beschied der Brüsseler Kassationshof, sie seien rückwirkend seit 1816 Belgier – also schon vor Gründung Belgiens. Nazi-Deutschland befand, Kelmis sei seit 1815 preußisch gewesen – bis 1945 wieder Belgien übernahm. In letzter Zeit ist es um das einstige staatsrechtliche Kuriosum still geworden. Ganz aufgeben muss man die Hoffnung auf Grenzstreit aber nicht: Die Niederlande haben auf Neutral-Moresnet bis heute nie amtlich verzichtet.

Von Philip Dröge ist das unterhaltsame Buch *Niemands Land. Die unglaubliche Geschichte von Moresnet, einem Ort, den es eigentlich gar nicht geben durfte* im Münchner Piper-Verlag erschienen (auf Holländisch bei Uitgeverij Unieboek). / Der Esperanto-Staat Amikejo kam nie über Planungen hinaus: www.plansprachen.ch/Jahrhundert_des_Esperanto_MORESNET.pdf / Im Herbst 2018 wurde im ehemaligen Direktionshaus der Zinkmine das Museum Vieille Montagne eröffnet: www.mvm-kelmis.be

Vacance de poste

La Commission internationale pour la protection du Rhin (CIPR)

recrute à compter du 1^{er} décembre 2019

Un chef du secrétariat (f/m).

Poste à pourvoir au secrétariat de la CIPR à Coblenze, Allemagne.

Compétences et qualifications :

- Vous êtes titulaire d'un diplôme d'études universitaires (de préférence dans les domaines de la gestion de l'eau, de la gestion environnementale, des sciences naturelles ou physiques) ;
- Vous justifiez d'une solide expérience professionnelle, de préférence d'au moins 6 ans, dans le domaine de la gestion de l'eau ou de l'environnement, où vous avez occupé des postes de direction similaires à celui de la conduite d'un secrétariat. Des expériences en matière de coopération internationale constituent un atout supplémentaire ;
- Vous justifiez de compétences avérées dans un cadre technique ou scientifique, de même qu'en matière de conduite du personnel, de gestion administrative et de communication ;

- Vous savez organiser et animer une équipe et faites preuve de souplesse et d'autorité naturelle dans l'exercice de vos fonctions ;
- De bonnes connaissances de deux langues officielles de la Commission (français, allemand, néerlandais) sont requises, de même que de bonnes connaissances d'anglais. La connaissance d'une autre langue contractuelle constitue un atout supplémentaire.

Il vous est proposé un contrat de travail pour une durée initiale de quatre ans (80-100 %). La rémunération s'oriente sur le TVöD allemand (« Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst », à partir du niveau E15). Le contrat peut être prolongé de quatre ans aux maximum.

Les dossiers de candidature complets et informatifs (veuillez rédiger votre lettre de motivation en deux langues), accompagnés de copies d'attestations et de diplômes, sont à adresser d'ici le 3 mars 2019 au secrétariat de la CIPR sous forme électronique (sekretariat@iksr.de).

Pour tout autre renseignement veuillez consulter le site web de la CIPR (www.iksr.org) ou téléphoner au secrétariat (+49 261 9 42 52 19).

Amtliche Mitteilung

Die Generalinspektion der Polizei zieht um.

Ab dem 28. Januar 2019 werden die Büros der IGP im zweiten Stockwerk folgender Adresse zu finden sein:

67, Rue Verte
L-2667 Luxemburg.

Die Telefonnummern, die Postanschrift ebenso wie die Öffnungszeiten bleiben unverändert.

B.P.1202
L-1012 Luxemburg
Tel. + 352/ 26 48 53-1

Öffnungszeiten:

Montags bis freitags von 8.00 bis 12.00 und von 13.00 bis 17.00 Uhr
igp@igp.etat.lu
<http://www.gouvernement.lu/igp>

Achtung: Aufgrund des Umzugs bleiben die Büros am Freitag den 25. Januar und Montag den 28. Januar 2019 ausnahmsweise geschlossen.

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :

Date : 25.02.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu :

Administration des bâtiments publics, 10, rue du Saint-Esprit, L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :

Travaux de parqueterie et travaux de revêtement du sol (phase 1&2) dans l'intérêt de la Ligue HMC à Capellen.

Description succincte du marché :

- travaux de pose des bois de bout : env. 1 450 m²

- travaux de pose d'un revêtement du sol linoléum : env. 770 m²
- travaux de pose d'un revêtement du sol pour activités sportives linoléum : env. 215 m²

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée prévisible du marché est de 55 jours ouvrables pour la phase 1 et 35 jours ouvrables pour la phase 2. Le début prévisible des travaux : 2^{ème} trimestre 2019.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :

Conditions de participation :

Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :

Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. : 21.01.2019

La version intégrale de l'avis n° 1900076 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :

Date : 01.03.2019
Heure : 10.00 heures

Lieu : Administration des bâtiments publics 10, rue du Saint-Esprit L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :

Travaux de gros œuvre – Phase 1 dans l'intérêt de la construction du Bâtiment principal Jean Monnet 2 pour la Commission européenne à Luxembourg.

Description succincte du marché :

- Surface brute totale bâtie : 138 500 m²
 - Volume brut total bâti : 610 000 m³
- Un niveau en RDC surmonté de 6 étages complets, un niveau technique en toiture et plusieurs niveaux de sous-sol/stationnements.
- Le volume s'étendra sur la partie phase 1 de la parcelle d'implantation.
- Les travaux sont adjugés à prix unitaires.
- La durée prévisible des travaux est de 610 jours ouvrables.
- Celle-ci sera divisée en 3 phases de plannings comportant des dates jalonnées à respecter.
- Démarrage prévisionnel des travaux : 2^{ème} semestre 2019

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu). La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :

Conditions de participation :

Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :

Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :

21.01.2019

La version intégrale de l'avis n° 1900077 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Poste vacant dans la carrière du médecin (m/f)

Ministère de la Fonction publique

L'Administration des Services médicaux du Secteur public

se propose de recruter

un médecin du travail/ médecin (m/f)

sous le statut du fonctionnaire / de l'employé(e) de l'État (carrière A1) à durée indéterminée et à tâche complète ou à tâche partielle.

Pour toute information, veuillez consulter notre site internet : <https://govjobs.public.lu> (rubrique : Postuler/Postes vacants)

Les candidatures avec lettre de motivation, curriculum vitae et copie des diplômes sont à adresser pour le 1^{er} mars 2019 au plus tard auprès de Administration des Services médicaux du Secteur public 35, rue de Bonnevoie L-1260 Luxembourg

Tout renseignement supplémentaire peut être demandé à Madame le Docteur Hilde Urhausen par téléphone au 247-83188 ou par courriel à hilde.urhausen@asm.etat.lu

Livres

Traduttore, traditore

Paul Rauchs

Voilà un tout petit livre qui tombe à point ... et à côté. À point pour son actualité, à côté pour son style si loin de l'emphase et de la prétention des universitaires d'aujourd'hui. À plus de 90 ans, un siècle après l'armistice de 1918, 70 ans après la nuit de crystal et en pleine crise migratoire, Georges-Arthur Goldschmidt publie *L'exil et le rebond* et s'adonne une nouvelle fois au réquisitoire et à la plaidoirie en matière d'Allemagne. « Zwei Sprachen wohnen, ach, in seiner Brust » : l'allemand et le français, celle du procureur et de l'avocat, fût-ce celui du diable.

GAG, l'écrivain, le poète, le traducteur, le passeur, n'est ni psychanalyste, ni historien, mais il n'en piétine pas moins leurs platebandes avec une gourmandise à peine dissimulée.

Il a gardé pour la France et ses valeurs républicaines l'étonnement et la jubilation de l'infans qui découvre le monde avant même encore d'accéder à la parole. Il est resté un contrebandier qui se joue des frontières tout en jouant avec elles, un contrebandier aussi qui joue contre les bandes (au-delà de deux, on est une bande de cons, chantait Brassens) et surtout contre toute bande qui fuit dans une communauté, à laquelle elle s'attache avec le si bien nommé « weisses Band », cher à Haneke, ce cinéaste dont Goldschmidt a dit un jour que les Français ont la chance de ne jamais pouvoir le comprendre.

Contre toutes ces bandes, le jeune exilé s'allie à la société de la nation française. On connaît son histoire, elle forme la trame de tous ses (nombreux) écrits, romans, essais, récits, conférences, etc. Dès la promulgation des lois raciales par le régime nazi, le petit Georges-Arthur est envoyé en France par sa famille d'origine juive, convertie depuis plusieurs générations au protestantisme. L'exilé, devenu énurétique, a maintes fois écrit son avènement à soi par la jouissance de la fessée qui faisait coïncider la faute avec le non-fautif. Le Rousseau des *Confessions*, auquel notre auteur a consacré plus d'un essai, vous salue bien. L'austère luthéranisme de son enfance, se voulant transparent, ne sera jamais soluble dans le catholicisme français qui invite au secret et aux cachotteries. La fessée française se donnait ainsi dans le silence et la solitude, suscitant honte mais aussi jouissance, là où le « gelbe Onkel » de l'instituteur allemand revendiquait son public et son autorité. L'une finira par provoquer révoltes et révolutions, l'autre reproduisait à l'infini des « Untertanen » chers à Heinrich Mann.

L'exil et le rebond vit du face-à-face de ces deux cultures. Écrit en deux polices, en contrepoint à la manière des fugues de Bach, ce livre est un hymne et un hommage à la condition humaine. L'être humain, en effet, est en exil de lui-même, il est clivé, « g spalte » disait Freud, et cette situation même d'exilé intérieur lui ouvre les yeux sur, sinon sa vérité, du moins sur son essence et son existence. Et c'est ainsi que GAG aime l'Allemagne dédoublée, à la manière de Mauriac qui l'aimait tellement qu'il préférât qu'il y en ait eu deux. Notre auteur garde fort logiquement la nostalgie de Bonn, la bonne, la provinciale, tout en nourrissant une saine méfiance à l'égard de Berlin, la mauvaise, la récidivante.

En France, ce petit bréviaire paraît en même temps que la traduction de deux nouveaux tomes des *Ca-*

Georges-Arthur Goldschmidt et Martin Heidegger : un drôle de face-à-face



Martin Heidegger, vers 1950.

hiers Noirs de Heidegger, auxquels il constitue un bien nécessaire antidote. On le sait, les *schwarze Hefte* sont une sorte de journal philosophique rédigé entre 1931 et 1970 que Heidegger voulait voir publié après sa mort. On le sait aussi, Heidegger voyait en Hitler le sauveur de la culture allemande qui devait renaître, se régénérer plutôt par la révolution des national-socialistes. Inspiré par la poésie de Hölderlin, guidé par la pensée de Nietzsche, il pensa que le *Dasein* ne pouvait s'exprimer qu'à travers l'âme grecque (pervertie dès après la période présocratique) et, on l'aura deviné, l'âme allemande, menacée par les « machinations » des modernes, à commencer par les Américains, les Bolchéviques, eux-mêmes dominés par la « juiverie ». En 1931, il fit cadeau à son frère Fritz, catholique bon teint, de *Mein Kampf*, avec ce commentaire : « Que cet homme soit doté, et l'ait été si tôt, d'un esprit politique inouï et sûr, quand nous étions tous dans le brouillard ». Hitler tirant le philosophe du brouillard, même Alain Resnais, dans *Nuit et brouillard*, n'aurait osé imaginer tel naufrage de la pensée. Un an plus tard, il fit part à Fritz de sa peur « dass du nicht (...) das Zentrum den Weibern und den Juden als Zufluchtstätte überlässt ». Mais Heidegger va se détourner d'Hitler qu'il finira par trouver trop vulgaire. Car l'antisémitisme de Heidegger est d'ordre philosophique, on pourrait dire qu'il relève de l'idée platonicienne. Il est donc plus pur, plus essentiel, si j'ose dire, que celui des nazis que le délire pseudo-biologique a tiré vers l'anecdote. C'est pour cette raison que Heidegger va abandonner la lutte politique et démissionner de son poste de recteur de l'université de Heidelberg, tout en gardant sa carte de parti. Et son œuvre restera infestée par l'antisémitisme. Elle ne mérite donc pas le nom de philosophie, bien qu'elle ait, paradoxalement, inspiré parmi les plus grands philosophes du dernier siècle, à commencer par Sartre et Lévinas. Heidegger n'était donc pas un collaborateur oppor-

tuniste comme Furtwängler et tant d'autres, mais un véritable déçu de l'hitlerisme.

Il est vrai que si les Français ne peuvent pas comprendre Haneke, ils ne veulent pas comprendre le nazi de Todtnauberg. S'ils voulaient et pouvaient le lire dans le texte, ils se rendraient compte que sa langue est un condensé de la novlangue des national-socialistes, que la nouvelle publication sévèrue à appeler les socialistes-nationaux. Nul besoin de relire le fameux livre *LTI* de Victor Klemperer pour comprendre que le fascisme fait son lit dans la langue comme le ver le fait dans la chair du fruit. Et la traduction qui vient de paraître fait tout pour cacher aux Français la véritable nature de la langue heideggerienne. Quelle meilleure illustration de l'expression italienne *traduttore, traditore* que de traduire la perfidie de *Judentum* par l'euphémisme de judaïsme, là où le mot juiverie aurait été le seul approprié. Traduire *völkisch*, mot typiquement nazi, piqué d'ailleurs aux Romantiques, par *populiste*, relève au mieux de l'anachronisme, au pire d'une nouvelle tentative de banalisation et d'édulcoration de la langue nazie de Heidegger.

Dès les premières traductions, les Français s'évertuaient en effet à faire de Heidegger un grand philosophe, en rendant des mots simples, banaux, des mots de tous les jours comme *Wesen*, par *foyer* de *fervescence*, voire en refusant carrément la traduction du concept de *Dasein*. En français, le *Dasein* sonne fichtrement compliqué et ésotérique, alors qu'en allemand on l'entend dans la bouche de n'importe quel enfant. À l'évidence, tous ces exemples montrent que pour rendre sa virginité politique à Heidegger, ses thuriféraires français n'ont jamais fait preuve d'incompétence, mais de mauvaise foi, voire de falsification. Verrons-nous un jour une traduction française, digne de ce nom, de la correspondance de Heidegger avec son frère Fritz ?

Theater

Erzähl uns was von Genozid!

Anina Valle Thiele

Burundi gehört zu den ärmsten Ländern weltweit. Demokratie-Index und Amnesty-Bericht sprechen eine deutliche Sprache und lassen keinen Zweifel an Menschenrechtsverletzungen. Homosexualität ist strafbar, Präsident Nkurunziza, einstiger Führer einer Rebellengruppe der Hutu, ist seit 2005 Staatsoberhaupt und Regierungschef und regiert autoritär. Der bewaffnete Konflikt hält seit Jahren an und interessiert die Weltöffentlichkeit herzlich wenig.

Rafael David Kohn, in dieser Spielzeit Hausautor am TNL, will dies ändern, indem er mit *Demandez au Président*, einer szenischen Lesung, den Konflikt auf die Bühne trägt. In der knapp einstündigen Lesung lässt er die Kriegsreporterin Susanne Kirchhoff (verkörpert durch Brigitte Urhausen) in einem Foltergefängnis in Burundi sitzen und auf den vermeintlichen Präsidenten Burundis, Patrice Umuhuza (Michael Ojake), treffen.

Eine ungewöhnliche Interview-Situation, denn die Journalistin, die eigentlich verhört werden soll, kehrt den Spieß um und interviewt den Präsidenten, wobei „sie versucht mit schmerzhaften Fragen dessen Weltbild ins Wanken zu bringen“, liest man im begleitenden Flyer. In dem Dialog prallen die zwei Sprachen Deutsch und die Kolonialsprache Englisch aufeinander, wie die gegensätzlichen Sichtweisen der beiden Akteure zweier Kontinente. Auf der Bühne trifft die weiße Europäerin, die dem Unrecht in Burundi nachspürt, auf den dunklen Mann. Die schlichte Bühne lenkt das Augenmerk auf den Text. In der knappen Stunde soll der Dialog auf die Zuschauer wirken, „Rafael David Kohns Text zeichnet ein differenziertes Bild der aktuellen Lage in Burundi und erkundet die Abgründe jener Menschen, die trotz bester Absichten zu Mittätern werden“, verspricht die Ankündigung.

„Die vierhundert Toten im Mai scheinen nur die Vorboten für einen neuen Genozid zu sein“, sagt Kriegsreporterin Susanne Kirchhof am Anfang. „What do you know about genocide? Nothing. Two civil wars, 250 000 people died, I witnessed it. 400 victims are no harbinger for a genocide. 400 victims Palestinians and Jews manage every year. No genocide. Hundreds of thousands in Libya: no genocide in your press, but four hundred! You have an interesting perspective“, lehrt sie der vermeintliche Präsident.

Die Journalistin beharrt darauf, dass das Recht auf Meinungsfreiheit fest im Grundgesetz verankert sei, und zeigt sich furchtlos, sie habe schon schlimmere Schlächter gesehen. Sie fragt den Präsidenten auf den Kopf zu, wieso er überhaupt Journalisten verhafte. Irgendwann fällt die Aufforderung, eine Schweigeminute für die vielen ermordeten Menschen einzulegen.

„Wer wie viele Rinder besitzt, machte den Status zwischen Hutu und Tutsi aus“, erfährt man. Und der Präsident erklärt: „I wanted a better future for my country.“ Und trotzdem habe er einen Krieg ausgelöst, entgegnet ihm die Journalistin vorwurfsvoll und erklärt, dass man erst die Menschen verändern müsse, um die Welt zu verändern.

Enervierende europäische Journalistin trifft auf starrköpfigen afrikanischen Diktator: Die Lesung mag dazu beitragen, einen kaum thematisierten Konflikt wachzurufen und auf der Bühne anzuschneiden, doch sowohl der Text wie auch die Figurenkonstellation und die Dramaturgie tragen nur dazu bei, Stereotypen zu verfestigen.

Zwischen den Zeilen hört man heraus, dass an dem Konflikt die Europäer irgendwie Schuld seien... Eine grundlegende Ursache für ethnische Konflikte weltweit! Denn die Grenzen wurden, ob von belgischen, britischen oder deutschen Kolonialmächten, einst willkürlich wie mit dem Teppichmesser gezogen – ohne Rücksicht auf ethnische Zugehörigkeiten. Wer wie viele Rinder hatte, spielte – ähnlich wie in Luxemburg hunderte von Jahren später – auch irgendwie eine Rolle für den sozialen Status.

Wenn es am Ende heißt: „Wir fühlen uns besser, wenn wir Afrika als Land der Schlächter ansehen können“, ist das zwar eine wahre selbstkritische Erkenntnis, die jedoch ohne die Ursachen für die blutige Kolonialgeschichte und bis heute anhaltenden ethnischen Konflikte zu benennen, wohlfeil in den Raum geworfen wird und wirkungslos verpufft.

Demandez au Président von Rafael David Kohn, szenische Lesung; Regie und Einrichtung: Rafael David Kohn, Kostüme: Denise Schumann; Dramaturgie: Ruth Heynen; Licht und Ton: Zeljko Sestak; Tonaufnahme: René Nuss; Übertitel: Mandy Thiery; Mit: Michael Ojake und Brigitte Urhausen. Premiere war am 16. Januar im Théâtre National du Luxembourg. Eine Produktion des TNL; *tnl.lu*.

Toujours est-il qu'aujourd'hui, il nous faut moins de zélateurs de la seule Allemagne de *Heil-de-Guerre*, et plus de Goldschmidt, amoureux des multiples Allemagne de Heine et de Kant, de Schubert et de Beuys, et, pourquoi pas, de ... Merkel (et de Brandt, bien sûr).

Georges-Arthur Goldschmidt: *L'exil et le rebond*, Éditions de l'éclat, Paris, 2018, 94 pages. Martin Heidegger: *Réflexions II-VI. Cahiers noirs* (1931-1938) traduit de l'allemand par François Féder, Gallimard, Paris, 538 pages et *Réflexions VII-XI. Cahiers noirs* (1938-1939) traduit de l'allemand par Pascal David, Gallimard, Paris, 460 pages

Piccolo Teatro

Deux ans de rencontres théâtrales au Luxembourg

Un livre de Josée Hansen, avec des images d'Eric Chenal

Éditions d'Letzebuurger Land / 320 pages, 29 euros / ISBN : 978-99959-949-5-2

En vente en librairie, sur www.land.lu

ou en le commandant via courriel land@land.lu ou téléphone : 48 57 57-1

Durant deux ans, Josée Hansen et Eric Chenal ont écouté et observé les gens de théâtre autochtones, acteurs et metteurs en scène, auteurs et dramaturges, scénographes et costumiers, directeurs de théâtres et techniciens, politiques et critiques : les personnalités qui peuplent ce microcosme sont aussi passionnantes que leurs métiers sont divers.

Ce livre est une tentative de capter cet instant précis de l'évolution du théâtre au Luxembourg, où les pionniers ont laissé la place à une nouvelle génération, qui trouve normal de faire du théâtre non seulement son métier, mais sa vie.

STIL

Un Breton dans les vignes

Salomé Jeko

Pendant douze ans, sa passion aura déteint sur le cahier local du journal *Le Quotidien*, enrichi par ses soins d'une rubrique hebdomadaire baptisée « Vignes et vignerons ». Fort de ces quelques 300 pages rédigées à lui tout seul durant 624 semaines – oui, on a fait le calcul – le journaliste Erwan Nonet s'est dit qu'il était temps de mettre à profit son réseau et ses connaissances pour enfin se lancer.

Le 24 novembre 2018, le premier numéro de *Vinorama.lu* est lancé au salon *Expogast*. Trimestriel et gratuit, ce magazine papier de 35 pages, également décliné en version *online*, n'a qu'une ambition : faire découvrir au grand public le vignoble luxembourgeois, « riche de ses terroirs, de ses cépages, mais surtout de ses vignerons », comme l'explique son fondateur lui-même, au sein de son premier édito.

Belle aubaine en effet que ce magazine spécialisé pour les vignerons mosellans qui trouvent enfin en Erwan Nonet, Français d'origine bretonne, une soif d'apprendre et un intérêt sincère pour leur savoir-faire. Car avouons-le, il était temps que quelqu'un s'intéresse de plus près à ces 1 250 hectares de vignoble luxembourgeois, certes concentrés mais fort d'une diversité souvent insoupçonnée. « C'est dix fois



Erwan Nonet



L'endroit

Si on se résout à parcourir le chemin jusqu'à Ettelbruck, ce ne sera pas pour l'établissement, qui en soi n'a rien d'exceptionnel (photo : GD). Ni pour son choix végétarien, car c'est surtout un restaurant pour carnivores. Mais dès lors qu'on est adepte de bonnes grillades de bœuf (surtout), **El Brasero** est un endroit où on se sentira très à l'aise. Et plus encore si on est friand de fins produits portugais. Car Fabio, premier conseiller en salle et proprio des lieux, adore sa région du sud du pays, l'Alentejo, dont les vins suaves et parfois exceptionnels dominent la carte des boissons. Sa viande, il se la fait livrer par Cobolux. Quand on lui fait remarquer la tendreté de celle-ci, il vous répond que tout n'est que question de bon investissement. Les ailes de poulet sont servies hyper-croustillantes et la côte à l'os d'épaisseur généreuse et tendre à pouvoir être tranchée avec le dos du couteau. Aussi peut-on la déguster nature, flambée au whisky ou nappée de fromage et de jambon ibérico. S'il reste de la place pour une douceur, ne surtout pas rater le gâteau aux biscuits portugais, spécialité de la maison. Et comme Fabio ne se laisse tenter que par des produits hors pair, les digestifs se laissent tout autant à recommander. Pour nous, cela aura été un « Adamus » vingt ans d'âge. Lequel est très boisé et aromatisé. Mais le patron a d'autres jus étonnants en réserve. Laissez-vous guider par son conseil. GD

L'appli

Le microcosme de nos sociétés de taxis est en branle. Le Luxembourg est réputé comme étant un des pays les plus chers d'Europe. Webtaxi a tenté de réduire les frais, mais ses tarifs ont aussi fini par augmenter, même s'ils restent en-dessous de ceux de la concurrence. Spécialisés dans la livraison gastronomique à domicile, Renzo Bellanima et son associé Michel Lovece se sont dits que si le système Uber fonctionnait de par le monde, il devrait aussi pouvoir s'appliquer chez nous. Ils ont ainsi fait appel aux chauffeurs indépendants du pays en leur proposant une base de prix commune et en créant une application calquée sur celle d'Uber. L'avantage ne sera pas seulement celui du prix le plus bas (une simulation de la ville vers le Findel nous a indiqué une différence de trente pour cent de moins pour la nouvelle appli), mais aussi un meilleur acheminement des voitures. On peut d'ailleurs suivre la route de son propre chauffeur sur son écran de téléphone. Les conducteurs autonomes reversent un pourcentage jusqu'à dix pour cent à la société **taxiapp.lu**. En exploitation depuis le 17 janvier, l'app a provoqué pas mal de commentaires sur les réseaux sociaux. Notamment de par le fait que des utilisateurs se servaient du site internet, alors que seule l'application est opérationnelle. Si la sauce prend, il est possible que les conducteurs soient aussi disposés à faire des livraisons (fleurs, plats préparés, nettoyage à sec) à prix réduits pendant leur *stand-by*. GD

L'endroit

L'étonnement fut de taille lorsqu'on put lire sur le site d'*Explorator* que Fleur et François Moreau ont vendu leur restaurant **l'Annexe** pour mieux se consacrer aux deux autres restaurants regroupés sous l'enseigne Charles. Les nouveaux proprios, Kim Mathekowitsch et Jörg Flohr sont surtout connus à travers leur société Breezedays, spécialisée dans le yachting de luxe à Majorque. Histoire de développer le côté gastronomique de leur activité (les yachts ont des Chefs à bord qui assurent aussi des stands de promotion culinaire à Palma), Kim n'est pas en reste, car elle a fréquenté l'Institut Bocuse à Lyon avant de reprendre les rennes de l'Annexe (photo : GD). Qui va connaître de légers changements au niveau déco, les tables étant parées de nappes en soie. Le menu sera aussi plus élaboré pour le service nocturne, celui de midi gardant son style « brasserie ». Pas de changement en salle, Sébastien assure toujours le service avec le même professionnalisme, mais le pantalon en toile noire a été remplacé par un jean plus décontracté. En cuisine, un nouveau chef asiatique, ex-meilleur à Dubaï, et son jeune acolyte péruvien, sont déterminés à nous faire profiter de toutes les saveurs du monde. Beau coup d'essai lors de mon passage avec un tartare de thon et un cabillaud superbement dressés et nappés de sauces aux parfums aussi fins que variés. En projet : un second restau à Palma dans le quartier branché de Santa Catalina. Nous y reviendrons. GD

moins que l'Alsace niveau surface, mais nous avons de multiples terroirs, calcaire coquillier au Nord, marnes du Keuper au Sud, de nombreux cépages comme le riesling, les pinot gris, blanc et noir, l'auxerrois, le rivaner, le chardonnay, le gewürztraminer ou encore le Saint-Laurent. Ce qui donne des vins tranquilles, des vins de paille, des vins de glace et bien sûr des crémants », énumère-t-il. Tout cela sans oublier les vignerons et la cinquantaine de domaines qui longent la Moselle et qui ont tous leurs particularités et leurs histoires.

Bref, il y en a des choses à raconter, et Erwan ne vient là que de lancer son premier coup d'envoi. Avec son sourire avenant, cet ancien archéologue reconverti en journaliste est de ceux avec qui l'on partagerait volontiers un ou plusieurs verres, histoire de l'écouter parler, yeux pétillants et engouement contagieux, de cette passion qui l'anime au quotidien. Installé avec sa compagne et sa fille sur les rives de la Moselle, c'est du côté de Stadtbredimus qu'il a également tenu à aménager son bureau, dans un espace de *coworking* qui lui offre une vue imprenable sur les vignes, forcément. Page après page, sujet après sujet, *Vinorama.lu* y a vu le jour progressivement au cours de l'été passé.

Soutenu dans son entreprise par le Fonds de solidarité viticole et le ministère de l'Économie et du Tourisme luxembourgeois, Erwan avait certes l'écriture et l'expérience pour lui. Collaborant avec des photographes locaux, c'est auprès de son frère, Maël Nonet, fondateur et gérant de l'agence de communication Barberousse et des éditions Rouquemoute à Nantes, qu'il a trouvé

l'aide nécessaire à la réalisation de sa maquette. « Pour un pays multiculturel comme le Luxembourg, j'ai souhaité faire un magazine trilingue, composé d'articles écrits alternativement en français, anglais et allemand. Pour obtenir la traduction dans la langue de son choix, il suffit de scanner un QR-Code qui renvoie directement vers l'article traduit sur le site *vinorama.lu*, explique Erwan. Ce concept permet une alliance idéale entre le papier et le numérique, tout en ouvrant des horizons qui dépassent les frontières luxembourgeoises ».

Côté sommaire, chaque numéro est composé de rubriques récurrentes : l'interview d'une personnalité décrivant son intérêt pour le vin – le trompettiste de jazz Gast Waltzing pour ce premier numéro –, mais aussi des vignerons qui décrivent leur travail à la vigne et à la cave, le portrait d'un producteur, la description d'un lieu-dit, l'actualité du vignoble, l'accord mets/vins d'un chef réputé, les bouteilles coups de cœur de spécialistes, de vieilles photos commentées par les vignerons ou encore un zoom sur une attractivité touristique de la Moselle... Petit bonus qui fait mouche : chaque numéro renferme un dessin original d'Aurel (*Le Monde*, *Le Canard Enchaîné*, *L'Express*...) ainsi qu'une aquarelle de Gab (*La France Agricole*, *La Vigne*, *Siné Hebdo*...).

Avec ce premier numéro réussi, et suite à une année 2018 qualifiée à la Une de *Vinorama.lu* de « Fabuleux millésime » pour le monde viticole luxembourgeois, nul doute que le vignoble national a désormais tout ce qu'il faut pour faire encore plus parler de lui.

Le cas des Luxembourgeois en France

Les internés civils de la Première Guerre mondiale

Le nouveau livre de Jim Carelli, élu meilleur mémoire de Master 2 par la Fondation Robert Krieps, révèle un aspect inconnu de la Première Guerre mondiale. Durant cette guerre, des milliers de civils étrangers, dont plus de 431 Luxembourgeois, furent retenus dans des camps de concentration français et privés

de liberté du simple fait d'être étrangers dans un pays en guerre. Jim Carelli, né en 1993, a étudié l'histoire à l'Université du Luxembourg et à la Friedrich-Wilhelms Universität à Bonn de 2012 à 2017, études qu'il a terminées avec un master en histoire européenne contemporaine.

Le livre de 376 pages richement illustrées est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 485757-32, courriel land@land.lu ou fax 496309.

